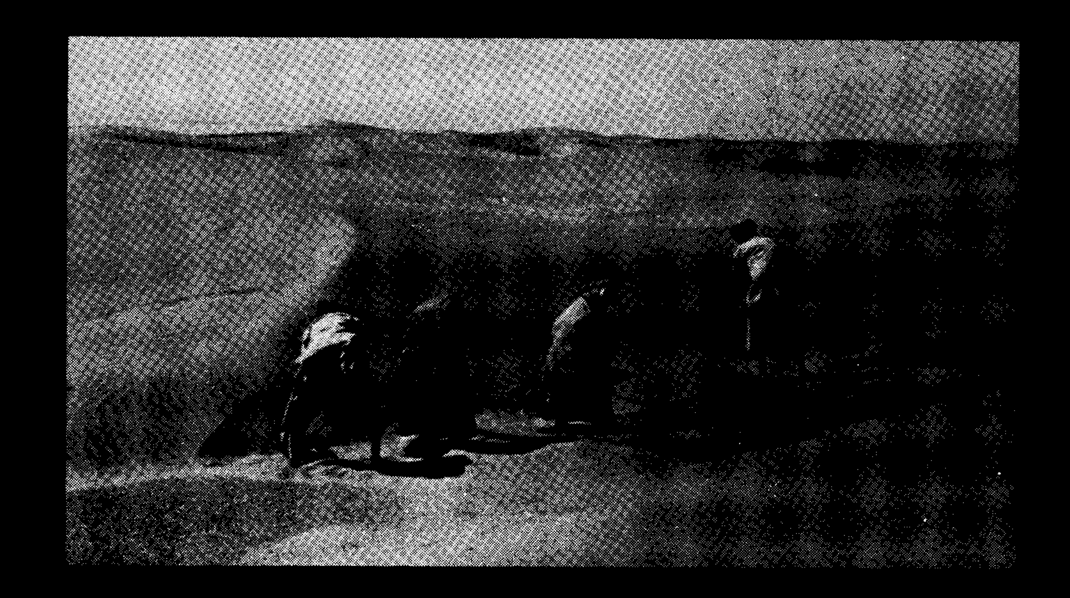
M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Ökologie und Dritte Welt

NACHRICHTEN UND BERICHTE ZU:

Nr. 124 März 1985 DM 5,00

Impressum
blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/7 40 03, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-12 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Alf Baier, Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Georg Cremer, Christian Dierstein, Wolf-Matthias Gall, Ute Gerhardt, Christine Grieshaber, Andrea Hassur, Werner Kobe, Claudia Koenig, Michael Krischer, Mecht ild Maurer, Bernhard Merk, Hein Möhlenkamp, Christian Neven-du Mont, Theo Niewerth, Mariele Pelster, Dominique Prodel, Angelika Rees, Bernd Riegraf, Matthias Rommel, Peter Schmidt, Dieter Seifried, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Hildegard Wenzler, Susanne Wucher, Daniela Zimmermann.

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 17618
Satz: Manzoni Fotosatz, Freiburg
SOAK, Hannover
Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11,
Telefon: (0641) 77053

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 125
16. April 1985

Anzeigenschluß für Nr. 125
23. April 1985

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Peru

Nur ein zynisches Lachen der Regierung für die Menschenrechte

In Nr. 121 der „blätter des iz3w" (November 1984 berichteten wir über den Terror der peruanischen Militärs in 13 Provinzen der Andenregion um Ayacucho, wo die angebliche Terroristenbekämpfung in staatlichen Massenmord an der Zivilbevölkerung ausartet, dem täglich 10-15 Menschen zum Opfer fallen. Der folgende Bericht von Sonia Castro über das Schicksal von Juana Lidia Argumedo spricht für sich selbst; wir nehmen ihn zum Anlaß, erneut auf diesen staatlichen Terror aufmerksam zu machen. Peru ist eines der wichtigsten Empfängerländer deutscher Entwicklungshilfe. Es ist daher wichtig, die demokratische Reputation, die die peruanische Regierung immer noch im Ausland genießt, immer wieder mit der Realität zu konfrontieren. Belaúnde weiss, daß er einen Ruf zu verlieren hat und reagiert dementsprechend empfindlich auf die interantionale Kritik. Daher auch die verzweifelten Versuche der peruanischen Regierung ihre Verantwortung für die Ermordung von acht Journalisten in Uchuraccay zu vertuschen. Der nachfolgende Artikel wurde Ende Januar geschrieben. Inzwischen ist die Verantwortung der Militärs für die Ermordung der Journalisten nachgewiesen: zunächst tauchte ein Foto auf, das den Gemeindevorsteher von Uchuraccay mit einer Maschinenpistole bewaffent inmitten einer Einheit der Antiguerrilla-Spezialtruppe „Sinchis" zeigt (Le Monde 29. 1. 85), dann deckte die Zeitung „El Diario" auf, daß die Ermordung der Journalisten durch den Geheimdienstchef Konteradmiral Juan Bergelund gefohlen worden war und daß diese Tatsache dem Staatspräsidenten Belaúde bereits bekannt war, als er die offizielle Untersuchungskommission einsetzte, die dann mit der These an die Weltöffentlichkeit trat, die Indiobauern von Uchuraccay hätten die Journalisten umgebracht, weil sie eben leider zu dumm seien, einen Fotoapparat von einer Maschinenepistole zu unterscheiden. Weiter stellte sich heraus, daß die Journalisten gar nicht in Uchuraccay ermordet wurden — dies stützt wiederum die Äussage Frau Argumedos — sondern in der unmittelbaren Nachbarschaft, wo ihre Leichen zunächst auch verscharrt wurden, dann wurden die Leichen auf Befehl Bergelunds nach Uchuraccay gebracht, dort erneut vergraben und die inzwischen angereiste offizielle Untersuchungskommission durfte sie dann dort „finden" und noch einmal ausgraben. Zu allem Überfluß war die Verlegung der Leichen in ihr Grab in Uchuraccay auch noch von einem Geheimdienstoffizier aus dem Hubschrauber gefilmt worden. (El Diario, Lima, 27. 1. 85)

Zum Thema Menschenrechte wäre noch anzumerken, daß Papst Johannes Paul II. sie bei seinem Peru-Besuch unerwähnt ließ. In Ayacucho konnte nicht einmal die Bürgermeisterin Leonor Zamora zu ihm vordringen, die ihm eine Petition überreichen wollte, er solle sich für die Aufklärung des Schicksals von 3.000 Verschwundenen einsetzen.

Red.

„Sie vergewaltigten mich in Ayacucho"

Der Fall der Kronzeugin im Prozeß um den Journalistenmord in Uchuraccay

Juana Lidia Argumedo Garcia (28) aus einem Dorf bei Huanta im Department Ayacucho, hat den Leidensweg vieler peruanischer Frauen in den vom Militär besetzten Gebieten hinter sich: Angehörige ihrer Familie sind ermordet bzw. zum „Verschwinden" gebracht worden, sie selbst wurde festgenommen und einem „wissenschaftlichen Verhör" unterzogen, d. h. durch Schläge, Aufhängen, Unter-Wasser-Tauchen und Elektroschocks gefoltert, dann mindestens sechsmal von Soldaten vergewaltigt. Seitdem leidet sie unter starken Vaginalblutungen, die auf Verletzung einer Vene, Abort und Infektion zurückgehen und unter ständigen Kopfschmerzen auf Grund einer Entzündung der Nervenenden, die durch die Schläge verursacht wurde. Ihre physische und psychische Gesundheit ist ruiniert, dazu kommt die Angst um ihr Leben und das ihrer Familienangehörigen; Polizisten und Militärs haben ihr mehrmals angedroht, daß sie Rache nehmen werden.

In dieser Situation trat Juana Lidia Argumedo Anfang Januar 85 die Flucht an die Öffentlichkeit an. Sie stellte ihren Fall mutig in der Presse und im Fernsehen dar, forderte, daß eine internationale Organisation die Garantie für ihr Leben übernehmen solle, das in Peru nicht mehr sicher ist, und bat um politisches Asyl im Ausland und um eine Audienz beim Papst, der im Februar Peru besuchte.

Ihr Fall, der im folgenden dargestellt wird, ist typisch für die Menschenrechtssituation in Peru heute. Täglich wächst die Zahl der Personen, die nach Festnahme durch die Militärs „verschwinden" und deren Leichen manchmal Tage oder Wochen später mit Folterspuren in anonymen Gräbern, Schluchten, Flußbetten aufgefunden werden, manchmal nie. Es wächst die Zahl der von paramilitärischen Banden (von den Militärs geschaffene Bauern-Milizen zur Guerrilla-Bekämpfung) Ermordeten. In Peru ist bekannt, daß jede festgenommene Frau, zusätzlich zu den an allen Gefangenen verübten Folterungen, auf der Polizeistation, in der Kaserne oder im Gefängnis vergewaltigt wird. Dies wird kaum je denunziert, die machistische Gesellschaft hält es fast für normal.

Außergewöhnlich ist dieser Fall insofern, als Juana Lidia Kronzeugin im Prozeß um den Journalisten-Mord von Uchuraccay (Januar 83) ist. Das internationale Aufsehen, das ihr „Verschwinden" kurz vor Prozeßbeginn ausgelöst hätte, rettete ihr fürs erste das Leben. Doch die Drohungen gehen weiter. So appeliert sie jetzt an die Weltöffentlichkeit, damit ihr und allen vom Staatsterror der Regierung

Belaúnde Betroffenen Gerechtigkeit widerfahre.

Der Mord an den Brüdern

Alles begann am Morgen des 26. 1. 83 im Haus der Familie Argumedo García in Chacabamba. Juanas Halbbruder, Octavio Infante García, Journalist in Ayacucho, kam mit sieben Kollegen an und überredete seinen Bruder Juan García Argumedo, die Gruppe als Führer in das höhergelegene Dorf Huaychao zu begleiten, wo sie Nachforschungen über den Tod angeblicher Senderisten anstellen wollten.

Am 30. Januar wurden in Uchuraccay die schrecklich zugerichteten Leichen der acht Journalisten ausgegraben, der Führer Juan García blieb verschwunden. Von Anfang an gab es Zweifel an der offiziellen Version, die unzivilisierten Indios hätten die Kameras mit MGs, die Journalisten mit Terroristen verwechselt und deshalb umgebracht.

Die ersten, die nach dem Verschwinden der Gruppe nach Uchuraccay kamen (27./28. 1. 83), waren Juana Lidia, ihre Mutter Rosa García und ihre Schwägerin Juana Aguilar de García. Die drei Frauen wurden von den Dorfbewohnern festgenommen und sollten „gerichtet" werden. Ein Ortsfremder, jung, groß, dunkel, der perfekt Spanisch sprach, Armbanduhr und Feuerzeug besaß, befahl ihre Freilassung — Beweis für die offiziell geleugnete Anwesenheit und Beteiligung Dritter in Uchuraccay.

Die Aufklärung des Massakers wurde durch Regierung und Militär systematisch behindert. Wichtige Zeugen und mutmaßliche Täter verschwanden (von 18 Angeklagten saßen schließlich nur drei im Gerichtssaal), die Regierungskommission, angeführt von dem Schriftsteller Vargas Llosa, trug zur Verschleierung des wirklichen Geschehens bei, den Vertretern der Justiz wurden die Untersuchungen fast unmöglich gemacht. Die Angehörigen der Opfer protestierten dagegen und stellten unter Lebensgefahr eigene Nachforschungen an. Juana Lidia suchte monatelang das Grab ihres Bruders, wollte etwas über sein Schicksal herausbekommen und zur Ermittlung der wirklichen Schuldigen beitragen.

Festnahme, Folter, Vergewaltigung

Schließlich wurde, trotz Behinderung, der Prozeßbeginn auf den 28. September 1984 festgesetzt.

Die Zeugin Juana Lidia Argumedo erschien in einem Zustand im Gerichtssaal, der die Richter veranlaßte, sie sofort ins Krankenhaus von Ayacucho einliefern zu lassen. Die an viel Schreckliches gewöhnte Öffentlichkeit war schockiert.

Zwölf Tage vorher, am 16. 9. 84, war Juana Lidia auf dem Markt von Tambo von Marineinfanteristen unter dem Vorwand, die „Camarada Sonia" zu sein und der Guerrilla-Organisation „Sendero Luminoso" anzugehören, festgenommen und in die Kaserne gebracht worden. Zwei Marine-Soldaten, die am 17. September von 12 bis 16 Uhr Dienst hatten, zogen sie in einem abgelegenen Raum nackt aus, hängten sie wie ein Rind an den Armen auf, verbanden ihr die Augen und vergewaltigten sie. Das gleiche machten die Soldaten, die von 16 bis 20 Uhr Dienst hatten.

„Am nächsten Tag tauchten sie mich in ein Wasserbecken, sie versetzten mir Stromstöße ins Gesicht, an den Augen und sagten zu mir: ‚Raus mit der Wahrheit, Scheißterroristin, wir wissen doch, daß deine ganze Familie zu den Terroristen gehört!' Die Garantieschreiben des Präsidenten Belaúnde und des Bischofs von Metzinger, die sie bei sich hatte, verbrannten sie lachend vor ihren Augen.

Im Laufe der Mißhandlungen verlor sie mehrmals das Bewußtsein. Als sie aufwachte, fragte ein Arzt der Marine sie nach ihrer letzten Regel und gab ihr Spritzen und Tabletten. Schließlich wurde sie der PIP (Untersuchungspolizei) in San Miguel, die sie zwar auch bedrohten, aber nicht mehr mißhandelten und dann, am 28. 9., per Hubschrauber zum Prozeß nach Ayacucho brachten, wo sie im Gerichtssaal weinend und blutend zusammenbrach.



Die Bedrohung geht weiter

Bis zum 5. Oktober war sie im Hospital von Ayacucho interniert. Aus dieser Zeit stammt das Foto, auf dem vier schwer bewaffnete Polizisten der Guardia Republicana das Krankenbett der kurz zuvor mehrfach Vergewaltigten umstellen, um auf diese Weise der Öffentlichkeit zu demonstrieren, daß nun für ihren Schutz bestens gesorgt sei. Während dieser Tage starb auch ihr Vater infolge der Aufregungen über das Schicksal seiner Tochter.

Am 30. November sagte Juana Lidia als Zeugin aus und widerlegte die offizielle Version über Zeitpunkt, Ort und Ablauf des Verbrechens und die mutmaßlichen Täter. Am 11. Dezember brach sie im Gerichtssaal erneut zusammen und wurde mit starken Blutungen aus Mund und Vagina wieder ins Hospital von Ayacucho eingeliefert. Am 17. Dezember brachte die kirchliche Organisation CEAS sie nach Lima. in der Klinik „Stella Maris" stellten die Ärzte fest, daß Reste eines Aborts (eine Masse von 4 cm Durchmesser) in ihrem Körper geblieben waren und eine Infektion verursacht hatten. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sie von der Schwangerschaft infolge der Vergewaltigung keine Ahnung gehabt, sie hatte ständig geblutet. Jetzt erst wurde ihr klar, warum man sie kurz nach den Folterung nach der letzten Regel gefragt und ihr daraufhin Spritzen verabreicht hatte.

Am 28. 12. 84, während Juana Lidia sich noch in der Klinik befand, wurde ihre Kusine Luzmila Manrique Argumedo, die sie dort regelmäßig besuchte, beim Verlassen des Krankenhauses von Polizisten in Zivil abgefangen und in einem Auto festgehalten. Sie fragten sie aus und drohten ihr, daß sie das gleiche Schicksal erleiden werden wie ihre Kusine wenn sie irgendwelche Informationen an die Presse gebe. Als sie versicherte, daß sie das nicht im Sinn habe, ließen sie sie wieder frei.

Für Juana Lidia Argumedo war das der Anlaß, nun direkt mit Appellen an die Öffentlichkeit zu treten, wovon sie sich, der Drohung zum Trotz, mehr versprach als vom Nachgeben in der Hoffnung, sie und ihre Familie würden nun vielleicht verschont.

Dazu kam, daß sie in den ersten Januartagen Nachrichten aus Ayacucho erhielt, wonach ihre ältere Schwester Clementina und deren Sohn Raymundo Berrocal auf Befehl der Marine von paramilitärischen Banden umgebracht worden seien. Unter dem Eindruck dieses neuen Mordes an nahen Verwandten und in dem Bewußtsein, stellvertretend für viele Frauen und Männer in der gleichen verzweifelten Lage zu sprechen, gab sie Interviews für Presse und Fernsehen, in denen sie den staatlichen Terror an ihrem eigenen Beispiel bezeugte und die Reaktion höchster staatlicher Instanzen provozierte.

Der Innenminister Brush Noel hatte zwar nur ein zynisches Lachen übrig (für ihn gibt es in Peru weder politische Gefangene noch Verletzung der Menschenrechte, außer von Seiten des „Sendero Luminoso"); Präsident Belaúnde jedoch sah sich gezwungen, ihre Aussagen ernst zu nehmen und ihr alle Garantien zu versprechen, die aber, wie man gesehen hat, in Ayacucho und auch in Lima nichts wert sind.

Den Papst möchte Juana Lidia bitten, gegenüber der Regierung dafür einzutreten, daß die Ungerechtigkeit, die Morde, das „Verschwinden" von Personen ein Ende nehme.

„Ich möchte, daß die durch die Verfassung garantierten Menschenrechte respektiert werden, und ich bin sicher, daß der Papst Johannes Paul II. mich anhören und dem peruanischen Volk helfen wird.

Ob er das getan hat ?* Die deutschen Frauenorganisationen und alle für die Beachtung der Menschenrechte eintreten-

den Organisationen und Individuen sollten der Bitte Juana Lidias Nachdruck verleihen, die in der Verfassung garantierten Menschenrechte zu respektieren.

Sonia Castro

*Bis zum Redaktionsschluß konnten wir darüber keine Informationen erhalten.



Im September 1984 wurde in Genf eine europäische Koordination von Peru-Komitees gebildet, um eine breitere Öffentlichkeit über die Menschenrechtssituation in Peru zu informieren. In Zusammenarbeit mit peruanischen Menschenrechtsorganisationen wollen sie im Juli 1985 eine internationale Untersuchungskommission von bekannten Persönlichkeiten nach Peru schicken (z. B. Friedensnobelpreisträger Pérez Esqivel und den Schriftsteller Gabriel García Marquez), um die Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen und den peruanischen Menschenrechtsorganisationen eine größere Öffentlichkeit zu verschaffen.

Detaillierte Informationen über die Situation in Peru und die Aktivitäten der Peru-Gruppen kann man bei folgenden Adressen erhalten:

Peru-Gruppe Hamburg
Postfach. 60 04 44
2 Hamburg 60
Tel. 0 40/6 90 18 25

(Unterstützungskomitee für die Vereiningte Linke:)
IU-Komitee
c/o ila
Römerstr. 88
53 Bonn 1

Koordination der deutschen Peru-Komitees
c/o Claudia Löhmann
Brückenstr. 26
69 Heidelberg

Einzelne Menschenrechtsverletzungen dokumentiert die Peru-Gruppe Berlin
c/o Flisse Pacheco
Rathenowerstr. 37
1 Berlin 21
0 30/2 95 52 70

Medikamente und Geld für die politischen Gefangenen in El Callao und Lurigancho sammelt die
Peru-Gruppe Freiburg
Kronenstr. 16
78 Freiburg
Konto-Nr. 231 375-752 Arno Fehringer/Peru-Gruppe, PSchA Karlsruhe

Chile

Der Belagerungszustand ist für drei Monate verlängert worden. Präsident Pinochet hat die als „gemäßigt" geltenden Minister Onofre Jarpa (Inneres) und Sergio Escobar (Finanzen) durch den rechtskonservativen Rechtsanwalt und Bankier Ricardo García und den monetaristischen Wirtschaftswissenschaftler Hernán Buchi ersetzt. Die Bevölkerung hat unter staatlichen Terrorakten zu leiden, die in ihren Ausmaßen nur mit denen aus der Zeit nach dem Militärputsch von 1973 zu vergleichen sind. Mit immer härteren Methoden versucht das Militär, die Opposition auszuschalten und seine Machtstellung zu sichern.

Das Militär setzt auf immer härtere Methoden

Hat das Regime mit seinem Konfrontationskurs Erfolg? Können sich die unterschiedlichen Strömungen der Opposition auf einen gemeinsamen Weg — und ein gemeinsames Ziel — einigen? Wie kam es zu der derzeitigen Zuspitzung der politischen und gesellschaftlichen Lage?

Im folgenden Artikel sollen die Tendenzen der vergangenen Monate und die gegenwärtige Situation beschrieben sowie der Versuch einer Einschätzung gemacht werden

Die aktuelle Situation: Belagerungszustand seit dem 6. November 1984, am 2. Februar 1985 für weitere 90 Tage verlängert.

Der Belagerungszustand ermöglicht Regierung, Militär und Polizei einen umfassenden und schnellen Durchgriff auf die Bevölkerung und damit eine verstärkte Kontrolle der politischen Situation. Die Armee befindet sich in einem erhöhten Zustand der Mobilisierung, ist kaserniert und wurde im November durch die Einführung eines zweijährigen Militärdienstes für Reservisten auch des Jahrgangs 1965 und erstmals für Frauen aufgestockt.

Wesentliche bürgerliche Grundrechte sind während des Belagerungszustands außer Kraft gesetzt (z. B. Meinungs-, Presse-, Versammlungsfreiheit, Freizügigkeit etc.): Verdächtige können ohne weiteres verhaftet werden und für die Dauer von 90 Tagen (statt 20 Tage während des „Notstands", der dem Belagerungszustand vorausging) an einem geheimen Ort gefangen gehalten, in die innere und in die äußere Verbannung eschickt sowie an der Ein- oder Ausreise gehindert werden.

Sechs Zeitungen sind seit dem 8. November 1984 verboten, die verbleibenden werden zensiert (darunter auch die christdemokratisch orientierte Zeitschrift „Hoy" und der kirchliche Radiosender). Dadurch arbeitslos gewordene Journalisten brachten daraufhin täglich einen „Informationsbrief" heraus, der offiziell als interne Nachricht für die Journalisten selbst ausgegeben, unter der Hand jedoch in der Bevölkerung verbreitet wurde. Auf diese Weise umging man Zeitungsverbote und Zensur und unterlief das Verbot, über „politisch relevante" Ereignisse (außer Regierungserklärungen), über „terroristische Aktivitäten" oder Geschehnisse, die „Alarm unter der Bevölkerung" auslösen könnten, zu berichten, und diese zu kommentieren.

Inzwischen wurde die Produktionsstätte des „Informationsbriefes" durchsucht, verwüstet und die Herstellung unmöglich gemacht.

Nicht nur die Presse, auch der Briefverkehr steht unter Zensur und Telefongespräche werden abgehört. Sowohl für öffentliche Organisationen als auch für Privatleute besteht seit dem 8. November

ein striktes Versammlungsverbot. Nur mit amtlicher Genehmigung und unter Überwachung können Treffen durchgeführt werden. Für die Nachtzeit zwischen 0.00 und 5.00 Uhr wurde eine Sperrstunde eingeführt.

Nach der Verfassung von 1980 kann der Präsident den Belagerungszustand sooft er es für nötig hält, um jeweils 90 Tage verlängern. Pinochet äußerte, er habe den Belagerungszustand im ganzen Land ausgerufen, um die terroristische und subversive Eskalation zu stoppen und Störungen der öffentlichen Ordnung zu verhindern, die in der letzten Zeit die Ruhe der Bürger beeinträchtigt haben." Er fügte hinzu, daß „das einzige Ziel, das die Regierung verfolgt, ist, die Verfassung (von 1980) und die Gesetze strikt zu befolgen und für ihre Befolgung zu sorgen. Das ist die einzige Handlungsform, die zu einer echten Demokratie paßt."

Der Ausrufung des Belagerungszustandes ließ die Regierung eine Welle von Verhaftungen, Razzien und Verbannungen folgen. Festgenommen wurden vor allem Führungsmitglieder und Aktive der linksoppositionellen Parteien und Gewerkschaften sowie in sozialen Organisationen (z. B. Gemeinschaftsküchen) Engagierte. In den Elendsvierteln der Städte fanden großangelegte Razzien statt, in denen mehrfach alle männlichen Einwohner über fünfzehn Jahre zusammengetrieben und in Sportstadien gebracht wurden, von wo aus einige von ihnen (diejenigen, die durch politische Aktivitäten oder durch Diebstähle, in Schlägereien etc. aufgefallen waren) in die innere Verbannung geschickt wurden. Die in Razzien Verhafteten werden meist in den Norden Chiles, ins Konzentrationslager von Pisagua, verbannt, wo sie offiziellen Verlautbarungen zufolge „umerzogen" werden sollen. Die verhafteten Politiker und Gewerkschafter befinden sich vorwiegend in Dörfern im Süden Chiles voneinander isoliert in der Verbannung.

Daß der staatliche Terror sich hauptsächlich gegen die armen Bevölkerungsteile und die linke Opposition richtet, zeigt, woher die Regierung organisierten Widerstand am ehesten erwartet und wohl auch zu erwarten hat: Von den am stärksten betroffenen Opfern der monetaristischen Wirtschaftspolitik und den Linken, die im Gegensatz zur rechten Opposition nicht zu Kompromissen mit dem Regime bereit sind.

— Wie kam es zur Verhängung des Belagerungszustandes? Steht diese drastische Maßnahme nicht in krassem Widerspruch zu den Liberlisierungstendenzen, die sich zuvor abgezeichnet hatten; zum Versuch des Regimes, den Dialog mit Teilen der Opposition zu suchen?

Das Dialogangebot der Militärs kam im August 1983. Bis dahin war der Widerstand gegen die Junta immer stärker geworden, und auch verschärfte Unterdrükkungsmaßnahmen hatten ihn nicht zum Schweigen bringen können. Damals wurde Onofre Jarpa, ein konservativer Zivilist (Mitglied der Nationalen Partei, PN) von Pinochet zum Innenminister berufen. Jarpa wurde als „Mann der Öffnung" bekannt. Er bot den christdemokratischen, gemäßigten Sektoren der Opposition den Dialog an, und die scharfe Unterdrückung wurde gelockert. Man konnte damals wirklich glauben, das Regime sei am Ende und verhandele mit den Christdemokraten, um ihnen nach und nach die Macht zu übergeben. Diese schätzten jedenfalls die Situation so ein und schlossen sich mit anderen bürgerlichen Gruppierungen zur Alianza Democratica (AD) zusammen- die kommunistische Partei (PC) wurde von diesem Bündnis ausgeschlossen, denn es war bereits als (zukünftiges) „Regierungsbündnis" und nicht mehr als „Kampfbündnis" gegen Pinochet gedacht. Von der künftigen Regierung sollten die linken Parteien ferngehalten werden. Diese reagierten, indem sie selbst eigene Zusammenschlüsse gründeten: Das „Moviemento Democratico Popular", MDP (bestehend aus PC, Bewegung der revolutionären Linken—MIR und Teilen der Sozialistischen Partei, PS). Seit diesem Zeitpunkt ist die chilenische Opposition offen gespalten, und sie hat bisher nicht wieder zusammenfinden können. Der Widerstand wurde durch diese Streitigkeiten — und durch die innenpolitische Entschärfung — stark geschwächt.

„Die Demokraten der westlichen Welt haben gegenüber dem chilenischen Volk und der Regierung eine Dankesschuld für deren Tat von 1973 abzustatten. Dies war nicht nur zum Wohl Chiles selbst, sondern auch des Westens, wichtig für die Stabilität des Teils der Welt, in dem wir leben."

Der Staatssekretär im US-Außenministerium und Reagan-Beauftragte für Lateinamerika, Langhorne Motley, in einem Zeitungsinterview zum blutigen Sturz des rechtmäßig gewählten Staatspräsidenten Salvador Allende durch das Militär unter Führung des jetzigen Diktators Augusto Pinochet.

„Es gibt schlimmere Fälle."

Der Staatssekretär im US-Außenministerium und Reagan-Beauftragte für Lateinamerika Langhorne Motley, auf die Klage von Vertretern der chilenischen Opposition, daß es in Chile keine Pressefreiheit gebe.

Allmächlich wurde aber klar, daß Jarpas Dialog völlig erfolglos bleiben würde — weil das Militär einfach nicht bereit war, sich in die Kasernen zurückzuziehen und den Christdemokraten das Ruder zu überlassen. Auch die innenpolitische Liberalisierung nutzte sich am allmählich wieder anwachsenden Widerstand ab, im Grunde blieb Pinochet doch keine Antwort auf den Protest als Gewalt und Unterdrückung. Den endgültigen Wendepunkt stellte dann schließlich der von zwei Protesttagen begleitete Nationale Streik vom 30. Oktober 1984 dar.

Es war der bisher erste erfolgreiche landesweite Streik seit dem Putsch 1973. Alle Lebensmittelfabriken, 80 % der metallverarbeitenden Industrie und 90 % der Textilindustrie blieben geschlossen, ebenso fast alle Einzelhandelsgeschäfte. Auch Schulen und Universitäten wurden bestreikt. Von großer Bedeutung war die Tatsache, daß öffentlicher Verkehr und Transportverkehr fast völlig lahmgelegt waren.

Der Streik wurde ergänzt durch andere Protestformen- das traditionelle Töpfeklappern, Demonstrationen und brennende Barrikaden in den Elendsvierteln, die die größeren Städte umgeben. Bei Auseinandersetzungen mit den bewaffneten Carabineros wurden neun Menschen getötet und Dutzende verletzt. Die Zahl der Verhaftungen ging, wie üblich, in die Hunderte.

Was der Erfolg des Streiks besonders bemerkenswert macht, ist die Tatsache, daß trotz der Zerstrittenheit der Opposition eine so hohe Beteiligung erreicht werden konnte. Vorbereitet hatten den Streik allein die MDP und die in der Gewerkschaftszentrale CNT zusammengeschlossenen Gewerkschaften. Die AD — und ihr nahestehenden Gewerkschaften, wie die der Kupferarbeiter — haten sich an den Vorbereitungen nicht beteiligt, obwohl sie mit den Forderungen der Streikenden sympathisierten.

Pinochet hatten den Streik weder durch kurzfristige Ankündigung Lohnerhöhungen (im öffentlichen Dienst und beim Mindestlohn) noch durch starken militärischen Druck unterbinden können.

Es ist also nicht verwunderlich, daß der 30. Oktober Anlaß für den Diktator war, Schluß zu machen mit der von Jarpa repräsentierten „Politik der Öffnung" und eine radikale „Wende" durchzuführen.

Am 6. November verhängte Pinochet den — kürzlich verlängerten — Belagerungszustand und setzte damit wieder ganz auf die gewaltsame „Lösung" des Konfliktes. Jarpa und das gesamte Kabinett gaben daraufhin ihren Rücktritt bekannt — er wurde jedoch von Pinochet nicht angenommen (bis auf den des Arbeitsministers). Erst zwei Monate später (Februar) wurden Jarpa und der Finanzminister Escobar von Pinochet ausgewechselt. Der Kurs der „Liberalisierung" scheint damit endgültig begraben.

Unvereinbare Positionen

Der Dialogversuch zwischen Regierung und Opposition war erfolglos, weil die beiden Dialogpartner von grundsätzlich unvereinbaren Positionen aus verhandeln:

Vereinfacht gesagt hat die Regierung das Ziel, an der Macht zu bleiben, während die Opposition davon ausgeht, daß die gesamten Machtverhältnisse verändert werden müssen, um Chiles politische und wirtschaftliche Krise zu überwinden.

Grundlage der Regierungspolitik ist die *Doktrin der Nationalen Sicherheit:* Die Doktrin geht davon aus, daß die Welt in zwei antagonistische Blöcke, den „freien Westen" und den „kommunistischen Osten", geteilt ist, die gleichzeitig auf Dauer nicht bestehen können und einander so lange bekämpfen, bis einer der beiden vernichtet ist. Die chilenische Militärregierung betrachtet es als ihre Aufgabe, die „subversiven kommunistischen Kräfte", die nach Ansicht der Regierung als Teil des internationalen Kommunismus versuchen, Chile für den östlichen Machtblock zu gewinnen, zu vernichten. Bis der Einfluß des Kommunismus, den das Regime überall — inzwischen sogar schon in der Kirche, im konservativen Mittelstand und bei den Christdemokraten — wittert, bezwungen ist, soll das Militär an der Macht bleiben: Im Kampf gegen den Kommunismus und sein von der Doktrin als „revolutionärer Krieg in der Dritten Welt" bezeichnetes Kampfmittel übt es die Kontrolle über alle Bereiche der Gesellschaft aus, vor allem über die gesellschaftlichen Meinungsträger (die Medien, Massenorganisationen und Institutionen wie Universitäten oder Forschungsanstalten).

Vor diesem von einem fanatischen Feindbild geprägten ideologischen Hintergrund ist es leicht verständlich, daß die Regierung zu keinerlei Kompromissen mit einer Opposition — sei es eine bürgerlich-konservative oder gar eine links-reformorientierte — bereit ist: Sie will ihren Machtapparat aufrechterhalten, solange sie den Kommunismus nicht für besiegt hält. Zudem liegt es im persönlichen Interesse der Machthaber, die Kontrolle zu behalten, zum einen aus privaten wirtschaftlichen Gründen, zum anderen, um zu vermeiden, daß von einer unabhängigen Justiz eines demokratischen Staates über ihre Gewaltherrschaft geurteilt wird.

Die Opposition ist in ihrer Haltung gegenüber der Regierung noch (?) gespalten: Der rechte Flügel (AD) ist insofern kompromißbereit, als er der vom Militärregime verabschiedenten Verfassung von 1980 zustimmen und die derzeitigen Machtverhältnisse unter der Bedingung akzeptieren würde, daß 1986 eine Demokratisierung stattfände (Brief der AD an die Regierung vom 1. 1. 1985). Der linke Flügel dagegen (MDP) dagegen lehnt Kompromisse ab und fordert eine sofortige Umschichtung des politischen und wirtschaftlichen Systems: In einem Brief an die Oppositionsparteien fordert der Generalsekretär der MIR als Inhalte einer *fung einer verfassungsgebenden Versammlung,. . . die Auflösung der Repressionsapparte, den Aufbau neuer Streitkräfte und Polizeitruppen,. . . die Verurteilung und Bestrafung der für die Verbrechen der Diktatur Verantwortlichen, die Beendigung des Exils, die Freilassung der politischen Gefangenen, die Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen, die vollständige Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten und der Meinungsfreiheit, die Reorganisation der Justiz,. . . Arbeitsgesetzgebung. . . Agrarreform. . . menschenwürdige Wohnungen und Gesundheit für die Bewohner der Elendsviertel. . . Respektierung und Schutz des Mapucheveolkes. . . Schutz kleiner und mittlerer Unternehmer. . . Gleichheit von Chancen und Rechten für die Frauen. . . freier und gleicher Zugang zu Bildung. . . Aufbau einer neuen Wirtschaft. . ."* etc. Immerhin sind sich die verschiedenen Oppositinsflügel darüber einig, daß das Militärregime über kurz oder lang mehr oder weniger abgeschafft werden muß, während die Regierung alles tut um an der Macht zu bleiben.



resistencia, Widerstand

Damit stehen Regierung und Opposition auf prinzipiell unterschiedlichen Standpunkten, die einen erfolgreichen Diaog unmöglich machen. Die MDP haht aus dieser Differenz die Konsequenz gezogen, jeden Dialog als Farce zu betrachten und wie die Regierung auf Konfrontationskurs zu gehen, die AD bemüht sich noch um Kompromisse.

Breite Front oder Parteipolitk: die Lage innerhalb der Opposition

Vor der „Öffnung" bestand eigentlich kein Zweifel darüber, daß nur eine möglichst große Mobilisierung der Bevölkerung die Diktatur schwächen könnte. Daher war die Zusammenarbeit der verschiedenen Gruppierungen z. B. bie der Vorbereitung der Protesttage selbstverständlich. Mit dem Dialogangebot von Innenminister Jarpa im August 1983 wurde das anders. Jarpa bot ja nur der bürgerlich-gemäßigten Opposition Verhandlungen an, die Linke wurde von vornherein ausgeschlossen. Die Führer der Christdemokraten nahmen das Angebot an in der Hoffnung, daß das durch Protest und Wirtschaftskrise geschwächte Regime tatsächlich bereit sei, ihnen die Macht zu übergeben. Die DC war ja nicht von Anfang an Oppositionspartei — sie unterstützte anfänglich den Putsch gegen Salvador Allende und trat erst allmählich in die Opposition, — vor allem, da das wirtschaftspolitische Versagen der Junta immer deutlicher wurde. Der DC geht es nicht um eine grundsätzliche Veränderung des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, wie sie sich damals unter der Regierung Allende anzubahnen schien. Ihr Ziel ist eine parlamentarische Demokratie in einer freien Marktwirtschaft, in der die sozialen Gegensätze — durch Reformen gemildert — bestehen blieben.

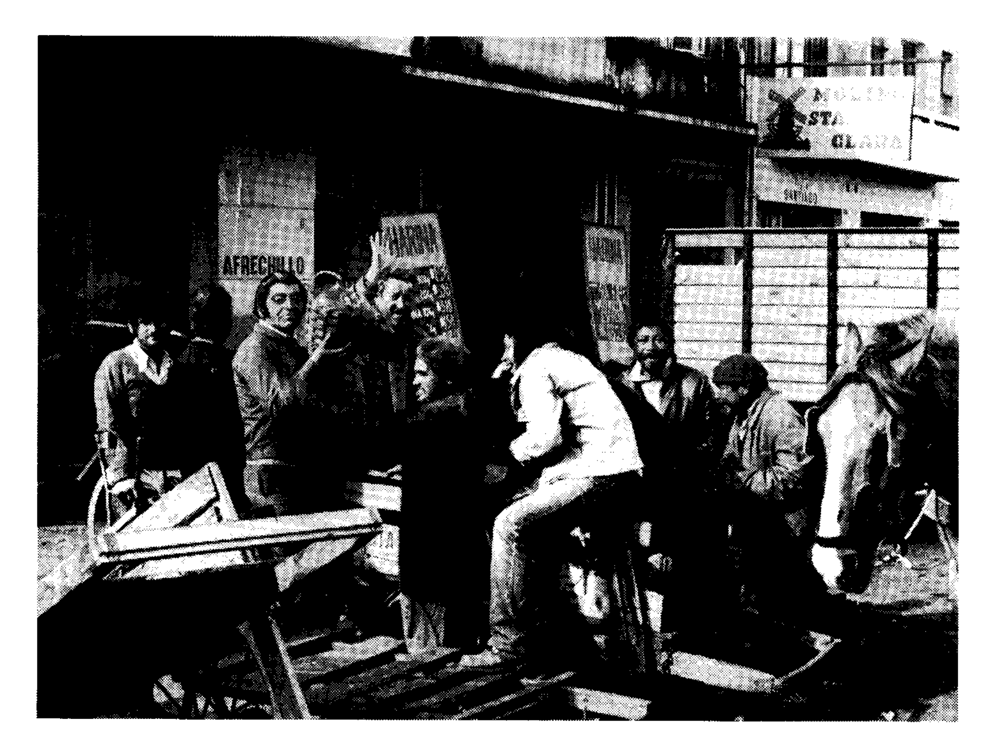
Jarpas Angebot beinhaltete für die Christdemokraten die Chance, ohne Beteiligung der Linken regieren zu könnnen — das kam ihnen sicher nicht ungelegen, denn ein gemeinsamer Sieg der Opposition hätte zweifellos bedeutet, die Macht mit der Linken teilen zu müssen.

Mittlerweile ist klar, daß die Annahme des Dialogs ein schwerwiegender Fehler war — wie sich zeigte ist die Diktatur weder am Ende, noch bereit, ihre Macht abzugeben. Das Dialogangebot ist wohl einfach als taktische Wendung anzusehen, und zwar als erfolgreiche: Durch die Verhandlungen nahm der Mobilisationsgrad, also der direkte Druck auf das Regime, ab, und dadurch, daß die bürgerlichen Gruppierungen sich von den linken distanzierten, zerbröckelte die Einheit der Bewegung. Plötzlich schien es darum zu gehen, welches der drei Bündnisse, in die die Opposition nunmehr zerfallen war, das stärkste sei, und welches Programm das Beste. Die Gemeinsamkeiten der Opposition traten in den Hintergrund.

Von dieser Schwächung konnte sich der Widerstand nur allmählich wieder erholen — daß es ihm gelang, zeigte der gelungene Generalstreik vom 30. Oktober deutlich.

Allerdings ist diese Aktion ausschließlich als Erfolg der Linken und der Gewerkschaften zu werten, denn die Allianza Democratica hat sich nicht an den Streikaufrufen beteiligt. Dennoch müssen aus der hohen Beteiligungsquote zu schließen — auch viele Anhänger der AD gestreikt haben. Das Problem der Spaltung besteht also wohl weniger an der Basis, sonder vor allem auf den höheren Ebenen der Organisationen.

Ein schweres Problem stellt allerdings nach wie vor die Frage nach der Form des Widerstands dar: Angesichts der Gewalttätigkeit der Diktatur entwickelten verschiedene Gruppierungen die Auffassung, daß das Regime nicht ohne bewaffneten Widerstand überwunden werden kann. So vor allem der MIR und die Jugendorganisation der kommunistischen



Partei. Unlängst gründete sich die „Patriotische Front Manuel Rodriguez" (FPMR), die ein Sammelbecken für alle Kräfte des bewaffneten Widerstands sein will, und die ihre Aufgabe zunächst darin sieht, bewaffnete „Volksmilizen" aufzustellen.[1]

Die kommunistische und die sozialistische Partei haben zu dieser Frage noch keine klare Stellungnahme abgegeben, und die Parteien der AD lehnen jeglichen gewaltsamen Widerstand ab.

Trotzdem: Jetzt, wo die scheinbare Öffnung vorüber ist, und die Fronten wieder klarer verlaufen, könnte man sich vorstellen, daß die Opposition wieder zusammenfindet. Es wäre jedenfalls nötig.

Regimekritik außerhalb der parteipolitischen Opposition

Eine wichtige Institution hat im November zum ersten Mal ausdrücklich gegen das Regime Stellung bezogen: die offizielle Kirche. In einem Hirtenbrief, der im ganzen Land in den Kirchen verlesen wurde, kritisierte im November der Erzbischof von Santiago, Fresno, die Ausrufung des Belagerungszustands und drohte den Juntaführern sogar mit Exkommunikation. Der Protestrede Fresnos ging u. a. die Ermordung eines französischen Priesters in einer Kirche von Santiago durch die Polizei und das Wiedereinreiseverbot für den leiter des Solidaritätsvikariats, Ignacio Gutierrez, voraus. Die Stellungnahme der offiziellen Kirche ist wahrscheinlich eher als Reaktion auf Angriffe gegen die eigene Organisation einzuschätzen, weniger als Äußerung eines umfassenden Überdrusses gegenüber der Regierungspolitik. Wäre die offizielle Kirchenleitung tatsächlich gegen die Regierung aktiv, hätte sich schon vor der Zuspitzung der politischen Situation im November genügend Anlässe für scharfe öffentliche Proteste und kritische Erklärungen von Seiten höchster kirchlicher Würdenträger angeboten.

Immer mehr Anhänger verlor das Regime während des letzten Jahres im Mittelstand, der Basis der konservativen Parteien. Langsam bekommt auch diese Bevölkerungsschicht die Auswirkungen der Wirtschaftspolitik in immer unerträglicherem Ausmaß zu spüren (unter der anfangs hauptsächlich die Unterschicht zu leiden hatte) und beginnt, zur Opposition zu tendieren. Im Moment allerdings treten die konservativeren Bevölkerungsteile in der Opposition kaum in Erscheinung: Die AD hat mit internen Umgestaltungsarbeiten zu kämpfen und hält sich vom aktiven Widerstand weitgehend zurück. So wenden sich die militärischen Maßnahmen zur Schwächung der Regimegegner auch vorwiegend gegen die linksgerichteten Parteien und die Elendsviertel, nicht gegen AD und gehobenen Mittelstand.

Während der ersten Zeit des Belagerungszustands übten selbst die USA Kritik an der chilenischen Regierung: Sie befürchteten, so Sprecher der amerikanischen Regierung, eine Eskalation des Konflikts bis hin zu einem „zweiten Nicaragua". Sie forderten das chilenische Regime zu einem Dialog mit der Opposition auf, der eine schnelle, kontrollierte Demokratisierung bewirken sollte. Als passenden Verhandlungspartner schlug die USA-Führung die AD vor, deren Verhandlungsangebot an die Regierung vom 7. 1. 1985 sie unterstützten. Trotz der anfänglichen verbalen Kritik gewähren die USA der Diktatur weiterhin Wirtschaftshilfe über den IWF und haben seit kurz nach der Ausrufung des Belagerungszustands keine öffentliche Erklärung gegen Pinochets Politik mehr abgegeben. Nur über das Stattfinden „freundlicher Gespräche" zwischen Vertretern Chiles und der USA, deren Inhalt nicht bekannt wird, wird in der Öffentlichkeit noch berichtet.

Die drei genannten Kräfte scheinen, obwohl man es anfänglich hätte vermuten können, keinen wirkungsvollen Einfluß auf das Regime auszuüben. Auch gegen die allgemeine Demokratisierungstendenz, die in Lateinamerika neuerdings zu beobachten ist (z. B. in Argentinien, Brasilien, Uruguay, Peru), zeigt sich die chilenische Regierung bis heute immun.

Vermutlich sind die einzigen Faktoren, die der Militärregierung gefährlich werden könnten, (abgesehen von einem plötzlichen Sinneswandel der USA) die sich verschärfende Wirtschaftskrise und ein gemeinsamer Widerstand aller oppositioneller Kräfte. Die Wirtschaftskrise in Verbindung mit dem Zusammenwirken aller Oppositionsteile könnte vielleicht einen ausreichenden Anteil der Bevölkerung dazu veranlassen, seine Unzufriedenheit auszudrücken und in aktiven Widerstand (z. B. Teilnahme an Streik und Protesttagen) umzusetzen. Daß die Krise sich noch verschlimmert, ist wahrscheinlich, nachdem erneut ein überzeugter Monetarist als Finanzminister eingesetzt wurde. Eine Zusammenarbeit der Oppositionskräfte scheint sich anzubahnen: Für den 28. März planen Gewerkschaften und soziale Organisationen einen erneuten Nationalen Protesttag, für April einen zweiten Generalstreik, der länger dauern soll als der eintägige Streik im November 1984. Im Moment sind die verschiedenen politischen Gruppierungen dabei, sich dazu ihre Meinung zu bilden und sich auf die Proteste vorzubereiten, bei denen es sich voraussichtlich um großangelegte, landesweite Projekte handeln wird.

Eine Hoffnung auf die Schwächung der Diktatur besteht nur, wenn es gelingt, trotz Drohungen und Repressionsmaßnahmen des Regimes breite Teile der Bevölkerung zu mobilisieren und wenn sich die Oppositionsgruppierungen trotz politischer Meinungsverschiedenheiten auf eine gemeinsame Widerstandsstrategie einigen.

Chile-Komitee Freiburg

Quellen:
Lateinamerika-Nachrichten/Nr. 132, Dez. 1984
Info-Brief der Aktion z. Befreiung der polit. Gefangenen i. Chile/N.r 45, 7. Dez. 1984
FR, Le Monde, 6. 2. 1985

1 Als am 20. Dezember der stellvertretende Chefredakteur der halboffiziellen Tageszeitung „La Nacion", Sebastian Bertolone; entführt und am 1. Weihnachtsfeiertag unversehrt wieder freigelassen wurde, erfuhr die chilenische Öffentlichkeit erstmals in aller Ausführlichkeit von der Existenz einer neuen bewaffneten Widerstandsorganisation gegen die Diktatur: der „Frente Patrioto Manuel Rodriguez" (FPMR). „Angesichts der Aggressität des Regimes und des verschärften Charakters der Kämpfe, ist es notwendig, die paramilitärische Vorbereitung und Organisation des Volkes in Angriff zu nehmen. Diese Organisation und Vorbereitung wird den Kämpfen des Volkes eine größere Effektivität verleihen. Gleichzeitig wird die paramilitärische Organisation des Volkes dazu beitragen, die Bedingungen zu schaffen, um die folgende und höhere Etappe zu beginnen, die „nationale Erhebung". (Aus einer öffentlichen Erklärung der FPMR)

Die Kanaken fordern die Unabhängigkeit

Wenn die Medien in diesen Wochen über „Kanaken" berichten, so ist dies nicht Ausdruck eines wachsenden Rassismus, sondern es handelt sich um Schilderungen des Unabhängigkeitskampfes der Urbevölkerung des französischen Überseeterritoriums Neukaledonien. Kanake bedeutet im Polynesischen schlicht „Mensch". Unser Schimpfwort geht nicht auf die Sprache der Polynesier zurück, sondern ist Sprachwissenschaftlern zufolge von dem Begriff „Hanake" herzuleiten.[1] Hanake war der tschechische Name eines Volksstammes der Slawonen, der sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Auseinandersetzungen mit den deutschsprechenden Böhmen befand.

Das Schicksal der Hanaken und der Kanaken weist aber einige Parallelen auf. So sehen sich beide Völker mit der Einwanderung von Siedlern konfrontiert, die ihre Geringschätzung der Urbevölkerung nicht verbergen. Nur wenige Jahrzehnte nach der französischen Inbesitznahme Neukaledoniens im Jahre 1853 steht die seit Jahrtausende bestehende kanakische Gesellschaft vor ihrer totalen Zerstörung. Ihres fruchtbaren Ackerlandes durch Enteignung beraubt, nach Aufständen in die unfruchtbaren Bergregionen deportiert und in Reservate eingewiesen, unterliegen sie bis 1947 der Zwangsarbeit. Auch Alkohol und Selbstmorde tragen zur drastischen Dezimierung der Urbevölkerung von 60.000 Menschen im Jahre 1860 auf nur noch 27.000 Menschen im Jahre 1921 bei.[2]

Mit der Abschaffung des Eingeborenenstatuts Ende der 40er Jahre verbessert sich die Lage der Kanaken nur unwesentlich. Ist ihnen auch juristisch der Zugang zu höheren Bildungseinrichtungen seit 1952 nicht mehr verwehrt, so werden sie doch faktisch durch Abverlangen zahlreicher Zeugnisse und Bescheinigungen, die ihnen kein Euroopäer ausstellen möchte, noch Jahre an jeder Weiterbildung gehindert. Ihre in den Reservaten angebauten landwirtschaftlichen Produkte vermögen sie nicht auf den städtischen Märkten zu verkaufen, da die Stadtverwaltungen Standgenehmigungen verweigern. Auch auf dem Arbeitsmarkt werden Angehörige zugewanderter Ethnien (Polynesier, Vietnamesen, Indonesier) kanakischen Bewerbern gegenüber bevorzugt.

Die europäischen Siedler, zumeist Nachkommen der im letzten Jahrhundert in die Strafkolonie Neukaledonien entsandten Häftlinge, glauben in den 50er- und 60er-Jahren mit der Verweigerung der gesellschaftlichen Gleichstellung die „natürliche" Dezimierung der Urbevölkerung fördern zu können. Auf die Ablehnung durch die europäische Gesellschaft reagieren die Kanaken mit einem Rückzug in die Reservate, in denen sie auch heute noch zu über 80 % leben und Subsistenzwirtschaft betreiben.

Die junge Generation der Kanaken will sich mit der Ungleichbehandlung nicht abfinden und drängt Mitte der 60er-Jahre trotz aller Hindernisse verstärkt in französische Universitäten. 1969 gründen rückkehrende Studenten die Bewegung der „Foulards rouges" (rote Halstücker), die die Gleichberechtigung der Kanaken fordert und die Wiederbelebung der traditionellen Werte der präkolonialen kanakischen Gesellschaft anregt. Ähnlich wie in den meisten anderen französischen Kolonien propagiert anfangs eine gebildete Elite das neue Selbstbewußtsein der Urbevölkerung. Die französischen Behörden reagieren darauf mit der Kriminalisierung engagierter Kanaken.

Neukaledonien als Einwanderungsland

Zugleich treten weiße Politiker Neukaledoniens, wie Roger Laroque, seit 1953 amtierender Bürgermeister der zumeist von Europäern bewohnten Hauptstadt Nouméa, für eine kompromißlose Förderung der Einwanderung ein. Nur so könne einerseits dem gestiegenen Arbeitskräftebedarf des sich in einem Boom befindenden Nickelbergbaus Rechnung getragen werden, und andererseits der Einfluß der Ureinwohner eingedämmt werden. Ziel ist die Schaffung einer „Vielvölkergemeinschaft" nach amerikanischem Vorbild, in der die Urbevölkerung keine besonderen Rechte genießt und die Beibehaltung des status quo gesichert ist.

Diese Politik findet 1972 auch in dem konservativen französischen Premierminister Messmer einen aktiven Fürsprecher.[3] Erinnert man aber heute Messmer an seine damalige Politik, so bestreitet er jede Mitverantwortung seiner Regierung an der Zuspitzung der Situation in Neukaledonien.[4]

25.000 Neusiedler (70,4 % Europäer) wandern von 1969 bis 1974 in das nur 100.600 Bewohner zählende Territorium ein. Auch nach dem Zusammenbruch des Nickelbooms Mitte der 70er-Jahre bleiben immerhin noch 10.200 der europäischen Neusiedler und 6.000 Polynesier auf der Insel.[5] Mit der Anwerbung von polynesischen und karibischen Einwanderern aus anderen überseeischen Départements oder Territorien möchte Paris die Kolonialvölker gegeneinander ausspielen. Wie zuvor in anderen Kolonien ist die Pariser Regierung angesichts des zunehmenden Widerstands der Urbevölkerung bestrebt, neben den Europäern und Ureinwohnern eine 3. Bevölkerungsgruppe aufzubauen, die der Fortsetzung der französischen Herrschaft positiv gegenübersteht.

Von den Vergünstigungen, die die Europäer genießen (insbesondere gutbezahlte Arbeitsstellen), können auch Kanaken profitieren, soweit sie sich assimilieren lassen und ihre kanakische Identität aufgeben. Bestes Beispiel ist Dick Ukeiwé, kanakischer Präsident der konservativen Territorialregierung, der den gemeinschaftlichen Landbesitz des kanakischen Dorfes durch Privateigentum der einzelnen Ureinwohner ersetzen möchte.[6] Die meisten seiner Landsleute lehnen eine solche Assimilation ab und treten für eine Beibehaltung der kanakischen Werte ein.

Halbherzige Reformversprechen lösen kanakischen Widerstand aus

In den 70er-Jahren werden zahlreiche kanakische Parteien gegründet, die die Forderung nach Gleichbehandlung aller Ethnien mit dem Wunsch nach innerer Autonomie verbinden. Die Pariser Regierung ist nur bereit über eine Verbesserung der Lebensbedingungen nachzudenken, läßt jedoch auch in dieser Hinsicht den Versprechungen keine Taten folgen. So äußern 1975 erstmals kanakische Parteien die Forderung nach Schaffung eines unabhängigen kanakischen Staates.

Paul Dijoud, Staatsekretär für überseeische Territorien, gibt zu verstehen, daß eine Unabhängigkeit unmöglich sei und die Kanaken nur mittels einer Bodenreform „nach und nach wieder die Möglichkeit erhalten könnten, in Ruhe zu leben".[7] Seine Reform sieht auch die Einwanderung von 250.000 Menschen vor und

stößt damit auf den entschiedenen Widerstand der Parteien der Urbevölkerung. Dijoud löst daraufhin 1979 den neukaledonischen Regierungsrat (die damalige Territorialregierung) auf und kündigt Neuwahlen zur Territorialversammlung an, nachdem er zuvor die Einführung einer 7,5 % Sperrklausel bei den Wahlen verfügte. Sie trifft insbesonders die kleinen kanakischen Parteien. Die 5 wichtigsten kanakischen Parteien schließen sich am 1.7.79 in der „Front Indépendantiste" (F.I., Unabhängigkeitsfront) zusammen und erreichen 34,4 % der Stimmen. 82.5 % der wahlberechtigten Kanaken votieren für die in der F.I. zusammengeschlossenen Parteien.

Am 19.9.81 wird Pierre Declercq, ein Europäer, der als Generalsekretär der Union Calédonienne den Plan eines unabhängigen Kanakenstaates unterstützt, von Weißen erschossen. Ein Prozeß gegen drei Verdächtige ist bis heute infolge schleppender Ermittlungen nicht eröffnet worden.

Regierungswechsel in Paris weckt neue Hoffnung

Mit dem Regierungsantritt der Sozialistischen und Kommunistischen Partei in Frankreich im Mai 1981 verbinden die Kanaken große Hoffnungen. Hatten doch beide Parteien im November 79 das Selbstbestimmungsrecht der Kanaken betont. Die Sozialistische Partei sprach sogar von der „gerechten Forderung der F.I. nach Unabhängigkeit des kanakischen Volkes". Im Mai 1982 leitet die Pariser Regierung eine Landreform mit der Schaffung einer Landbehörde ein, die sich der kanakischen Forderung nach Rückgabe ehemals kanakischen Landes annehmen soll. Aufgrund einer Wirtschaftsreform wird den Kanaken die Kreditaufnahme ermöglicht. Von einer baldigen Unabhängigkeit möchte Paris aber nichts mehr wissen. Bei der F.I. verstärkt sich der Verdacht, daß wieder einmal mit geplanten Verbesserungen der Lebensbedingungen der Kanaken das Stillhalten der Ureinwohner erzwungen werden soll.

Georges Lemoine, neuer Staatssekretär für überseeische Territorien, hebt auf der von ihm einberufenen Gipfelkonferenz aller in der Territorialversammlung vertretenen Parteien in Nainville-les-Roches im Juli 1983 nochmals das „angeborene Recht der Kanaken auf Unabhängigkeit" hervor.[8] Sein 1984 vorgelgter Entwurf eines neuen Statuts Neukaledoniens sieht jedoch nur die Verwirklichung einer inneren Autonomie und erst für 1989 die Durchführung einer Volksabstimmung über die Zukunft der Insel vor. In der Territorialversammlung stößt dieser Entwurf auf Ablehnung aller Parteien.

Die zumeist von Europäern unterstützte konservative R.P.C.R. (Rassemblement pour la Nouvelle-Calédonie dans la République; Chiracs R.P.R. sehr nahestehend) kritisiert vor allem die in Aussicht gestellte Unabhängigkeit. Die F.I. fordert dagegen die Unabhängigkeit bis zum Ablauf des Jahres 1986. Sie fürchtet, daß ein konservativer Wahlsieg bei den französischen Parlamentswahlen 1986 jede Hoffnung auf eine Unabhängigkeit zerstören könnte. Unbegründet ist diese Furcht nicht, wie Ende Mai 1984 die Debatte über das Statut in der französischen Nationalversammlung zeigt. Während mit den Stimmen der Sozialisten und Kommunisten das neue Statut verabschiedet wird, geben konservative Politiker zu verstehen, daß sie sich im Falle ihres Wahlsieges nicht an die Durchführung der Volksabstimmung 1989 gebunden fühlen werden.

Aus der Nichteinlösung des Wahlversprechens der Linksparteien ziehen die Ureinwohner Konsequenzen. Vier der fünf kanakischen Parteien schließen sich im September 1984 mit Gewerkschaften zur Front de Libération Nationale Kanake Socialiste (FLNKS, Kanakische Nationale Sozialistische Befreieungsfront) zusammen. Sie ziehen sich aus der Territorialversammlung zurück und verkünden ihren Boykott der am 18.11.84 stattfindenden Wahlen zum Territorialparlament. Die Zerstörung von Wahlurnen durch kanakische Bürgermeister erregt weltweit Aufsehen. Statt 26 % Stimmenthaltungen, wie bei den letzten Wahlen 1979, bleiben 1984 50 % der Stimmberechtigten den Urnen fern. Von den abgegebenen Stimmen entfallen 70 % auf die konservative R.P.C.R.. Sie bildet eine paritätische mit 3 Europäern und 3 Kanaken besetzte Regierung, deren Präsident der Kanake Dick Ukeiwé wird. So soll vor allem in Frankreich der Eindruck einer absoluten Gleichberechtigung aller Ethnien in Neukaledonien erzeugt werden. Europäische Politiker, wie Jacques Lafleur, Gründer

der R.P.C.R. und Nickelminenbesitzer, treten in den Hintergrund, nehmen aber nichtsdestotrotz bedeutenden Einfluß auf die Regierungspolitik. Schließlich glauben sie nicht unbedeutende Wirtschaftsinteressen ihrer 50.000 europäischen Landsleute wahrnehmen zu müssen.

Französische Subventionen fördern die ohnehin Privilegierten

Annähernd 35.000 Europäer leben heute im Großraum Nouméa.[9] Sie arbeiten größtenteils im Dienstleistungsbereich. Paris wird nicht müßig auf den hohen Lebenstandard in Neukaledonien hinzuweisen. Dank der Pariser Zuwendungen liegt das Lohnniveau deutlich über dem vergleichbarer pazifischer Kleinstaaten. Ein unabhängiger Staat wäre nicht dazu in der Lage, die Löhne künstlich auf dieser Höhe zu halten.

So kann bereits aus wirtschaftlichen Gründen das Desinteresse der europäischen und polynesischen Angestellten an einer Unabhängigkeit nicht verwundern. Vom hohen Lohnniveau profitieren wiederum auch nicht alle Ethnien gleichmäßig. Geht man von einem monatlichen Durchschnittslohn von 2.000 DM aus, dann verdient ein Europäer durchschnittlich 2.800 DM, während ein Kanake nur 1.000 DM erhält.[10] Der hohe Durchschnittsverdienst der Europäer darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch unter diesen vergleichstweise Privilegierten das Einkommensniveau nicht ausgeglichen ist. Neben den Angestellten des Dienstleistungsgewerbes gelten als Spitzenverdiener die ältesten europäischen Familien, die sowohl Handelshäuser, wie auch einige Nickelminen und große Ländereien besitzen. Wirtschaftlich schlechter stehen die französischen Viehzüchter da, die nur dank der Subventionen des Staates ihre extensive Viehzucht weiterbetreiben können.

Angesichts der bedeutenden wirtschaftlichen Vorteile, die sich für die Europäer aus der Fortsetzung der französischen Herrschaft ergeben, konzentrieren die Kanaken ihre Bemühungen auf den Dialog mit der Pariser Regierung. Von der Notwendigkeit dieses Dialogs überzeugen die Kanaken die Regierung mit mehr als 100 Straßensperren, die drei Wochen lang jeden Verkehr außerhalb des Großraumes Nouméa ruhen lassen. Die bittere Erkenntnis der algerischen Befreiungsbewegung FLN, daß für die Europäer nicht das gegebene Versprechen entscheidend ist, sondern nur das aktuelle Kräfteverhältnis, bewahrheitet sich auch in Neukaledonien.

Premierminister Fabius entsendet Edgard Pisani, einen ehemaligen EG-Kommissar und damit höchsten Regierungsvertreter nach Nouméa.

Der kanakische Widerstand in den französischen Medien

In den französischen Medien nimmt die Berichterstattung über die Straßensperren und die Geiselnahme des französischen Unterpräfekten auf der Insel Lifou durch die FLNKS großen Raum ein. Besondere Aufmerksamkeit wird der Kontrolle der Nickelminenstadt Thio durch Eloi Machoro, den Sicherheitsminister der inzwischen ernannten provisorischen Regierung der FLNKS, geschenkt. Die FLNKS wird entweder als „Haufen Wilder, die die Europäer bedrohen"[11] oder als Gruppe von „Aufständischen"[12], „Separatisten"[13] und „Terroristen"[14] bezeichnet. Der ehemalige Lehrer Machoro wird als „Apparatschik des internationalen Kommunismus"[15] und Guerillaführer hingestellt. Mit keinem Wort wird erwähnt, daß die vermeintlichen Terroristen Politiker ohne jede militärische Ausbildung sind.



Dick Ukeiwé kanakischer Präsident der konservativen Territorialregierung

Tagesaktualität verdrängt die Berichterstattung über die Hintergründe der Unruhen und ausgewogene Berichterstattung wird zur Rarität. Linksliberale Wochenzeitschriften, wie der Nouvel Observateur, lassen in den ersten Wochen nach dem Wahlboykott jede Kommentierung der Ereignisse vermissen. Auch Frankreichs Dritte-Welt-Zeitschriften berichten nur mit großer Verzögerung von dem Kampf des weithin unbekannten Kolonialvolkes.[16]

Immer wieder wird der Vorwurf einer finanziellen Unterstützung der FLNKS durch das Ausland geäußert. Anlaß zu diesen Spekulationen gab eine Reise von 17 Kanaken nach Libyen im Juli 1984. Die FLNKS bestreitet jedoch, irgendeine finanzielle Unterstützung aus Libyen erhalten zu haben, und Beweise konnten für diese gezielt in Umlauf gebrachten Gerüchte auch nie erbracht werden. Doch die alltägliche Desinformation der Medien in Neukaledonien ist den Kanaken wohlvertraut. Bislang befinden sich alle Informationsträger der Insel in europäischem Besitz und der staatliche Rundfunksender unterliegt der Kontrolle des Hochkommissariats.

Die Französische Rechte und die Neukaledonienkrise

War die enttäuschende Berichterstattung in den Medien vorhersehbar, so verfolgen die Kanaken die politische Debatte in Frankreich mit großem Unverständnis. Kaum ein französischer Politiker von Rang und Namen, der nicht glaubt sich zu diesem Thema äußern zu müssen. Den regierenden Sozialisten kommt die Neukaledonienkrise äußerst ungelegen wenige Wochen vor den Kantonalwahlen. Die oppositionellen Konservativen sehen

Den Kanaken eine Stimme geben...

Das Informationsmonopol der Europäer durch Schaffung eines kanakischen Radiosenders und einer Druckerei zu überwinden ist Ziel eines von der Europaparlamentarierin der Grünen, Dorothee Piermont, angeregten Spendenaufrufes. Sparda-Bank Köln, Filiale Bonn, BLZ 37060590, Konto 841935, Stichwort „Kanaken".

Der Aufbau eines solidaritätskomitees ist geplant. Interessenten wenden sich bitte an Alain Piermont (02228) 1873

in den Ereignissen in Neukaledonien nur ein weiteres Indiz für die Versäumnisse der Regierung im Bereich der „Inneren Sicherheit"[17]. Zugleich werfen sie der Regierung den Ausverkauf französischer Interessen vor.

In diesen politischen Schaukämpfen nimmt aber die Sorge um das Schicksal der 140.000 Bewohner Neukaledoniens nur den geringsten Raum ein. Wie wäre es sonst zu erklären, daß sich nur fünf Monate zuvor bei der entscheidenden Debatte über die Einführung einer inneren Autonomie nur 8 von 488 Abgeordneten der Nationalversammlung im Parlamentssaal aufhielten. Das Desinteresse der Parlamentarier wird aber auch von den Wählern geteilt. So haben trotz ununterbrochener Informationsflut noch 44 % der in einer Umfrage befragten Franzosen im Januar keine Meinung dazu, ab Neukaledonien unabhängig werden soll oder nicht.[18] Dabei versuchen die konservativen Parteien mit allen Mitteln die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die nach ihrer Meinung begangenen Fehler der Regierung zu lenken. Kaum eine Woche vergeht ohne publizitätswirksame Besuche konservativer Politiker auf der Insel. Doch alle Appelle an die Solidarität der Franzosen mit den europäischen Siedlern fruchten nur wenig. Mehr als 150.000 DM[19] verwendet die R.P.R. für eine großformatige Anzeige in Paris Match[20], in der vor der Unabhängigkeit gewarnt wird.

Widerstand gegen den Pisani Plan

Unter Ignorierung des inzwischen von Pisani verfügten Ausnahmezustandes demonstrieren europäische Siedler unter Führung der R.P.C.R. in den Straßen Nouméas. Ihr Zorn richtet sich gegen den Plan Pisanis einer Unabhängigkeit in Assoziation mit Frankreich. Dieser Anfang Januar verkündete Plan sieht im Falle eines positiven Ausgangs einer Volksabstimmung die Schaffung eines „unabhängigen" Staates zum 1.1.86 vor, der durch zahlreiche Verträge eng an Frankreich gebunden bleiben wird.

Französische Militärs sollen insbesondere die innere und äußere Sicherheit der Insel gewährleisten und umfangreiche Sicherheitsgarantien werden den europäischen Siedlern zugesichert. Der Präsident scheint selbst diese seltsame Form von Unabhängigkeit als zu weitgehend zu empfinden und tritt in einer Fernsehansprache dafür ein, auch die Justiz und die Außenpolitik von Paris aus zu gestalten.[21] Im Verlauf des sich anschließenden Präsidentenbesuchs in Neukaledonien hütet sich Mitterand davor, den Begriff der Unabhängigkeit auch nur zu erwähnen.

Die Kritik der Kanaken richtet sich nicht nur gegen die erzwungene Assoziation mit Frankreich, sondern auch gegen den Wahlmodus bei der Abstimmung über den Pisani-Plan. Die FLNKS möchte nur diejenigen Siedler an der Volksabstimmung teilnehmen lassen, von denen mindestens ein Elternteil in Neukaledonien geboren ist. Mit dem Ausschluß der Neusiedler sollen die Auswirkungen der französischen Kolonialpolitik der 60er- und 70er-Jahre gemildert werden. Als Antwort auf diese Politik der bedingungslosen Förderung der Einwanderung stieg zwar die Geburtenrate unter den Kanaken sprunghaft, doch bislang stellen sie mit annähernd 65.000 Menschen nur die größte Bevölkerungsgruppe, aber noch nicht die Mehrheit auf der Insel.

Unabhängigkeit oder innere Autonomie?

Nach dem Willen der R.P.C.R. soll es erst gar nicht zu einer Volksabstimmung über die Unabhängigkeit in Assoziation kommen. Sie lehnt jegliche Gespräche mit Pisani ab, solange eine Unabhängigkeit geplant ist. Sie schlägt stattdessen eine innere Autonomie vor, die eine Aufteilung der Insel in drei sich selbst verwaltende Regionen beinhaltet.

Die Kanaken lehnen jedoch jede Abtrennung des finanziell und wirtschaftlich dominierenden Großraumes Nouméa von dem übrigen Teil der Insel ab, da dadurch nur die Benachteiligung der Kanaken verstärkt würde. Wenn heute die konservativen Parteien mit zehnjähriger Verspätung den Anfang der 70er-Jahre von den Kanaken geäußerten Vorschlag einer inneren Autonomie aufnehmen, so ist dies leider nicht Ausdruck einer sich wandelnden politischen Einstellung der Europäer, sondern nur Folge des kanakischen Drucks.

Europäische Politik kennt in Neukaledonien nur den Leitsatz, Unabhängigkeit verhindern, gleichgültig mit wievielen Kosten dies für den französischen Steuerzahler verbunden ist. Dabei sind die Kosten beträchtlich. Alleine 1984 unterstützt die französische Regierung den Haushalt der neukaledonischen Territorialregierung mit 176 Millio.$ und wendet 42 Millio.$ für seine militärischen Einrichtungen auf der Insel auf.[22] 1983 kann Neukaledonien mit dem Wert seiner Exporte nur 51 % der aufwendungen für seine Einfuhren dekken. Für den viertgrößten Nickelexporteur der Welt stellen die Schwermetallausfuhren wertmäßig über 90 % des esamtexportes dar.[24]Das strategisch wichtige Metall wird unter Unkaufnahme enormer ökologischer Schäden im Tagebau gewonnen und größtenteils von der staatlichen Société Le Nickel vermarktet.

Das wirtschaftliche Interesse der Pariser Regierung an dem fernen Pazifikterritorium ist mit der Einrichtung einer 200 sm-Zone zur ausschließlichen wirtschaftlichen Nutzung noch gewachsen, da nicht unbedeutende Manganknollenvorkommen auf dem Meeresboden vermutet werden.

Schenkt man französischen Medien Glauben, so darf Frankreich schon aus strategischem Interese Neukaledonien nicht in die Unabhängigkeit entlassen, da dann ein „Mini-Kuba" im Südpazifik drohen würde.[25] Seit geraumer Zeit versuchen konservative französische Politiker die amerikanische Regierung vom Nutzen der französischen Präsenz im Südpazifik zu überzeugen.[26] Die Warnungen vor sowjetischem Expansionsdrang sind jedoch übertrieben und unrealistisch unverhältnismäßig angesichts einer ständig fortschreitenden amerikanischen Aufrüstung im Pazifik.[27] Bei ihren Warnungen dürfte die französischen Militärs aber besonders die Sorge um die Auswirkungen einer neukaledonischen Unabhängigkeit auf Frankreichs Atomwaffenversuchszentrum Moruroa im benachbarten Überseeterritorium Französisch-Polynesien bewegen.[28] Ein Kolonialkrieg gegen Neukaledoniens Kanaken würde die Position der europäischen Nuklearmacht unter den für einen nuklearfreien Pazifik eintretenden Staaten nur verschlechtern.

Den Kanaken ist an einer militärischen Auseinandersetzung angesichts der Präsenz von 6.300 französischen Ordnungskräften nichts gelegen. Doch nach der Tötung ihres Sicherheitsministers Machoro durch französische Polizisten und einer zunehmenden Kriminalisierung der Mitglieder der Befreiungsbewegung verweigert die FLNKS dem Pisani-Plan ihre Zustimmung. Trotz genereller Gesprächbereitschaft unterstreicht die FLNKS mit ihrem Beschluß, die Versorgung der Reservate durch Aufbau eines eigenen Handelssystems zu gewährleisten und den Schulbeginn nach den Ferien zu boykottieren, ihren Willen, für die Unabhängigkeit eines kanakischen Staates mit allen Mitteln einzutreten.

Ulrich Delius,
Gesellschaft für bedrohte Völker

Anmerkungen

[1] Heinz Küpper, Wörterbuch der deutschen Ungangssprache, Bd. 2. S. 150, Bd. 1, S. 147
[2]Mélanésiens d'aujourd'hui, Nouméa 1976, S. 9
[3]Nouvwwl Observateur, 30.11.84
[4]Interview in Paris Match, 7.12.84
[5]B. Brou, Peuplement et population de la Nouvelle-Calédonie, Nouméa 1980, S.61,S.94
[6]Interview in Libération 28.12.84
[7]B. Brou, 30 ans d'histoire de la Nouvelle-Calédonie, 1945-1977, Nouméa 1981, S. 219
[8]Le Monde 13.7.83
[9]B.Brou, Peuplement ....,S.61
[10]Libération 30.11.84
[11]Figaro 29.11.84
[12]Figaro 21.11.84
[13]Valeurs Actuelles 3.12.84
[14]Le Point 24.12.84, Magazine Hebdo 7.12.84, Paris Match 25.1.85
[15]Valeurs Actuelles 10.12.84
[16]Afrique-Asie 17.12.84, Défi 26.12.84, Peuple en marche Februar 85
[17]Le Monde 4.12.,5.12.84
[18]la Vie, 10.1.85
[19]Libération 23.2.85 , Le Monde 24.2.85
[20]Paris Match 1.3.85
[21]Fernsehansprache vom 17.1.85
[22,23]Far Eastern Economic Review 13.12.84
[24]Marchés Tropicaux et Méditerranéens 4.11.84
[25]paris Match 18.1.85, 22.2.85 , Valeurs Actuelles 7.1.85
[26]die Reise Dick Ukeiwés nach Washington im Januar 85 ist hier besonders hervorzuheben
[27]dazu detaillierte dokumentation: Southastasia Chronicle, Nr. 95,Nov.84

Contras überfallen Arbeitsbrigadisten

Mit Entsetzen und Empörung wurde der Überfall, der in Nicaragua operierenden Contra (FDN), auf zwei bundesdeutsche Brigadistinnen von der Solidaritätsbewegung zur Kenntnis genommen. Seit Dezember 1983 haben bereits über 700 Bundesdeutsche an Arbeitseinsätzen in Nicragua teilgenommen. Sie sehen in ihrem Aufenthalt und ihrer Arbeit in den von der Contra gefährdeten Gebiet die beste Möglichkeit, die dort lebenden Nicaraguaner materiell, politisch und moralisch in ihrem alltäglichen Kampf um ein menschenwürdiges Leben zu unterstützen. Die Brigadisten nehmen dabei bewußt ein hohes Risiko in Kauf, denn sie teilen mit den Bauern nicht nur das einfache Leben, sondern auch die Gefahren durch Übergriffe der US-finanzierten Contras.

Am Samstag den 2. Feb. 85 wurden nun das vierte mal Bundesdeutsche direkt Opfer der verbrecherischen Contra-Attacken. Zum erstenmal wurde jedoch ein gezielter Angriff auf die Arbeitsbrigaden ausgeführt. Die Verschleppung der beiden Arbeitsbrigadistinnen durch die FDN war ein gezielter Einschüchterungsversuch; es sollte eine Aufforderung sein, die Region wieder der Contra zu überlassen.

Die Bundesregierung hat dies bereits getan. Nach der Ermordung des Arztes Tonio Pflaum, zog sie ihre Entwicklungshelfer aus den Nord- und Südprovinzen zurück und das Auswärtige Amt lässt auf Anfrage verlauten, ein Aufenthalt in diesen Gebieten sei „unverantwortlich". Sie wirft damit uns, der Bewegung, den Organisatoren und den Brigadisten vor, selbst dafür verantwortlich zu sei, wenn Contras bundesdeutsche Staatsangehörige überfallen.

Es sind jedoch nicht nur Deutsche in Gefahr; täglich geschieht gleiches mit unzähligen Nicaraguanern, aber auch mit US-Bürgern. So wurde allein in der letzten Woche auch der Dekan der medizinischen Fakultät der Universität Leon und eine Ordensschwester des Mary-Knoll-Ordens von der FDN entführt.

Unverantwortlich nennen wir es, daß die Bundesregierung nicht ihre Stimme erhebt gegen die durch die USA bezahlten und gelenkten Söldner, die für das tägliche Grauen und den Krieg in Nicaragua verantwortlich sind. Unverantwortlich nennen wir es, wenn die Bundesregierung mit ihrer Politik die Position der Reagan-Regierung stärkt und stützt. Wir rufen die deutsche Bevölkerung auf, alles in ihren Kräften stehende in der ihnen adäquaten Form zu tun, daß die konterrevolutionären Aktionen nicht mehr international unterstützt werden, und Druck auf den US-Kongres auszuübern, daß er keine Gelder mehr für den CIA, für die Contraorganisationen, für Sabotage und andere Aktionen gegen das nicaraguanische Volk und die Regierung bewilligt.

Informationsbüro Nicaragua e. V.
Postfach 10 13 20 · D 5600 Wuppertal 1

Libyen will Auslieferung von politischen Flüchtlingen erreichen

Wie die ap in einer Meldung vom 20. 2. 1985 verbreitete, hat die führende libysche Tageszeitung „Al Sahf al Achadar" von der Bundesrepublik, den USA und Großbritannien die Auslieferung „krimineller" libyscher Regimegegner verlangt. Anderenfalls solle die „Rote Armee Fraktion" (RAF) und die „Irisch-Republikanische Armee" (IRA) mit Waffen und Ausbildung unterstützt werden. Damit solle westlichen Ländern vergolten werden, daß sie Gegnern des Staatschefs Gaddafi Zuflucht böten. Libyen werde, so die Zeitung weiter, niemals aufhören, seine Feinde zu verfolgen. „In dieser Hinsicht sollte die Schlacht heftig und stark sein, in jedem Flughafen, Seehafen, Hotel, Bahnhof oder Einkaufszentrum." Auch Gaddafi selbst hat ähnliche Drohungen ausgesprochen. Laut einer Meldung der Deutschen Presseagentur hat er vor dem libyischen Volkskongress betont, sein Volk habe das Recht, „Gegner im In- und Ausland bei hellem Tageslicht zu liquidieren". Falls die Bewegung gegen Libyen in Europa als demokratische Opposition gewertet würde, betrachte Tripolis die Mitglieder der „Rote Armee Fraktion" und der IRA als „Revolutionäre Opposition" (Badische Zeitung, 4. 3. 1985).

Zu diesem Angriff auf das Asylrecht hat die Generalunion libyscher Studenten in einer Pressemitteilung Stellung genommen, die wir in Auszügen wiedergeben:

Die Generalunion Libyscher Studenten, Sektion BRD und West-Berlin, ist eine demokratische Studentenorganisation in Opposition zum gesetzlosen Gaddafi-Regime, die sich im Rahmen der geltenden Gesetze in der Bundesrepublik Deutschland politisch betätigt, über die Lage in Libyen informiert, zu Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international Kontakt hält u. ä..

Da Oberst Gaddafi keinerlei Opposition zu seinem Regime duldet, wird von Vertretern des Gaddafi-Regimes selbst diese Tätigkeit der Generalunion Libyscher Studenten zu „terroristischen Aktivitäten" abgestempelt; die Mitglieder der Studentenorganisation wurden in ihrer Abwesenheit zum Tode verurteilt. Für mehrere von ihnen wurde aufgrund des Vorwurfs „antilibyscher Propaganda" und mit anderen fadenscheinigen Begründungen die Auslieferung beantragt. Da das Gaddafi-Regime unter dem Begriff „Terrorismus" alle Akte der freien Meinungsäußerung versteht, wie die Herausgabe von Zeitschriften, Flugblätter, Presseerklärungen und Interviews, mit denen libysche Oppositionelle die ausländische Öffentlichkeit über die vom Gaddafi-Regime ausgeübte Gewaltherrschaft informieren wollen, ist verständlich, warum die Bundesregierung bislang keinem der gestellten Auslieferungsanträge entsprochen hat.

Wenn das Gaddafi-Regime über sein Sprachrohr „Al Satif al Achadar" jetzt mit Vergeltungsmaßnahmen gegen die Bundesrepublik Deutschland und andere Staaten droht, so sollten diese Drohungen ernst genommen werden. Das politische Banditentum, dessen sich das Gaddafi-Regime als Methode bedient, ist berüchtigt: Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Mordanschläge auf libysche Oppositionelle im Ausland, an die Bombenanschläge in Großbritannien und an die Schüsse gegen friedliche Demonstranten in London, deren Opfer die Polizeibeamtin Y. Fletcher geworden ist.

Auch in Bonn lagern unseren Erkenntnissen nach in den Gebäuden des sogenannten Volksbüros große Mengen von Sprengstoff, Waffen, Zeitzündern etc. Diese können jederzeit auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zum Einsatz kommen.

Wie die Bombenanschläge und Schüsse in London zeigen, nimmt das Gaddafi-Regime bei seiner blindwütigen Verfolgung der demokratischen Opposition auch den Tod von unbeteiligten Personen in Kauf. Von den neuerlichen Drohungen Gaddafis sind insbesondere die in Libyen lebenden Bundesbürger betroffen. Jedem von ihnen droht die Gefahr, als Geisel genommen und für längere Zeit inhaftiert zu werden. Wir warnen alle bundesdeutschen Firmen und mehr noch deren jeweilige Mitarbeiter vor den Risiken, die gerade jetzt mit einem Aufenthalt in Libyen verbunden sind."

Widerstand für Leben und Befreiung

Die ökologische Krise in Indien und die sozialen Bewegungen der Armen

»In einem Land wie Indien mit starker Bevölkerungsdichte und sehr hohem Grad der Verarmung wird buchstäblich jede ökologische Nische durch die eine oder andere entwurzelte und verarmte Berufs- oder soziale Gruppe für ihr Überleben in Besitz genommen. Jedes Mal, wenn die Machthaber in der Gesellschaft die ökologische Nische eingenommen und deren Ressourcen ausgebeutet haben, verelenden die Armen und Marginalisierten weiter. So bedeutet z.B. die stetige Zerstörung unserer natürlichen Wälder, Weideflächen, Küstengewässer u.a. nicht nur verstärkte Armut für Millionen von Stammesangehörigen, Nomaden, Fischern, sondern auch das langsame kulturelle und soziale Sterben: Eine erzwungene Degradierung von einfachen selbständigen und genügsamen Menschen zu erschreckend abhängigen landlosen Lohnarbeitern oder verstrickten und verelendeten Stadtwanderern. Die gegenwärtige Entwicklung kann in Wahrheit als ein Prozeß beschrieben werden, durch den die Reichen und die Mächtigen die Verfügungsgewalt über die natürlichen Ressourcen der Nation erneut zu ihrem Vorteil bestimmen. Die Technologie ist dabei das Werkzeug, das diesen Prozeß beschleunigt!« (aus: »State of India's Environment, 1982)*

Grundverständnis und Ausgangspunkt

Die ökologische Krise in Indien und die sich anbahnende Katastrophe mit existentiellen Folgen für die Armen und Marginalisierten sind m.E. das Ergebnis des gleichen historisch-politisch-ökonomischen Prozesses, der im Verbund mit den gegebenen sozio-strukturellen Bedingungen, die schwere Beeinträchtigung bis hin zur vollkommenen Verelendung der großen Mehrheit der indischen Gesellschaft verursacht hat, fortbestehen läßt und verstärkt. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der ökologischen Krise in Indien, d.h. eine Auseinandersetzung, die weder romantizistisch noch rein kompensatorisch orientiert oder nur auf reformistische Kosmetik bedacht ist, muß daher historisch-politisch sein. Sie muß sozio-ökonomisch-strukturelle Faktoren ebenso mit in Betracht ziehen wie die Frage der Technologiewahl im Zusammenhang mit Lebensgrundlagen und -chancen für Hunderte von Millionen von Armen gestellt werden muß.

Das Ringen der Armen für grundlegende Veränderungen (oder Wiederherstellung) ihrer kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Umwelt muß den Widerstand gegen die Beeinträchtigung oder gar Zerstörung ihrer natürlichen Umwelt mit einschließen, weil sie ihre Lebens- oder Überlebensgrundlage ist. Umgekehrt kann es daher auch keine ausschließlich ökologisch orientierte Widerstandsbewegung der Armen geben. Die Bestrebungen der Armen für eine selbstbestimmte, selbstgestaltete und selbstbefreiende Entwicklung ist die einzige Antwort – auch auf die Bedrohung oder Zerstörung ihrer natürlichen Umwelt. Die Grundsätze für soziale Organisation und soziale Aktion der Armen zur Veränderung der Gesamtsituation in ihrem Sinne gelten deshalb auch für die ökologischen Widerstandsbewegungen.

Dieser Beitrag ist ein Versuch, dieses Grundverständnis am Beispiel Indiens und den dortigen sozialen Bewegungen zu beschreiben und zu begründen.

Indischer Widerspruch und die Ökologische Krise

Viele Beobachter der Entwicklungsszenerie kennen die widersprüchlichen Gesichter Indiens: fortbestehende und sogar zunehmende Armut und Verelendung von Millionen bei gleichzeitigem Reichtum und Überfluß für eine privilegierte Minderheit, Stillstand oder gar Rückschritt in einem großen Teil der Wirtschaft bei gleichzeitigem beträchtlichem technologischem und wirtschaftlichem Fortschritt in dem anderen kleinen Teil usw. Kaum wahrgenommen ist die Tatsache, daß eine von der herrschenden Minderheit diktierte Entwicklung, die in geplanter Form die Armut und Verelendung von Millionen Menschen in Kauf nimmt, auch unausweichlich zerstörerische Eingriffe in die natürliche Umwelt, d.h. in den Lebens- und Überlebensraum von Millionen Armen und Ärmsten zuläßt oder verursacht.

Indien hat inzwischen eine Bevölkerung von rund 730 Mio. Menschen. Davon leben ca. 580 Mio (rd. 80%) in ländlichen Gebieten. Je nach Region fristen 40 bis 70% von ihnen ihr Dasein unterhalb der Armutsgrenze, insbesondere die Harijans (Angehörige der Kaste der sog. Unberührbaren, ca. 75 Mio.) und Adivasis (Stammesangehörige, ca. 44 Mio.). Sowohl für die große arme Mehrheit wie auch für die kleine wohlhabende Minderheit in den ländlichen Gebieten sind – mangels Alternativen – die Landwirtschaft und/oder die Nutzung der Wälder die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Grundlagen. Die Umweltkomponenten Land, Wasser und Wald, auf die die ländliche Bevölkerung angewiesen und mit denen sie eng verbunden ist, sind für sie von existentieller Bedeutung. Sie stellen also nicht etwa nur eine kulissenhafte Umwelt, sondern die lebensgestaltende und -bewahrende Mitwelt dar. Während die bereits spürbare Umweltkrise Indiens in erster Linie die ländliche Bevölkerung trifft, ist diese auch eine erschreckende Realität für die Armen und Ärmsten in den Elendsvierteln und Slums der übervölkerten Städte, vor allem in solchen Millionenstädten wie z.B. Kalkutta, Bombay, Madras, Ahmedabad, etc.

In einer aufsehenerregenden und geradezu richtungweisenden Studie indischer Wissenschaftler und Praktiker mit dem Titel »The State of India's Environment« wird hervorgehoben (*): Land, Wasser und Wald als Mitwelt und somit als Lebensgrundlage zugleich für annähernd 80% der indischen Bevölkerung sind inzwischen durch Entwicklungen und Interventionen, die bereits lange vor der Unabhängigkeit Indiens (1947) begonnen haben, in starkem Maße gefährdet und z.T. zerstört worden. Folgende Daten machen dies deutlich:



Ureinwohner von Chhota Nagpur

- Die gesamte geographische Fläche Indiens mißt 328 Mio ha. Hiervon sind 143 Mio. ha (43,6%) landwirtschaftlich genutzte Fläche sowie 123 Mio. ha. (37,5%) land- und forstwirtschaftlich nutzbare Fläche, Weide- sowie Waldfläche.
- Von der landwirtschaftlich genutzten Fläche sind rund 85 Mio. ha. (ca. 60%) durch Wind- und Wassererosion geschädigt. Bei annähernd 7 Mio. ha. ist der Boden bereits versalzen oder übersäuert, daß er nicht mehr bearbeitet werden kann. Weitere rund 6 Mio. ha. sind dadurch schwer geschädigt. Ferner sind fast 10 Mio. ha. Land durch stehendes Wasser nicht mehr bewirtschaftbar. Und schließlich ist beim indischen Boden ein stetiger Rückgang des Gehalts an Mineralnährstoffen und Mikrorganismen – den wichtigsten Grundlagen für Leben und Wachstum der Pflanzen und Bäume festzustellen.
- 70% der verfügbaren Wassermenge ist verseucht. Z.B.: Der Yamunafluß führt, bevor er Delhi erreicht, 7500 koliforme Organismen auf 100 Milliliter mit sich; nach Übernahme der städtischen Abwässer steigt die Anzahl dieser Organismen auf 24 Mio. pro 100 Milliliter.
- Die Küstengewässer werden mittels motorisierter Trawler überfischt, wodurch nicht nur die Fischmenge in bedrohlichem Maße dezimiert, sondern auch 6.5 Mio. Fischern ihre Existenzgrundlage als Selbständige entzogen wird.
- In einigen Regionen des Landes (vor allem in Südindien) ist ein bedrohliches Absinken des Grundwasserspiegels festzustellen.
- Im Zusammenhang mit diesen und weiteren Umweltschäden (Abholzung, Erosion und nachfolgende Ablagerungen in den Kanal- und Flußbetten, Störungen der Biosphäre) ist das ländliche Indien in der Folge mal von Überschwemmungen und mal durch langanhaltende Dürreperioden betroffen. In den letzten 10 Jahren haben sich die überschwemmungsgefährdeten Landstriche von rund 20 Mio. ha. auf rund 40 Mio. ha. erhöht. Von Dürre gefährdet sind inzwischen 42 Mio. ha. Land, von dem ca. 260 Mio. Menschen leben.
- Nach wissenschaftlicher und amtlich propagierter Zielsetzung sollte Indien eine bewaldete Fläche von ca. 110 Mio. ha. haben, d.h. ein Drittel der Gesamtfläche. Tatsächlich beträgt die Waldfläche inzwischen nur noch rund 35 Mio. ha durch stetige und beispiellose Abholzung und nur geringe Wiederaufforstung in den vergangenen Dekaden. Besonders betroffen von der Entwaldung sind vor allem die Berghänge und Täler im Himalayagebiet. An den einst grünen Hängen wächst unter 2000 m Höhe praktisch kein Baum mehr. In dieser Region leben mehrheitlich Stammesgruppen, die damit ihre Lebensgrundlage verloren haben.

Für die ca. 20% der in den Städten lebenden indischen Bevölkerung sieht es nicht besser aus:

- Die Luftverschmutzung in Indiens Großstädten nimmt gefährliche Ausmaße an. Die schnell wachsende Verkehrsdichte in den engen Straßen, die Durchmischung von Industrie- und Wohngebieten im Stadtgebiet, das Fehlen jeglicher Emissionskontrolle, sind bedrohliche Faktoren. Im Jahre 1978 wiesen Messungen des Schwefeldioxyd-Gehalts der Luft in den Städten Bombay, Calcutta und Ahmedabad mehr als 60 Mikrogramm/m^3 aus. In den Regionen mit dichter Industrieansiedlung wie beispielsweise in einigen Teilen Bombays liegt der Wert sogar bei 108 Mikrogramm/m^3.
- Die beiden Thermokraftwerke in Delhi stoßen z.B. pro Tag 180 t Asche und 70 t Schwefeldioxyd aus. In Calcutta werden täglich allein durch Hausbrand 557 t Schadstoffe ausgestoßen, weitere 122 t Schwe-

feldioxyd, 448 t Kohlenmonoxyd, 102 t Kohlenwasserstoff und 70 t Stickstoff.

- Vergleichende Untersuchungen (1977/78) haben gezeigt, daß in den dichtbesiedelten, der Luftverunreinigung besonders ausgesetzten Gebieten, die Bevölkerung in stärkerem Maße von chronischer Bronchitis, TB, Hautallergien, Krebs, Anämie und Augenkrankheiten betroffen ist als anderswo.
- Neben diesen »regulären« Problemen in indischen Städten kann sich die kürzlich stattgefundene Katastrophe in Bhopal jederzeit in zahlreichen verstädterten Regionen des Landes wiederholen.

Diese Informationen beschreiben zwar nur unzureichend das Ausmaß der bereits verursachten Umweltschäden und -zerstörungen, sie machen aber die Tragweite der Problematik deutlich. Wichtig ist festzuhalten, daß die Schäden gleichermaßen und in Wechselwirkung zueinander Luft, Land, Wasser und Wald betreffen, d.h. sie können weder isoliert betrachtet noch einzeln behoben werden. Sie bedeuten Beeinträchtigung bis zu vollkommenem Verlust der Gesundheit und Existenzgrundlage (Ernährungsgrundlage, wirtschaftliche Basis) für viele. Sie bedeuten auch den Zwang zur Aufgabe der überlieferten Lebensgrundlage als Bauer oder Landarbeiter und damit eine Veränderung des ganzen Lebensgefüges. Die Folge ist die weitere Verelendung großer Teile der ländlichen Bevölkerung oder deren aussichtslose Abwanderung in die ohnehin problembeladenen städtischen Zentren.

Hauptleidtragende sind die Armen und die Frauen

Da Land, Wasser und Wälder für die ländliche Bevölkerung Indiens nicht nur ein Teil des Daseins als bloßer Nutzungs-, Spaziergangs- und Erholungsraum ist, sondern eine Frage des Lebens und Überlebens an sich, treffen die Auswirkungen einer Umweltkrise am stärksten die Klein- und Marginalbauern, die Landarbeiter, die Harijans und Adivasis, das sind die ohnehin Armen und am meisten Benachteiligten der indischen Gesellschaft.

Am schwersten betroffen innerhalb der Masse der Armen und Marginalisierten sind die Frauen. Aufgrund ihrer traditionellen, sozio-kulturell bestimmten Rolle trägt die Frau die Hauptlast des ständigen Existenzkampfes der Familie. Ob sie nun als dienende Tochter oder Ehefrau, Schwiegertochter und Mutter im Haushalt arbeitet oder zusätzlich außerhalb als Tagelöhnerin oder Lastenträgerin das unverzichtbare Einkommen erzielt oder durch den Verkauf von landwirtschaftlichen und Waldprodukten dazu verdient.

Je weiter die natürliche Umwelt beeinträchtigt oder zerstört wird, desto mühsamer wird es für die Frauen, Brennholz, Wasser oder Tierfutter zu finden. Als Landarbeiterin hat sie durch die »Modernisierung« der Landwirtschaft nur Nachteile erfahren. Ihre Arbeit (z. B. das Verpflanzen von Reispflanzen) wird nicht durch Maschinen erleichtert, wie das bei einigen traditionellen Männerarbeiten der Fall ist. Im Gegenteil wird die Arbeit durch die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit (z. B. durch die Erhöhung des Ernteertrages) erschwert. Hinzukommen schwere Gesundheitsschäden durch die starke Belastung und Anwendung von Pestiziden und Insektiziden. Die



Umweltkrise verschlechtert so die ohnehin prekäre Situation der Frau.

Die große, häufig unterhalb des Subsistenzniveaus lebende Mehrheit der indischen Bevölkerung verfügt weder über wirtschaftliche Reserven noch über Möglichkeiten, die Umweltschäden zu beheben, noch über Alternativen für eine anderweitige Lebenssicherung. Sie hat auch keine sozio-politische Verhandlungsmacht, die die Situation ändern könnte. Das unausweichliche Schicksal vieler ist dann auch beispielsweise der Verkauf des wenigen Landes an den größeren Landbesitzer oder Geldverleiher. Als Folge der ökologischen Krise geht auch die Nachfrage nach Landarbeiterinnen und -arbeitern zurück, so daß nicht nur der Tageslohn sinkt, sondern immer mehr Menschen arbeitslos werden. Die so aus den Dörfern und Wäldern Vertriebenen wandern in die Städte ab. Die ökologische Krise macht die Armen auf dem Land ärmer, anfälliger und abhängiger von den mächtigen und herrschenden Kräften. Zwar sind in Anbetracht der Größe des Landes bisher nur bestimmte Landesteile unmittelbar von der Krise in hier aufgezeigter Weise betroffen – es gibt noch große fruchtbare Landflächen und intakte Wälder, es gibt immer noch reine Gewässer und jungfräuliche Böden – wenn sich jedoch der geschilderte Gefährdungs- und Zerstörungsprozeß fortsetzt, wird nach Meinung vieler Sachverständiger innerhalb der nächsten 20 bis 30 Jahre eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes stattfinden. Nach der gegebenen Logik gesamtgesellschaftlicher Auswirkungen solcher Entwicklungen werden – einmal mehr – die Armen und Ärmsten die Hauptleidtragenden sein.

Historische und politische Ursachen

Einige der gravierenden Ursachen der Umweltkrise in Indien liegen in den Interventionen der britischen Kolonialmacht. Sie erfolgten direkt in die natürliche Umwelt, indem die Topographie der Fluß- und Kanalläufe verändert wurde. Die überlieferten Bewässerungssysteme wurden im Zuge der »Modernisierung« und »Erschließung des Landes für den Bau neuer Städte, Straßen, Eisenbahnen, Staudämme, Kanalsysteme, Industriebetriebe umfunktioniert oder zerstört. Eine weitere folgenschwere direkte Intervention war die Kommerzialisierung großer Wald- und Ackerbauflächen, die zur extensiven Abholzung und rücksichtslosen Nutzung des Bodens für die Profitinteressen der Holzindustrie oder der Plantagenwirtschaft (Tee, Jute, Tabak) der Kolonialherren und ihren Handlangern führte.

Wenn auch indirekt, so doch ebenso folgenschwer waren die Interventionen in die überlieferten sozio-kulturellen und sozio-legalen Systeme zum Erhalt und zur Pflege der natürlichen Umwelt. Indem die Wälder, Weide- und z. T. auch Ackerbauflächen vom Besitz der Gemeinwesen in die administrative Gewalt der Kolonialbehörden oder in die Hand der Pächter und Unterpächter der Kolonialmacht (Großgrundbesitzer, Fürsten, etc.) überführt wurden, begann die langsame aber sichere Zerstörung eines autochtonen, bewährten – d. h. umweltschonenden – und soziokulturell verankerten Systems zur gemeinschaftlichen Nutzung, aber auch Pflege und Erhalt der Umwelt (dies gilt vor allem für die Wälder), das bis dahin die Harmonie zwischen Natur und Mensch weitgehend gewährleistet

hatte.

Besonders tragisch ist, daß der Prozeß der folgenschweren und zerstörerischen Interventionen der Kolonialherren sich nach der Unabhängigkeit Indiens nicht nur fortgesetzt, sondern sogar in bedrohlichem Umfang verstärkt hat. In der kolonialen Nachfolge und nach euro-amerikanischem Vorbild hat sich Indien primär für eine staatlich gelenkte forcierte industrielle Entwicklung entschieden.

Um Fehlinterpretationen zu vermeiden: Hier wird nicht in romantisierender und kulturpessimistischer Betrachtungsweise für eine Rückkehr zu dem vorindustriellen »paradiesischen Zustand« in Indien (der keiner war!) plädiert. Die Frage ist aber, welche Industrialisierung und Technologie? Für wen? Mit welchen Folgen?

Auch bei der Entwicklung des ländlichen Raumes wurde vorwiegend eine kapitalistische (mit sozialistischen Lippenbekenntnissen ummantelte), wachstumsorientierte, modernisierungsgläubige, sich auf die Stärkeren stützende Politik befolgt. Eine der zwangsläufigen Begleiterscheinungen dabei war und ist das rücksichtslose Eingreifen in die Natur: Der Bau einer stattlichen Anzahl von kleinen, großen und supergroßen Staudämmen und Kanalsystemen, die spürbar intensivierte Nutzung des Grundwassers für die Landwirtschaft in einigen Regionen, forcierter Übergang zur Landbewirtschaftung mit künstlicher Bewässerung verbunden mit intensivem Gebrauch von hochgezüchtetem Saatgut, Kunstdünger, Pestiziden zur landwirtschaftlichen Ertragsmaximierung bei den privilegierten Bauern, starker Rückgang bodenschonender oder konservierender Fruchtfolge oder Mischkultur zugunsten von hochgezüchteten ertragreichen Monokulturen oder Cash Crops, weitere ausgedehnte Kommerzialisierung der Wälder durch Abholzung und rücksichtslose Ausbeutung von Waldpflanzen und -früchten – nunmehr auch im Dienste der neuen nationalen Industrien (private und staatseigene) sowie der multinationalen Unternehmungen für z. B. Papier, Textil, Kunststoff, Bauholz, Pharmazeutika, Kosmetika, etc. und für den Export von Edelhölzern und Futtermitteln nach Europa und U.S.A. Daher ist es nicht verwunderlich, daß z.B. die Weltbank oder den CIDA oder die Bundesregierung das sogenannte »Social Forestry«-Programm der indischen Regierung mit Hunderten von Millionen Dollar oder DM finanzieren. Dieses Programm hat als Hauptbestandteile »Farm Forestry« bzw. »Agro-Forestry«, womit hauptsächlich der Anbau von schnellwachsenden Bäumen (z. B. Eukalyptus) forciert gefördert wird, um nationale und multinationale Industrien mit Rohstoffen zu beliefern. Dies geschieht ungeachtet der gravierenden ökologischen Schäden und der möglichen anderen Nutzen (Futter, Brennholz), die diese Art der Aufforstung verursacht.

Bürokratie gegen die Bevölkerung

Sogar noch folgenschwerer ist die fortgesetzte und z. T. tiefergehende Intervention in die überlieferten sozio-legalen und sozio-kulturellen Systeme. Die unabhängige indische Regierung hat sich bewußt und im Einklang mit ihrer Gesamtstrategie für eine stärkere Bürokratisierung und Administrierung der Umwelt durch staatliche Verwaltung entschieden und damit den Menschen und Gemeinwesen die Möglichkeiten einer selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Nutzung, Pflege und Bewahrung der natürlichen Umwelt weitestgehend genommen. Im Gegenteil, die staatliche Bürokratie in eindeutiger Koalition mit den Machthabern in der Wirtschaft fördert sogar – nicht selten mit unvorstellbar korrupten und ausbeuterischen Praktiken – eine noch nachhaltigere und irreversiblere Zerstörung der Umwelt (Kahlschlag von Wäldern, Verseuchung der Gewässer, Vergiftung der Luft etc.). An diesem Zerstörungsprozeß sind z. B. die Weltbank, der Weltwährungsfond, die Kreditanstalt für Wiederaufbau (BRD), EG und zahlreiche europäische, amerikanische, japanische, multinationale Konzerne und einige europäische Regierungen ausschließlich zur Sicherung ihrer eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen beteiligt – und meist im Namen der Entwicklungshilfe oder des Technologietransfers.

Diese Ursachenanalyse wird sicher als einseitig bezeichnet werden, wenn hier nicht gleichzeitig die berühmte Bevölkerungsexplosion oder der astronomische Viehbestand in Indien mit in Betracht gezogen werden. Selbstverständlich hat das Wachstum der Bevölkerung von 362 Mio. im Jahre 1951 auf ca. 730 Mio. in 1984 einen immensen Druck auf die letztlich begrenzten Umweltressourcen ausgeübt. Bereits jetzt sind nicht zu behebende Defizite z. B. in der Brennholzversorgung festzustellen. Auch die annähernd 400 Mio. Stück Vieh in Indien bedeuten eine zu extensive Inanspruchnahme der Weideflächen und Wälder. Indes sind dies nur mittelbare Ursachen, weil sie direkte Folgen des verfehlten Entwicklungsweges Indiens sind, der auf wirtschaftliches Wachstum und technologischen Fortschritt für die Wohlstandsmehrung von wenigen ausgerichtet ist. Dieser Entwicklungsweg hat die Verarmung der Massen verursacht, diese entmündigt und ihre Möglich- und Fähigkeit zur eigenständigen und eigenverantwortlichen Gestaltung und Wahrung der natürlichen, sozialen und kulturellen Umwelt in weitem Maße zerstört. Die Folgen sind auch armuts- und verelendungsbedingtes Fehlverhalten der Armen, eben nicht selten in Form eines selbstmörderischen Umgangs mit der Natur.

Wiederkehrender politisch-historischer Prozeß

Die vorangegangenen Ausführungen zur Entstehung und Ausprägung der ökologischen Krise in Indien machen einen historisch-politisch-ökonomischen Prozeß deutlich, der in vielen anderen Ländern der Dritten Welt und im Hinblick auf alle anderen existentiellen Lebensbereiche der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas mit fast gleichen Sequenzen und ähnlicher struktureller Bedingtheit wiederholt stattgefunden hat:



Akbarpur-Barrota, Indien: Diesem sterbenden Baum wurden alle Äste abgehackt und als Brennholz verwendet

– Während und nach der Etablierung der Kolonie intervenieren die neuen Herrschenden in die materiellen und immateriellen Lebensgrundlagen und -inhalte der eroberten Gesellschaft zum Ausbau der Herrschafts- und Wirtschaftsinteressen der Kolonialmacht. Dieses geschieht in enger Koalition mit der von der Kolonialmacht ausgesuchten und gefügigen nationalen Elite – den ehemaligen Herrschenden bzw. deren Epigonen. Sie leistet Stellvertreterdienste zur teilweisen Sicherung ihrer verlorenen Macht und Wirtschaftsinteressen und beteiligt sich an dem Prozeß der Beeinträchtigung bis zur vollkommenen Zerstörung der Lebensgrundlagen und -inhalte der großen Mehrheit. In den Jahrzehnten bzw. Jahrhunderten der Kolonialherrschaft verarmt und verelendet die große Mehrheit aufgrund des allmählichen aber sicheren Verlustes ihrer materiellen, kulturellen und sozialen Existenzgrundlagen. In diesem Prozeß werden Hunderte von Millionen auch ihrer natürlichen Umwelt beraubt. Die Hauptleidtragenden sind dabei die Landlosen und Marginalbauern und andere marginale Gruppen wie z. B. die Stammesangehörigen und die meisten Frauen.

– Nach der Unabhängigkeit übernimmt eine zumeist euro-amerikanisch sozialisierte, von der Kolonialmacht geduldete oder anerkannte und/oder ausgesuchte bürgerliche Elite (als Folge der zumeist bürgerlichen Unabhängigkeitsbewegung zuvor und nicht aus einer Bewegung der Massen hervorgegangen) die politische Macht. Diese handelt wie während der Kolonialzeit im Interesse einer kleinen Minderheit von Privilegierten sowie Einflußreichen (und gegen die Millionen von Armen und Marginalisierten) zur Sicherung und Erweiterung ihrer Macht- und Herrschaftsbasis. Sie folgt in geplanter Form euro-amerikanischen Entwicklungsmodellen westlicher und/oder östlicher Prägung mit Betonung auf wirtschaftliches Wachstum, technologischen Fortschritt und Modernität und deren propagierter Illusion eines nachfolgenden »trickle down effects« zum Wohle aller (auf den warten Hunderte von Millionen immer noch!). Diese Entwicklungsstrategie hat eine eindeutige Prozeßlogik zutage gebracht: sie hat die Millionen von Armen zur Verelendung geführt, sie bleibt Raubbau an der Natur, was die Verelendung weiter verstärkt, während eine Minderheit der herrschenden Elite sowie ihre Handlanger und Stellvertreter reicher und mächtiger werden. Die Reichen können nur reich bleiben bzw. noch reicher werden, wenn die Armen arm bleiben bzw. noch ärmer werden.

– Die nachkolonialen Einfluß- und Herrschaftssysteme wie z. B. die Weltbank oder der Weltwährungsfonds, die multinationalen Konzerne, die Apparaturen der politischen Blöcke wie z. B. EG oder COMECON und einzelne Regierungen in Ost und West (je nach ideologischer Affinität) sind in dem beschriebenen Prozeß nachhaltig beteiligt – mal passiv unterstützend, mal direkt in Koalition mit der Elite in dem einen oder anderen Land der Dritten Welt, mal geradezu selbsttätig oder sogar erzwingend. Die Folgen sind Verschlimmerung und Verfestigung des Verelendungsprozesses für die Mehrheit der Menschen in der Dritten Welt und damit auch die verstärkte Zerstörung der natürlichen Umwelt von Hunderten von Millionen von Menschen.

Kann es aus diesem Teufelskreis von historisch-politischer Verursachung, soziopolitisch-struktureller Bedingtheit und nachkolonialen Einfluß- und Herrschaftsmechanismen einen Ausweg für die Armen in der Dritten Welt und damit eine Möglichkeit für die Bewahrung und Schonung der natürlichen Umwelt und Existenzgrundlage der Armen geben?

Aus der Verelendung zum Widerstand?

Mancherorts in Indien sind die Armen zusammen mit solidarischen Kräften aus anderen Schichten der indischen Gesellschaft zu folgender Überzeugung gelangt: Ein Überleben in der sich anbahnenden ökologischen Katastrophe und die ersehnte Befreiung der Armen aus der hoffnungslosen Lage können nicht mehr von den Verantwortlichen und Herrschenden im Lande bzw. von deren internationalen und multinationalen Wohltätern erhofft werden. Vielmehr müßten sie sich auf ihre eigene Identität, auf ihre eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten stützen, um ihre Situation – im Einklang ihrer natürlichen Umwelt – eigenverantwortlich und selbstgestaltend zu verändern. Eingebettet in die Anstrengungen der Armen, ihre Gesamtsituation grundlegend zu verändern, gibt es heute in vielen Teilen des Landes Widerstand gegen die ökologischen Zerstörungen – teils begrenzt auf einige Dörfer, teils eine größere Region oder mehrere Regionen umfassend. Der Widerstand ist inzwischen derart angewachsen, daß bereits von einer beginnenden Bewegung der Armen gesprochen wird. Dazu einige beachtenswerte Beispiele:

Widerstand durch Rückbesinnung auf die eigene Überlieferung

Die Szenerie ist nicht einmalig, sondern wiederholt in manchen anderen Gebieten beobachtbar. Hier handelt es sich um Chotanagpur (das »kleine Schlangenland«) im Norden Indiens, das angestammte Land der Adivasis wie z.B. der Mundas, Oraons, Kharias u.a. Die stark hügelige bis bergige Landschaft von Chotanagpur, durchzogen von Flüssen, Bächen und geradezu bedeckt mit schier unendlichen Wäldern, war einst die Um- und Mitwelt dieser Stämme, So auch für die Munda-Familien in Champatholi, eines der tausend kleinen Walddörfer in dieser Region.

Bevor die britischen Kolonialherren und in deren Gefolge die christlichen Missionare Chotanagpur entdeckten, war dieses Adivasi-Land in einem geradezu »paradiesischen« Zustand, um hier einmal eine nostalgisch-sozialromantische Beschreibung zu gebrauchen. Wie in vielen anderen Dörfern waren auch die Wälder in und um Champatholi in erster Linie **der** Lebensraum und **die** Lebensgrundlage für die dort lebenden Menschen. Aus den Wäldern versorgten sie sich mit allen erforderlichen Rohstoffen für Hausbau und Geräteherstellung (Holzpflüge, Matten, Körbe, Möbel), für Feuerung und Düngung, für zusätzliche Nahrung und Heilzwecke. Das Vieh holte sich dort Blätter und Kräuterfutter und im übrigen diente der Wald als Hitzeschutz im Sommer und Regen- sowie Erosionsschutz in den Monsunzeiten. Zweite Existenzgrundlage der Adivasis war der Ackerbau zur Selbstversorgung. Zur Schaffung von Ackerland wurde Wald gerodet und immer wieder aufgeforstet, etwa im Zyklus von 20–30 Jahren.

In Champatholi und anderen Dörfern war der Wald gleichbedeutend mit Leben, Entsprechend stand er im Mittelpunkt ihres wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und religiösen Lebensgefüges. Als Spender und Bewahrer des Lebens hatte er für die Adivasis eine göttliche Bedeutung; der Baum wurde als Sinnbild für Alter und Stätte Gottes ehrfurchtsvoll angebetet. Die Adivasis hatten mit scharfsinniger Lebens- und Überlebenslogik die Um- und Mitwelt auch in ihren sozio-politischen und sozio-kulturellen Lebensrahmen integriert. Sozio-politisch waren sie grundsätzlich egalitär und basisdemokratisch organisiert. So waren Land, Wasser und Wälder Eigentum der Gemeinwesen. Ihre Nutzung, Pflege und Erhaltung wurde entweder durch individuelle Mitglieder, eine Gruppe oder durch alle Mitglieder gemeinsam in demokratischen Bestimmungs- und Gestaltungsprozessen und in gemeinschaftlicher Verantwortung geregelt und vollzogen. Besonders wichtig ist auch der Sachverhalt, daß die Frauen mit absoluter Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen wichtige Rollen inne hatten.

Es gab z.B. die »Waldräte«, ein Organ innerhalb der Dorfräte, die sich aus allen Familien eines Gemeinwesens zusammensetzte. Sie entschieden über die Vergabe und die Nutzung von Waldflächen an und durch die einzelnen Familien entsprechend ihrem gemeinsam festgestellten Bedarf, ordneten und überwachten die Aufforstung, bestimmten das Ausmaß der für den Ackerbau zu rodenden Flächen und schließlich auch der Jagd. Nach allen verfüg- und verwertbaren Informationen über die vorkoloniale Zeit lebten die Adivasis in ausgesprochener Harmonie mit der Natur und waren somit in der Lage, ihre Nutzung und Erhalten in Einklang zu halten. So auch in Champatholi.

Mit der britischen Kolonialherrschaft begannen dann die ersten zerstörerischen Eingriffe sowohl in die natürliche Umwelt der Adivasis wie auch in ihren überlieferten sozialen und kulturellen Lebensrahmen. Die Wälder wurden der kolonialen Verwaltung unterstellt, z. T. verpachtet an Großfürsten, z. T. abgeholzt für Infrastrukturmaßnahmen, zum Aufbau von Industrien und zum Abbau von Bodenschätzen. Damit war den Adivasis im Nu der Dreh- und Angelpunkt ihrer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Dorfstruktur aus der Hand geschlagen. Ihr kultureller und religiöser Mittelpunkt wurde ihnen dann von den aus Europa nachfolgenden christlichen Missionaren genommen, die sich sehr darum bemühten, die Adivasis – von denen sie viele bekehren konnten – von ihren heidnischen und animistischen Sitten und Gebräuchen zu »befreien« und der Natur ihre Göttlichkeit zu nehmen. Sie sollte dem Menschen untertan und weder Gott noch gleichwertige Mitwelt sein.

Dieser Zerstörungsprozeß hat sich nach der Unabhängigkeit Indiens noch weiter beschleunigt. Wegen des erheblichen Vorkommens wertvoller Mineralien ist Chotanagpur und Umgebung als eine der Schwerpunktregionen für den industriell-technologischen Aufbau »ausgewählt« worden, mit der schnell wachsenden Stadt Ranchi (ca. 30 km von Champatholi entfernt) als Metropole. Die Folgen dieser Entwicklung waren für Champatholi und viele hunderte anderer Dörfer fatal. Die Wälder verschwanden fast gänzlich, der Boden erodierte und brachte infolge verschiedenartigem »fortschrittlichen« Raubbaus zunächst mehr, dann aber immer weniger Erträge. Die Dorf- und Waldräte waren nicht mehr funktionsfähig. Dieser weitgehende Verlust der Lebensgrundlage führte schließlich zur Verelendung der großen Mehrheit der Adivasis, die ihren Ausdruck findet in Hunger, Krankheit, Knechtschaft, gezwungene Abwanderung in die Industriezentren, verlorenes und entfrem-



Demonstration gegen die Errichtung eines Staudammes

detetes Dasein in den Slums der Städte, durch Hunger verstärkte Kriminalität und Prostitution usw. Dies alles galt auch für Champatholi. Die wenigen, die bleiben konnten, gingen inzwischen individualistisch, rücksichtslos und letztlich selbstmörderisch mit ihrer Umwelt um. Wahrlich ein Teufelskreis. Gab es überhaupt ein Entrinnen?

In Champatholi und rund 45 Dörfern in der Umgebung verharrten die Menschen in einem Zustand scheinbar unüberwindbarer Ohnmacht bis vor einigen Jahren ein Hoffnungsschimmer auftrat: Einige jüngere Menschen aus diesen Dörfern hatten eine Vereinigung gegründet mit dem Namen »Banawasi Swaraj Samiti« (Vereinigung zur Selbstbestimmung der Waldbewohner). Nach monatelangen Gesprächen und Beratungen mit den übrigen Dorfbewohnern beschlossen sie eine Wiederbelebung der früheren Wald- und Dorfräte. Die neuen Räte vereinigten sich zudem in einer überdörflichen Organisation der Adivasis. Dann begann ein Prozeß, während dem sie sich vieler Probleme bewußt wurden und deren soziale, politische und wirtschaftliche Ursachen erkannten. Angeregt und ermöglicht wurde dies durch die hinterfragende und problematisierende Mitwirkung der jungen Initiatoren. So diskutierten sie z.B., ob sie einen Konflikt mit der örtlichen Behörde wagen könnten, ob sie zu einem »sit in« vor der Kreisverwaltung aufrufen sollten, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, oder ob sie Kredite von Banken annehmen sollten. Tagelang dauerte es auch, bis sie ein Konsens darüber gefunden hatten, an wen die knappen Mittel des dörflichen Fonds für Entwicklungsarbeiten verteilt werden sollten. Vergeben wurden sie schließlich an sieben der hundert Familien. Im Vergleich mit anderen indischen Bevölkerungsgruppen spielen bei den Versammlungen klassenbezogene Barrieren keine wesentliche Rolle, da die Adivasis von alters her – wie anfangs beschrieben – egalitär organisiert sind.

Aus der gemeinsamen Reflexion erwuchs Selbstvertrauen und eine Aktionsperspektive für die Zukunft. Sie entschieden sich, nach langen »für« und »wieder«-Debatten, dafür, sich und ihre Umwelt nicht weiter durch die auf wirtschaftliches Wachstum und technologischen Fortschritt ausgerichtete Entwicklungsideologie der Herrschenden in Indien verleiten und zerstören zu lassen. Anzustreben sei nun nicht Wohlstand für Wenige, sondern Wohlstand für alle auf einem vom Gemeinwesen erreich- und tragbaren Niveau.

In den letzten Jahren hat die Vereinigung unter nachhaltiger Beteiligung fast aller erwachsenen Mitglieder der dörflichen Gemeinschaften – dabei insbesondere der Frauen, die sich durch großes Engagement und aufopfervolle Einsatzbereitschaft auszeichneten und die sich eher als die Männer für ökologische Forderungen einsetzten – folgendes unternommen:

Beim Ackerbau werden wieder traditionelles Saatgut, Kompost und natürliche Schädlingsbekämpfungsmittel verwendet und bodenschonende und biologisch wiederaufbauende Fruchtfolgen und Mischkulturen eingeführt.

Dieser Entscheidung war eine Auseinandersetzung über den Vor- und Nachteil der modernen Landwirtschaft vorausgegangen. Die Männer befürworteten eher den Anbau von Cash Crops mit Pestizideinsatz, trotz der zu erwartenden ökologischen Schäden und der daraus resultierenden Mehrbelastung für die Frauen. Die Männer setzten dabei auf das kurzfristig zu erzielende höhere Einkommen, die Frauen dagegen in der Mehrheit auf ökologisch angepaßteren, traditionellen Ackerbau.

Unter der Verantwortung der Waldräte haben die Dorfbewohner damit begonnen, die früheren Waldflächen wiederaufzuforsten und zwar nicht mit schnellwachsenden, leicht an die Industrie zu verkaufenden Bäumen, wie z.B. Eukalyptus, sondern als ökologisch ausgewogenen Mischwald mit überlieferten Baumarten und Pflanzen.

In einigen Dörfern wurden Genossenschaften zur Sammlung, Verarbeitung und zum Vertrieb von Waldprodukten, wie Brennholz, Bambus, Waldfrüchten, Heilkräutern usw. gegründet und damit zugleich die ausbeuterischen Praktiken städtischer Pächter und Händler gestoppt. In anderen Dörfern wurden gemeinschaftliche Biogas-Anlagen aufgebaut und damit auch der Brennholzbedarf und die Abholzungsmenge vermindert.

Schließlich sind die Dorfbewohner bestrebt, ihre Tradition und Kultur wiederzubeleben, wieder eine egalitäre und an Entscheidungen teilhabende Gemeinschaft zu werden und in einem stetigen Bildungs- und Erkenntnisprozeß die Fähigkeit zu erlangen, die Entwicklung der Adivasis selbst zu bestimmen, zu gestalten und zu tragen.

In Champatholi und den umliegenden Dörfern hat ein aufs Ganze gesehen bescheidener, doch sehr hoffnungsvoller Prozeß begonnen.

Widerstand durch gewaltlose Massenaktionen*

Eine graue Wolkendecke hängt am 9. April 1984 über der Stadt Gadchiroli, dem Verwaltungssitz des gleichnamigen neuen Distrikts im Hauptforstungsgebiet des Bundesstaates Maharashtra. Das »Jungle Bachao, Manav Action Comittee« (Aktionskomitee zur Rettung der Wälder und Menschen) hat an diesem Tag eine massive Demonstration gegen den Bau von zwei Staudämmen durch die Regierung geplant, der riesige Waldflächen und damit Lebensgrundlage von ca. 25-tausend Familien zerstören würde. Trotz befürchteter heftiger Regengüsse waren viele Tausende zu Fuß, mit Fahrrädern, Ochsenkarren und Bussen aus bis zu 150 km entfernten Dörfern gekommen, mehrheitlich Frauen, um an dem Demonstrationszug und an der anschließenden Protestkundgebung teilzunehmen. Gekommen waren auch andere: engagierte und sich solidarisierende Journalisten, Wissenschaftler, Ingenieure, Rechtsanwälte und Vertreter von Aktionsgruppen aus anderen Teilen Indiens, darunter auch Sundarlal Bahuguna, der legendäre Initiator der Chipko-Bewegung (siehe hierzu iz3w, Nr. 111).

Sie beschlossen an diesem 9. April, durch fortwährenden aktiven aber gewaltlosen gemeinsamen Widerstand den Bau der Staudämme zu verhindern. »Wir werden eine Menschenkette um das gesamte betroffene Gebiet bilden. Stammesangehörige – Frauen, Männer und Kinder – werden während der Überflutung des Gebietes die Bäume umarmend dastehen. Wenn unsere Lebensgrundlage zerstört wird, werden wir hier bleiben und mit sterben. Aber wir werden keine Waffen oder Gewalt anwenden. Gegen die organisierte Gewalt des Staates ist die Gegengewalt der Armen sinnlos.« (freie Übersetzung des Verfassers aus einem Interview mit Baba Amte, dem Initiator der Bewegung, in »The Illustrated Weekly of India, Mai 20–26, 1984).

Der Gadchiroli Distrikt und die angrenzenden Gebiete im Länderdreieck von Maharashtra, Madhya Pradesh und Andhra Pradesh (Bundesstaaten) ist das größte zusammenhängende Stammland und Lebensraum der Adivasis in Indien. Unendliche dichte und alte Wälder mit vielfältigen und wertvollem Baum- und Pflanzenbestand umgeben dieses Gebiet. Hier leben annähernd 200.000 Angehörige des Stammes Madia Gond.

Seit den 60er Jahren hat auch hier durch das Eindringen der modernen Industrie (so z. B. Papier-, Zement-, Wasserkraftwerke) ein stetiger Raubbau an den urwäldern in Indien begonnen – im Namen des Fortschritts, nicht nur geduldet sondern mit allen Mitteln durch die Zentral- und Länderregierungen gefördert. Die Stammesangehörigen haben nichts erhalten als Gelegenheitsarbeit mit niedrigsten Löhnen, verloren haben sie in diesem Prozeß aber einen großen Teil ihrer Lebensgrundlage – ausgedehnte Waldgebiete.

Die Wälder im Stammland der Media Gonds waren aber zu üppig, zu ausgedehnt und zu mächtig, um durch die bisherigen Angriffe der Industrie wirklich zerstört zu werden, wenn auch die Folgen der wachsenden Abholzung spürbar geworden waren. Es konnte also weitergehen im Namen der Entwicklung! Die Regierungen der Bundesstaaten Maharashtra, Madhya Pradesh und Andhra Pradesh haben zusammen mit der Zentralregierung im Jahre 1978 beschlossen, im Kernland der Media Gonds an den Flüssen Indravati (Maharashtra) und Godavari (Andhra Pradesh) zwei gewaltige Staudämme und Wasserkraftwerke – Bhopalapatnam-Projekt und Inchampalli-Projekt – aufzubauen. Diese Projekte mit einem Kostenaufwand von schätzungsweise mindestens 2 Milliarden DM (genauere Angaben sind wegen unzureichender amtlicher Zahlen nicht möglich) sollen 1.660 MW Elektrizität erzeugen sowie 130.00 Hektar Land bewässern. Der Preis für den erwarteten Entwicklungsbeitrag durch die zwei Projekte wäre:



- Die geplanten Staudämme bzw die dazugehörigen Reservoirs werden mehr als 100 Dörfer überfluten – mindestens 120.000 Menschen werden aus ihren Dörfern vertrieben und entwurzelt. Die Mehrheit dieser Menschen, die gewaltsam aus ihren Wäldern vertrieben werden sollen – etwa 75.000 – sind Stammesangehörige, ohnehin die Ärmsten unter den Armen bzw. Marginalisiertesten unter den Marginalisierten. Sie werden einem Verelendungsprozeß ausgesetzt sein, der unwiderrufbar sein wird.
- Die Überflutung könnte etwas erreichen, was sogar eine aggressive und profitsüchtige Industrie bisher nicht erreicht hat, nämlich die gänzliche Zerstörung von 170.000 ha üppigem Urwald, dem ökologischen Fundament der Region. Zerstört würde zugleich eine der wenigen noch erhaltenen, seltenen und vielfältigen Tier- und Vogelwelten Indiens.
- Der ökonomische Nutzen aus den beiden Projekten, z.B. die Elektrizität soll fast ausschließlich der Großindustrie außerhalb der Region zugute kommen. Nach allen bisherigen Erfahrungen in Indien werden aus dem Bewässerungsteil der Projekte auch hauptsächlich die Groß- und Mittelbauern profitieren. Im übrigen sichern die Adivasis nur marginal ihre Subsistenz aus der Landwirtschaft, geschweige denn mit einem »modernen« künstlich bewässerten Anbau. Die betroffenen Adivasis haben also davon keinerlei Nutzen. Die minimalen Kompensationszahlungen der

Regierung (ca. DM 1500–DM 2000 pro Familie) wird den Prozeß des sozialen Sterbens nur für wenige Monate aufhalten können. Zum Verelendungsprozeß werden neue Seuchen und Krankheiten (bei Menschen, Tieren und Pflanzen), Versalzung des Bodens, kapitalistische Marktmechanismen und unerbittliche Konkurrenz, Prostitution, Bodenspekulation, etc. hinzu kommen.

Am 9. April 1984 haben viele Tausende Menschen gegen dieses »Entwicklungswerk«, das die geplante Zerstörung ihrer Lebensgrundlage bedeutete, sicht- und hörbar Widerstand geleistet. Dieser Tag war der vorläufige Schlußpunkt eines langen, bewußten und organisierten Prozesses des Widerstandes durch gewaltlose Massenaktion: Begonnen hatte der Prozeß vor etwa 3 Jahren, als die Pläne der Zentral- und Landesregierungen konkrete Vorhaben wurden. Eingeleitet hatten diesen Prozeß einige Sozialarbeiter und Aktivisten um Bapa Amte, die in der Region seit bereits vielen Jahren mit und bei den Adivasis vielfältige Entwicklungsarbeit geleistet hatten. Begonnen mit der Pflege, Heilung und Rehabilitation von Leprakranken hatten Bapa Amte und seine Mitarbeiter die Entwicklungsarbeit auf dörfliche Gesundheitsvor- und fürsorge ausgedehnt. Später kamen landwirtschaftliche und dorfgewerbliche Aktivitäten hinzu. Die gesamte Arbeit hatte sich nach und nach auf eine integrierte, eigenständige und selbstbestimmte soziale, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung der Media Gondas gerichtet. Als die Regierungspläne zum Bau der zwei Staudamm- und Wasserkraftwerksprojekte konkret wurden, wußten die Sozialarbeiter und Aktivisten, daß dadurch all ihr Bemühen zerstört würde.



Von nun an wurde in allen Dörfern in dem betroffenen Länderdreieck mit einer beispiellosen Aufklärungs- und Organisierungsarbeit über und gegen die Projekte begonnen. Die betroffenen Menschen überlegten und diskutierten gemeinsam über die tatsächlichen Interessen der Betreiber solcher Projekte, über den gesellschaftlichen Zusammenhang, über die Folgen des gewählten Entwicklungswegs Indiens und über die zu befürchtenden zerstörerischen Auswirkungen der geplanten Staudammprojekte. Im Namen der Bevölkerung schrieb Bapa Amte an Premierministerin Indira Gandhi mit der Bitte um ihre Intervention gegen die Projekte. Eine nichtssagende, hinhaltende und negative Antwort machte das wahre Gesicht des Systems nur deutlicher und den Widerstandswillen der Betroffenen nur stärker. Gegründet wurde im Laufe der Zeit das genannte Aktionskomitee, das den Mobilisierungs- und Organisierungsprozeß verstärkte und konsolidierte. Einige Politiker, Journalisten, Wissenschaftler, technische Sachverständige, Rechtsanwälte, Sozialarbeiter, Mitarbeiter von Entwicklungsorganisationen aus der näheren und weiteren Umgebung und anderen Teilen Indiens kamen hinzu und zeigten ihre Solidarität mit praktischen Diensten für den Widerstand. Anfragen im Parlament oder Landtagen, kritische Beiträge in den indischen Zeitungen und Zeitschriften, technische und techno-ökonomische Fachgutachten gegen die Vorhaben, verbunden mit dem Aufzeigen von technischen Alternativen (die wesentlich weniger ökologische Zerstörung und menschliches Leid verursachen würden), verfassungsrechtliche Aktionen sowie nationale und internationale Rechtswalterschaftsarbeit (Advocacy) folgten. Nach und nach wurde aus der Initiative der Sozialarbeiter und Aktivisten eine gewaltlose Massenbewegung mit regionalen, nationalen und z. T. internationalen Bezügen. Wieder einmal trat dabei ein besonderes Merkmal zutage: Auf dörflicher und regionaler Ebene beteiligten und engagierten sich die Frauen am stärksten... Bis zum 9. April hatte die Bewegung so viel Selbstvertrauen und Stärke erlangt, daß auch der Staat und die hinter ihm stehende institutionelle Gewalt die

Macht der Armen nicht mehr ignorieren konnte und diese zu fürchten begann.

Andere Beispiele des Widerstands

Zu diesen ausführlicher dargestellten Beispielen der Widerstandsaktionen der Armen in Indien gegen die Zerstörung ihrer Um- uns Mitwelt könnten viele andere hinzugefügt werden. Es gibt Zeichen der Hoffnung: Im Baştar-Distrikt in Madhya Pradesh hat die Bevölkerung gegen die rücksichtslose Abholzung von Salbäumen (shoerea robusta) und Aufforstung mit Kieferarten gegen die indische Tochtergesellschaft eines multinationalen Konzerns erfolgreich Widerstand geleistet. In Keralas »Silent Valley« wurde durch gemeinsame Aktionen vieler engagierter Gruppen mehrere tausend Hektar tropischer Wälder vor der Vernichtung durch einen Staudamm bewahrt. Im Hosongabad Distrikt in Madhya Pradesh, in der sogenannten Matti Bachao Abhiyan (Bewegung zur Rettung des Bodens) haben sich ca. 100.000 Bauern den Bodenschäden durch ein Bewässerungsprojekt erfolgreich widersetzt. Auch in der fast legendären Chipko-Bewegung im Himachal Pradesh zur Rettung der Wälder ist vieles erreicht worden (siehe hierzu EPD-Entwicklungspolitik 10/11/84).

Es gibt aber auch viele bedrückende Niederlagen der Armen und deren Organisationen: In Singhbhum Distrikt (Bihar) wurde eine friedliche Widerstandsaktion der dortigen Adivasis (der sogenannte »Baumkrieg«) durch Polizei- und Waffengewalt niedergeschlagen.

Der Hauptkonflikt im Baumkrieg war die geplante Ersetzung der Sal-Wälder durch Teak, im Rahmen der staatlichen Forstpolitik. Teak ist ein rein kommerzielles Nutzholz und ohne großen Wert für die Adivasis.

Nachdem die Adivasis zunächst Petitionen an die Regierung gegen die geplanten Teakpflanzungen geschrieben hatten, begannen sie in den Baumschulen die teak-Setzlinge zu zerstören. Die Repression durch die Polizei spitzte sich zu und entlud sich 1980, als einige hundert Adivasis das örtliche Forstbüro belagerten: Die Polizei stoppte die Demonstration und Schoß auf die Adivasis. Mehr als zehn Adivasis waren sofort tot.

Im Koraput Distrikt (Orissa) wurden zigtausende Familien durch den Bau eines Staudamms vertrieben. Im Mirzapur Distrikt (Uttar Pradesh) mußten viele Tausende Harijans und Adivasis und tausende Hektar Waldflächen dem Bau von Großbetrieben und Wasserkraftwerken weichen. Es gibt andere Beispiele des fehlgeschlagenen Widerstands der Armen, aber es gibt den Widerstand!

Das Ergebnis: Der Bau der beiden Staudammprojekte ist bisher nicht in Angriff genommen worden. Durch gewaltlose Widerstandsaktion der organisierten und bewußten Armen, die öffentliche Meinung und die sachverständige Kritik mit gangbaren Alternativen verbunden, haben die Mächtigen und Herrschenden zunächst aufgehalten. Bleibt dieser Widerstand wach und erhält er nachhaltige nationale und internationale Unterstützung der progressiven und sachverständigen Kräfte, werden die Staudämme an den Flüssen Indravati und Godvari nur Pläne blieben. Ich hoffe es, mit den Media Gonds und anderen Armen in dem Länderdreieck!

Eine allgemeine Perspektive des Widerstands

Die dargestellten Beispiele des Widerstandes gegen die Zerstörung der natürlichen Umwelt und Lebensgrundlage zugleich sind nur einige der zahlreichen Aktionen der Armen und Ärmsten in Indien, wenn auch in Anbetracht des Ausmaßes und der Tragweite der ökologischen Krise in Indien die Ausbreitung der Widerstandsbewegungen noch keineswegs ausreichend ist. Aus den bisherigen Widerstandsaktionen werden aber bereits einige Grundmuster bzw. -ausrichtungen deutlich:

- Die ökologische Widerstandsbewegung kann in einem überschaubaren Mikro-Raum durchaus erfolgreich stattfinden. Der zivile Ungehorsam bzw. das Abkoppeln von der vorherrschenden Entwicklungsideologie verbunden mit gewaltlosen Widerstandsaktionen sind nachweislich erfolgversprechende Mittel. Begleitet werden diese Widerstandsaktionen mit einem Wertewandel, der in der indischen Situation in Wahrheit Rückbesinnung auf die überlieferten Werte (so bei den Adivasis) der Solidarität, Egalität, Harmonie mit der Natur, Verzicht auf unbegrenzten Fortschritt, Genügsamkeit, u.a. bedeutet.
- Die ökologische Widerstandsbewegung unmittelbar gegen die Großsysteme der Macht und Herrschaft (so z. B. gegen die indische Regierung, Weltbank, etc.) muß eine Massenbasis haben und diese mobilisieren und organisieren können. Sie muß darüber hinaus über sachverständige Gegeninformationen verfügen und diese verbreiten, d. h. ebenso oder noch sachverständiger sein als die Instrumente der Großsysteme. Darüber hinaus müssen die Widerstandbewegungen technische und ökonomische Alternativen im Interesse der armen Mehrheit anbieten können. Schließlich müssen sie national und international »Advocacy-Arbeit« leisten, sei es zur Ausschöpfung der verfassungsmäßigen Möglichkeiten oder zur Bekannt- und Bewußtmachung ökologischer Sünden der Großsysteme und damit zur Mobilisierung der öffentlichen Meinung.

Dies alles kann nur stattfinden, wenn bei den ökologischen Widerstandsbewegungen insgesamt die folgenden Voraussetzungen bzw. Prozeßmerkmale gegeben sind:

- Wenn die ökologische Widerstandsbewegung mit der Organisierung der Armen beginnt bzw. diese zum Prozeßbestandteil macht, gefolgt durch umfassende Bildung und Bewußtseinsbildung bei und mit den Armen zum Verständnis ihrer eigenen Situation, zur kritischen Wahrnehmung der verursachenden Faktoren und Prozesse und schließlich zur Vorbereitung von geeigneten Aktionen für ihre selbstbestimmte Entwicklung.
- Wenn sie auf einer ernsthaften historisch-politisch-ökonomischen sowie strukturellen Analyse als einer der Ausgangspunkte aufbaut.
- Wenn sie ein integraler Bestandteil eines selbstbestimmten und -gestalteten Entwicklungs- und Befreiungsprozesses der Armen in seiner Ganzheit, d. h. ein Bestandteil der Entwicklungsarbeit zur grundlegenden Veränderung der Situation der Armen an sich ist.
- Wenn, zumindest in der Anfangsphase, häufig aber auch später, innerhalb der Bewegungen die unbedingte Solidarität und Zusammenarbeit zwischen den Armen und den engagierten Sozialarbeitern, Soziologen, Ingenieuren, Naturwissenschaftlern, Rechtsanwälten, Ökonomen u. a. vorhanden ist.
- Wenn national und international eine Solidarisierung zwischen Aktionsgruppen/Widerstandsgruppen stattfindet.
- Wenn durch fortgesetzte bzw. stetig lebendig gehaltene Bewegung gesichert wird, daß aus der Übermacht der herrschenden nationalen und internationalen Systeme kein dauerhafter und lähmender Zustand der Ohnmacht bei den Armen sondern ihre Möglichkeit und Fähigkeit zur Veränderung der Situation wachgehalten werden.
- Wenn die Frauen aufgrund ihres existentiellen Bezugs zu ökologischen Fragen, größerer Bereitschaft zum Frieden mit der menschlichen und natürlichen Umwelt und ihres engagierten Widerstandswillen eine tragende Rolle in der Bewegung übernehmen dürfen.

Dr. Badal Sen Gupta

*) The State of India's Environment, 1982; A Citizens Report, Centre for Science and Environment, New Delhi 1982.

* Die Ausführungen in diesem Abschnitt stützen auf einen Beitrag von Darryl D'monte in Illustrated Weekly of India, Mai 20–26, 1984.

Die Industrielle Entwicklung verschärft die Armut

Die ökologische Zerstörung einer ganzen Region.
Leider ist die Geschichte der »Orient-Papierfabrik« in Amlai, Mittelindien, kein Einzelfall. Sie steht als exemplarisches Beispiel, mit welcher Rücksichtslosigkeit die Umwelt durch Industrieansiedlungen zerstört werden kann. Heute, rund 20 Jahre nach Eröffnung der Fabrik, gibt es im Umkreis von 500 km keine Bambuswälder mehr, alles wurde in der Fabrik verarbeitet. Täglich werden für die Produktion Millionen Liter Wasser aus dem Sone-Fluß gepumpt und ungefiltert wieder eingeleitet: Krankheiten bei Mensch und Tier sind die Folge, die Fischer entlang des Flusses haben ihre Arbeit verloren, denn im Some-Fluß gibt es keine Fische, kein Leben mehr.

Die »Orient-Papierfabrik« in Amlai wurde 1965 errichtet. Die gesamte technische Einrichtung, mit der 250 Tonnen Papier am Tag hergestellt werden können, stammt aus dem Ausland. Die Fabrik wurde in diesem abgelegenen Gebiet aufgebaut, weil es dort Rohmaterial und Arbeitskräfte in Hülle und Fülle gibt, außerdem machen Steuervergünstigungen und ein gutes Eisenbahnnetz die Sache attraktiv.

In den vergangenen 15 Jahren sind alle Bambuswälder in der Umgebung zu Papier verarbeitet worden, sodaß das Holz heute aus bis zu 500 km Entfernung angeliefert werden muß. Lediglich 1700 Menschen sind in der Fabrik fest angestellt, aber doppelt so viele werden je nach Bedarf als Leiharbeiter beschäftigt.

Zur Fabrik gehören drei Sägemühlen, um die großen Holzstämme zu zerkleinern, sowie ein Brennofen für Tonerde mit einer Kapazität von 20 Tonnen pro Tag. Diese Betriebe hat die Papierfirma an Vertragsunternehmer verpachtet. Die Arbeit verrichten Ureinwohner gegen ein Taschengeld, Gewerkschaften gibt es für diese Leute nicht.

Für Mensch und Vieh bleibt kein Wasser übrig

Für den Produktionsprozeß werden täglich 700 Millionen Liter Wasser aus dem Sone-Fluß gepumpt und die Abwässer stromabwärts wieder ungereinigt eingeleitet. Sie enthalten Schwefelchloride, Schwefelwasserstoff, Schwefelsäure, Ätznatron, Terpentin, Methylalkohol u.a.; diese Chemikalien greifen Augen, Nase und Kehle an, verätzen die Haut und verursachen Kopfweh, Unwohlsein, Durchfall bis hin zu Nieren- und Leberbeschwerden.

Da das Unternehmen fast das gesamte Flußwasser für seine Produktion beansprucht, gibt es stromabwärts in 126 Dörfern kein Wasser mehr für Mensch und Vieh. Die 22 km entfernt am Fluß gelegene Kreisstadt Shadol mußte unter hohen Kosten ihre Wasserversorgung neu organisieren.

Wer den Fluß durchquert, wird krank.

Die Bewohner der Gegend durchqueren den Fluß oft. Und je häufiger sie durch den Fluß waten, umso mehr nehmen Krankheiten der Füße, der Haut und Magen-Darmbeschwerden zu, wie eine Untersuchung ergab. Im Einzugsgebiet der Fabrik verendet mehr Vieh als üblich, werden weniger Kälber geboren, und die Milchleistung der Tiere geht erheblich zurück, weil sich durch die Abholzung das Futter verknappt hat und das verseuchte Wasser Krankheiten verursacht.

Rauch und Abgase der Fabrik schädigen den Ertrag und die Qualität der landwirtschaftlichen Produkte. Im näheren Umkreis darf inzwischen nichts mehr angebaut werden.

Aus Fischern wurden Landarbeiter.

Vor Aufnahme der Papierproduktion fingen Angehörige der traditionellen Fischerkasten auf einem 40 km langen Teilstück des Flusses etwa 200 Tonnen Fische. Jetzt hat das vergiftete Wasser alle Lebewesen getötet, und die Fischer müssen sich in der Landwirtschaft als Tagelöhner verdingen.

Da es immer schwieriger wird, genügend Holz für die Papierproduktion heranzuschaffen, sind jetzt große Wiederaufforstungsprogramme mit Eukalyptusbäumen begonnen worden. Aber dies wird neue Probleme schaffen, denn Eukalyptus-Anpflanzungen beeinträchtigen das Wachstum anderer Baumarten und senken den Grundwasserspiegel. Störungen des ökologischen Gleichgewichtes, von Tier und Pflanzenwelt, werden eine weitere Folge sein.

Aber auch in Indien finden sich mehr und mehr Menschen in Gruppen zusammen, die solche Umweltskandale nicht mehr wehrlos hinnehmen wollen. Die ASW möchte verstärkt diese ökologischen Initiativen unterstützen.

ASW
Friedrichstr. 236, 1 Berlin 61
Kto-Nr.: PSA BLN, 4006-104
Kennwort: Ökologie-Fonds Nr. 9080

BUKO

Bundeskongreß
entwicklungspolitischer
Aktionsgruppen
Nernstweg 32 - 34
2000 Hamburg 50
Tel.: 040 / 39 31 56

9. BUNDESKONGRESS ENTWICKLUNGSPOLITISCHER AKTIONSGRUPPEN



16.-19. MAI 1985 IN FREIBURG

Der BUKO, ein Zusammenschluß unterschiedlicher 3.-Welt-Gruppen, Solidaritäts-Komitees und 3. Welt-Läden, koordiniert gemeinsame Kampagnen wie die Agro- und Pharma- und Rüstungsexportkampagne und ermöglicht den besseren Informationsaustausch.

* * * * * * *

Für den diesjährigen Kongreß in Freiburg wurde das Thema **„Ökologie und 3. Welt“** gewählt. Die Zerstörung der Umwelt hat in den Entwicklungsländern dramatische Ausmaße angenommen. Bisher wurde diese Entwicklung von den Solidaritätsgruppen zwar zur Kenntnis genommen, ihre Arbeit konzentrierte sich jedoch mehr auf politische und wirtschaftliche Probleme. Aufgabe des 9. Kongresses wird es sein, die ökologischen Aspekte enger in die Solidaritätsarbeit einzubinden und die Entwicklungstheorien mit Inhalten aus der Ökologie- Diskussion zu erweitern.

Arbeitsgruppen

Jede Arbeitsgruppe wird durch kompetente Referenten/innen geleitet.
Die inhaltlichen Vorbereitungsmaterialien sind im Reader zusammengestellt.

1. Bevölkerungswachstum und Ökologie

Der sog. Bevölkerungsexplosion wird gemeinhin die Schuld allen Übels zugewiesen. Auch die Begründung ökologischer Katastrophen fällt darunter. In dieser AG soll über die Bevölkerungsentwicklung nicht als Ursache, sondern als Folge der wirtschaftlichen Krisensituation geredet werden. Mögliche Punkte sind:

- Stellung der Frau
- Altersversorgung in der 3. Welt
- kulturelle Hintergründe der Bevölkerungsentwicklung
- private und staatliche Bevölkerungskontrolle
- staatliche Repression hier und in der 3. Welt

2. Folgen der weltweiten Waldabholzung

Hier ist die Brisanz der ökologischen Katastrophe offensichtlich. Thema sind zunächst die verschiedenen Formen und Ursachen von Waldvernichtung, die in verschiedenen Öko-Systemen auch jeweils verschiedene Auswirkungen haben. Deutlich gemacht werden sollen die ökonomischen Interessen, die häufig sehr vermittelten Ursachen in den Industrieländern.
Auch in dieser AG werden die Auswirkungen auf die traditionellen Kulturen sowie die sich daraus ergebenden Widerstandsformen diskutiert werden.

3. Zwischen Agro-Industrie und ökologischem Landbau

Bei diesem Thema ähneln sich die Diskussionen, die sowohl in der 3. Welt als auch bei uns in den Industrieländern geführt werden.
Nach der Analyse der heute üblichen landwirtschaftlichen Produktion in der 3. Welt aus ökologischer Sichtweise entlang an den Punkten: Industrialisierung der Landwirtschaft, „Grüne Revolution", Monokulturen etc. will man sich in dieser AG mit den Möglichkeiten von ökologisch orientierter Landwirtschaft in der 3. Welt befassen. Handelt es sich beim Öko-Landbau um einen Wert an sich, oder ist dieser stets vor dem Hintergrund der ökonomischen Rahmenbedingungen zu sehen.
Weiterer Diskussionspunkt wird die Beachtung des Öko-Landbaus durch die offizielle Entwicklungspolitik sein.

4. Ökologische Folgen der Militarisierung

Militärische Unternehmungen, seien es nun Kriege oder Kriegsübungen, gehen selten ohne nachhaltige Einwirkungen auf die natürliche Umwelt und damit auf die sozialen Zusammenhänge ab. In dieser AG sollen diese Auswirkungen von Militarismus anhand verschiedener Fallbeispiele diskutiert werden.
Das beispielsweise in Vietnam eingesetzte Agent Orange dokumentiert eindeutig, wie eng die Vernichtung der natürlichen Umwelt mit der Vernichtung von Menschen zusammenhängt. Ein weiteres Beispiel sind die tiefgreifenden Einflüsse von Militarismus auf die Lebenszusammenhänge der nordamerikanischen Indianer.

5. Auswirkungen der Atomtechnologie

Die vielfältigen internationalen Zusammenhänge insbesondere mit den Ländern der 3. Welt, die mit der AKW-Technologie verbunden sind, gehörten zum festen Bestandteil der Anti-AKW-Bewegung. Vom Uranabbau über den AKW-Export bis hin zur Atommüllbeseitigung sind die Länder der 3. Welt in hohem Grad betroffen.
In dieser AG sollen nicht nur die Auswirkungen einer gefährlichen Technologie auf Mensch und Umwelt, sondern auch die militärische Seite des internationalen AKW-Handels diskutiert werden. Darüberhinaus sollen am Widerstand gegen die Atomtechnologie Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den sozialen Bewegungen erörtert werden.

6. Giftexport in die 3. Welt

Jüngste Katastrophen haben das ganze Ausmaß der Gefährlichkeit von Pestizidherstellung und -handel gezeigt. Die Gefährlichkeit wird aber nicht nur bei den nicht zu übersehenden Katastrophen deutlich, sondern ist fester Bestandteil dieser Ware, handelt es sich nun um die Arbeiter in den Fabriken oder auf den mit Pestiziden behandelten Plantagen oder um den europäischen Konsumenten landwirtschaftlicher Produkte aus der 3. Welt.
Gerade die bundesdeutschen Konzerne stehen an der Spitze von Produktion und Handel. Ihre Politik soll durchleuchtet werden. Schließlich werden die Teilnehmer/innen über Konzepte und Praxis von alternativem Pflanzenschutz diskutieren.

7. Raubbau an Bodenschätzen

Neben den Auswirkungen des Raubbaus von Bodenschätzen auf die Natur und die einheimische Bevölkerung, neben den Auswirkungen des Einsatzes von Großtechnologie läßt sich in dieser AG sehr gut das problematische Verhältnis von Ökonomie und Ökologie diskutieren. „Die Grenzen des Wachstums" waren ein auch ideologisch von bürgerlichen Katastrophentheoretikern eingesetztes Schlagwort. Heute ist die Endlichkeit der Ressourcen auch in der Solidaritätsbewegung fester Bestandteil in der Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen Industriesystem.

8. Ökologische Auswirkungen der Großtechnologie

In dieser AG werden sich die Teilnehmer/innen mit dem Einbruch von Großtechnologien in die 3. Welt, also in eine Umgebung, die noch in vielen Teilen durch Subsistenzproduktion gekennzeichnet ist, beschäftigen. Vor allen Dingen am Beispiel von Staudämmen sollen die vielfältigen Auswirkungen analysiert werden. Diese reichen von der Zerstörung der Produktionsbasis der einheimischen Bevölkerung über die Vernichtung ihrer kulturellen Identität bis hin zu globalen Veränderungen des Klimas. Gleichzeitig soll über Alternativen zur Großtechnologie nachgedacht werden.

9. Umweltprobleme durch Verstädterung

Verstädterung in der 3. Welt ist sowohl Konsequenz der wirtschaftlichen und ökologischen (z.B. durch Bodenerosion) Misere auf dem Land als auch Ursache von sozialem Elend und ökologischen Mißständen in den Ballungsgebieten.
An den Fallbeispielen Mexico City und Seoul soll diesen Problemen nachgegangen werden. Einige Stichworte:

- „wilde" Besiedlungen, squatter
- absolute Unmöglichkeit der Versorgung und daraus resultierende Zwänge
- informeller Sektor
- alternative Versorgungsmöglichkeiten
- Machtkonzentration

10. Nationale und Internationale Umweltpolitik

Umweltpolitik im Zusammenhang mit Entwicklungspolitik hat mittlerweile ihren festen Platz in internationalen Programmen sowie in der Politik des BMZ (z.B. die mehr oder weniger regelmäßig durchgeführten Umweltverträglichkeitsprüfungen). Diese Politik soll kritisch durchleuchtet werden. So z.B. die Ambivalenz der internationalen Umweltpolitik, in der Entwicklung und Schutz der Umwelt häufig im Widerstreit zueinander stehen.

11. Ökologisch/soziale Krise im Amazonas-Becken

Im Amazonas-Becken im Norden Brasiliens stoßen ein noch weitgehend intaktes Öko-System – der brasilianische Regenwald – mit ehrgeizigen und rücksichtslos durchgeführten Industrialisierungsplänen zusammen. Die Auswirkungen von riesigen Staudammprojekten, Bergbau, Umsiedlungen, Erschließung von landwirtschaftlicher Nutzfläche etc. auf die empfindliche Natur sowie auf die Menschen, deren Leben noch weitgehend von der natürlichen Umwelt bestimmt ist, sind Gegenstand dieser AG.

12. Ökologisch/soziale Krise im Pazifik

Der pazifische Raum gilt den industrialisierten Ländern, insbesondere den Großmächten USA und UdSSR, als Müllplatz für ihre tödlich strahlenden Atomabfälle sowie als Testfeld für Atomwaffen (Bomben, Mittelstreckenraketen) aller Art. Vergiftung der natürlichen Umwelt, der Bewohner, der Lebensgrundlage (Vernichtung des Fischreichtums), Umsiedlungen, Zerstörung der kulturellen Identität sind die einkalkulierten Folgen imperialistischer Beherrschung. Aber es regt sich Widerstand gegen diese Praxis, die unsere Solidarität fordert.

Was gibt es außer den Arbeitsgruppen noch? workshops, Kampagnen, Projekte . . .

Medienbörse

Wie in jedem Jahr wird auch in Freiburg eine Medienbörse eingerichtet werden. Interessierte Gruppen und Einzelpersonen können Bücher und Arbeitsmaterialien ausstellen. Die Organisation übernimmt der CON-Vertrieb in Bremen:
CON-Vertrieb, Westerdeich 38, Postf. 106545
2800 Bremen, Tel. 0421 / 54 00 12 / 13

Kampagnen

Auch auf diesem Kongreß soll den Kampagnen und Länderzusammenschlüssen die Möglichkeit gegeben werden, sich zu treffen.

Spiele-workshop

Es wird die Möglichkeit geboten, unter Anleitung Spiele speziell zum Thema Ökologie und Dritte Welt auszuprobieren und selbst zu entwerfen.

Film-workshop

Am Sonnabend Nachmittag werden Filme zum Thema Ökologie und Dritte Welt vorgestellt und zur Diskussion gestellt werden.

workshops: Ökologie in Freiburg

z.B. Besuch eines selbstverwalteten Initiativen-Projekts, die „Fabrik für Handwerk, Kultur und Ökologie"
oder: ein „Waldspaziergang" zur Erkundung der Folgen des sauren Regens;
oder: ein alternativer Stadtrundgang „vom Öko-Institut zum abgebrannten Autonomen Zentrum"

workshop

Indonesische Kultur – Musik, Schattenspiele – wird gezeigt. Teilnehmer/innen haben Gelegenheit, selbst Schattenspiele etc. zu entwerfen.

workshop

Kabarett zu Dritte Welt zum Selbermachen.

Projekte

Es soll Projekten die Möglichkeit gegeben werden, sich vorzustellen.
Ihr Interesse hat angemeldet z.B.
ein Projekt aus Cajamarca/Peru, das sich intensiv um die praktische Anwendung von alternativer Technologie, in diesem Fall Biogas, kümmert.
Andere Projekte sind noch herzlich eingeladen!

Befreiungsbewegungen

Es werden Vertreter von Befreiungsbewegungen zum Kongreß eingeladen. Die Teilnehmer/innen haben Gelegenheit, mit den Vertretern dieser Bewegungen zu sprechen.

Es wird den Teilnehmern/innen empfohlen, **Sportzeug** mitzubringen. Als Ausgleich zum vielen Sitzen wird die Möglichkeit geboten, Volleyball zu spielen, zu schwimmen etc.

Was man weiß, was man wissen sollte! Wichtig! Wichtig! Wichtig!

Koordinierungsausschuß

Alle BUKO-Mitgliedsgruppen sollten sich dringendst überlegen, ob sie für den neuen Koordinierungsausschuß kandidieren können.
Interessierte bitte melden bei:
BUKO, Nernstweg 32-34, 2 Hamburg 50, Tel. 040 / 39 31 56.

Wichtig! Wichtig! Wichtig!

FORUM

Wie in jedem Jahr steht auch die Wahl der FORUM-Redaktion an. Interessierte bitte melden bei:
BUKO, Nernstweg 32-34, 2 Hamburg 50, Tel. 040 / 39 31 56

Resolutionen

Resolutionen werden nur auf dem BUKO abgestimmt, wenn sie bis zum 17.4.85 an die Geschäftsstelle des BUKO geschickt worden sind, damit sie von den Gruppen noch diskutiert werden können, die sie zusammen mit den Vorbereitungsmaterialien zugesandt bekommen.

Vorbereitungsmaterialien

Als Vorbereitung für die Arbeitsgruppen auf dem Kongreß wird ein Reader erstellt, der allen angemeldeten Teilnehmern/innen, die den Teilnehmerbeitrag überwiesen haben, zugesandt wird.

Motto

Außerdem muß auch ein Motto für den 10. Bundeskongreß gefunden werden. Vorschläge sind schon jetzt willkommen.

- -

Bitte meldet Euch so schnell wie möglich an! Das hilft uns sehr für unsere Vorbereitungen.
(Wenn's geht bis zum 20. April 1985)

ANMELDUNG für den 9. Bundeskongreß in Freiburg 16.5. - 19.5.1985

(An den Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50)

1) Name der Gruppe/Institution: . . . .

2) Anschrift: . . . .

3) Status:
O örtliche Basisgruppe
O Institution/Bundesverband
O sonstige/r Teilnehmer/in

4) Mitglied:
O ja O nein
O Interesse an der Mitgliedschaft
O Interesse an der Mitarbeit im Koordinierungsausschuß

Teilnahme

Teilnehmen am 9. Bundeskongreß kann jede oder jeder, die/der die Teilnehmergebühr bezahlt. Stimmberechtigt sind allerdings nur Delegierte von Mitgliedsgruppen, die für das Jahr 1985 ihren Teilnehmerbeitrag bezahlt haben. Der BUKO-Jahresbeitrag beträgt pro Gruppe 156,– DM (incl. FORUM-Abo). Institutionen, Bundesverbände und Koordinationen können am Kongreß nur als Beobachter ohne Stimmrecht teilnehmen. Die beobachtende Mitgliedschaft kann bei der Geschäftsstelle formlos beantragt werden (Jahresbeitrag 286,– DM (incl. FORUM-Abo).

Anmeldung

Zur Anmeldung muß der untenstehende Abschnitt vollständig ausgefüllt und der Teilnehmerbeitrag (70,– DM für Teilnehmer/innen aus BUKO-Mitgliedsgruppen; 90,– DM für Teilnehmer/innen aus Nicht-BUKO-Mitgliedsgruppen) im voraus auf das Konto des Bundeskongresses überwiesen werden: Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Hamburg, Postgiroamt Hamburg, Kto.-Nr. 791 12-201.
Bitte gebt auf der Überweisung den Namen der Gruppe deutlich an. Anmeldeschluß ist der 20. April 1985.

Termin und Ort

Der 9. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen findet von Donnerstag, 16.5., 13 h, bis Sonntag, 19.5.85, 14 h, in Freiburg, Haus der Jugend, statt.

Fahrtkosten

Fahrtkosten werden erstattet.

Essen

Um uns eine Flut von Plastikgeschirr zu ersparen, werden die Teilnehmer/innen gebeten, ihr eigenes Geschirr (Becher, Teller) und Besteck mitzubringen.

Kinder

Für Kinderbetreuung während des Kongresses wird gesorgt.

Donnerstag, 16.5.85

bis 14.00	Anmeldung im Haus der Jugend
14.00	Offizieller Beginn im Haus der Jugend Einführung in den Kongreß Vorträge: **Badal Sen Gupta** (Indien) „Soziale Bewegung und ökologischer Widerstand in Indien“ **Nilda Jelenic** (Argentinien) „Vergleich Ökologie-Bewegung in Lateinamerika und in der Bundesrepublik“
17.30	Rechenschaftsberichte, allgemeine Resolutionen
19.00	Abendessen
20.00	Fete

Freitag, 17.5.85

9.00	Arbeitsgruppen
abends	Filme, Theater

Samstag, 18.5.85

9.00	Plenum zu KA-Wahlen, FORUM, weitere Perspektiven, BUKO 10
nachmittags	workshops, Kampagnentreffen, Projektvorstellung, Besichtigung etc.
20.00	große Fete mit Salsa-Band

Sonntag, 19.5.85

9.00	Vortrag: **Elmar Altvater** (Berlin) „Zum Verhältnis von Ökonomie und Ökologie“ Diskussion unter Einbeziehung der Arbeitsgruppenergebnisse
14.00	Abschluß

---

5) Zum BUKO melden wir an: (Name, Anschrift, Tel.)

1. ....

Interesse an AG ....

2. ....

Interesse an AG: ....

3. ....

Interesse an AG: ....

Schlafplätze nötig für:

Do	Fr	Sa	So
Do	Fr	Sa	So
Do	Fr	Sa	So

(Zutreffendes bitte: X)

6) Mitfahrgelegenheit:

O ich biete   O ich suche   Mitfahrgelegenheit für ...... Personen

7) O wir bringen Kinder mit:

wieviele? .....   Alter? .... Jahre   an folgenden Tagen: ....

Teilnehmerbeitrag von 70,– DM / 90,– DM pro Person am .... überwiesen.

Datum ....   Unterschrift ....

Ökologie in der Dritten Welt

Das Grüne Gold

Die Zerstörung der tropischen Regenwälder



Wälder spielen überall auf der Welt eine wesentliche Rolle bei der Erhaltung der Lebens- und Produktionsgrundlagen und der Versorgung von Menschen. Waldzerstörung hat immer auch Auswirkungen auf den Menschen, nicht nur auf seine sogenannte Umwelt. Ausmaß, Ursachen und Folgen von Waldvernichtung lassen sich nicht weltweit verallgemeinern. Tropische Regenwaldgebiete sind etwas wesentlich anderes als tropische Trockenwälder oder Mischwälder gemäßigter Breiten.

Waldzerstörung in Kalimantan

Ein Beispiel, in dem einige der für den tropischen Regenwald charakteristischen Zusammenhänge deutlich werden, hat Küchli (1980) beschrieben:

Indonesien ist einer der größten Tropenholzexporteure der Welt. 1980 wurden 16,6 Mio m^3 überwiegend nach Japan und in die USA geliefert (FAO 1982). Dieses Holz stammt zumeist vom indonesischen Teil Borneos, Kalimantan.

Dort agieren von ausländischem Kapital kontrollierte Konzessionsunternehmen, die für 1 US $ pro ha plus 9 $ pro m^3 verkaufsbereiten Holzes für zwanzig Jahre eine Waldfläche zwischen viertausend und fünftausend Hektar überlassen bekommen (Preise Stand 1977).Asiatische Tropenwälder sind für Konzessionäre besonders interessant. Hier sind immerhin 25 Prozent des Holzvorrats vermarktbar. In Afrika sind es meist nicht einmal 10 Prozent, in Lateinamerika noch weniger. Halbherzige Versuche der indonesischen Regierung, dafür zu sorgen, daß die Wälder sich von der Exploitation wieder erholen (durch das „indonesian selective cutting system"), und mehr Holz im Land weiterzuverarbeiten (durch Industrieansiedlungsauflagen), werden unterlaufen. Der Hauptabnehmer, Japan, ist in erster Linie daran interessiert, die bedeutende Holzindustrie im eigenen Land auszulasten. Der Wald ist nach der, im Englischen bezeichnenderweise „creaming" (Absahnen) genannten Ausbeutung wirtschaftlich wertlos, aber zumindest als Vegetationsform noch existent. Viele seiner Funktionen hat er aber auch dann schon eingebüßt. Ungestörter Wald ist z.B. die Voraussetzung für die Lebensweise der Urbevölkerung Kalimantans, der Dayak.

In den Wäldern Borneos leben ca. 2 Mio Dayak von Jagd und kleinflächigem Trockenreisanbau. Ihnen entzieht die Ausbeutung die Lebensgrundlage. Von ihrer ursprünglichen, den Wald nicht zerstörenden Landnutzung müssen sie umstellen auf Brandfeldbau. Das besdeutet, daß die durch die Exploitation erschlossenen und verlichteten Waldreste durch Feuer gerodet werden. Durch die Freisetzung der Nährstoffe und die Vernichtung des Unkrauts lassen sich zwei bis drei Jahre lang Getreide und Hülsenfrüchte anbauen. Dann sinkt die Bodenfruchtbarkeit rapide und mit ihr die Erträge. Gleichzeitig nimmt die Erosion zu. Die Bauern müssen die fast sterilen Felder aufgeben und andere Flächen brennen. Wenn sich wieder eine Baumvegetation entwickelt, kann sich der Boden über einen längeren Zeitraum hinweg regenerieren. Auf den aufgegebenen Flächen in Kalimantan breitet sich meist jedoch ein Gras aus (Imperata cylindrica), das Aufforstungen und natürliche Wiederbewaldung fast unmöglich macht. Das Problem wird dadurch verstärkt, daß die Regierung Indonesiens Umsiedlungen in das fast menschenleere Kalimantan benutzt, um überschüssige Bevölkerung von den fruchtbaren, aber sehr dicht besiedelten Insel Java abzuschieben. Notgedrungen vernichten die Brandfeldbauern in einer ihnen fremden Umwelt jährlich ungefähr 500.000 Hektar, bisher insgesamt 47 Mil-

Millionen Hektar (zum Vergleich: die Waldfläche der BRD beträgt ca. 7 Mio ha, die Gesamtfläche 25 Mio ha).

Wieso, fragt sich der kritische Zeitgenosse an diesem Punkt, kann man eigentlich nicht wie in Europa Wälder roden — „urbar machen" —, um die Landwirtschaft auszuweiten? Europa war auch einmal zu 90 Prozent bewaldet und hat die weitgehende Umwandlung gut überstanden...

Leider weit gefehlt!

Eigenarten tropischer Regenwaldgebiete

Etwas verallgemeinernd bezeichnet man als tropische Regenwälder die immergrünen oder überwiegend immergrünen Waldtypen der feuchtwarmen Tropen. Die Jahresdurchschnittstemperaturen liegen bei 24° C.Es gibt praktisch keine Fröste und keine Monate mit weniger als 100 mm Niederschlag. (Myers 1980)

Für den Betrachter, insbesondere wenn er aus gemäßigten Breiten kommt, sind solche Wälder der Inbegriff von Üppigkeit: 50 - 60 m hohe Baumriesen überragen einen dichten Waldbestand aus mehreren Lagen von Bäumen, Sträuchern und Bodenpflanzen. Die Artenvielfalt an Pflanzen und Tieren ist enorm. In Malaysia gibt es mehr als 2500 Baumarten und über 20000 Arten, wenn alle Blütenpflanzen gezählt werden (Curry-Lindahl 1972). Obwohl tropische Regenwälder lediglich 6 Prozent der Erdoberfläche bedecken, beherbergen sie 40 - 50 Prozent aller Arten von Lebewesen auf der Erde, das sind zwischen zwei und fünf Millionen Arten.

Ein Garten Eden also, der auch dem Menschen große landwirtschaftliche Nutzungsmöglichkeiten mit reichlich Regen und Sonnenenergie eröffnet?

Bei genauerem Hinsehen erweisen sich die tropischen Regenwälder als Paradies mit erheblichen Fehlern. Zunächst erscheint es widersprüchlich, aber das vielfältigste und in sich stabilste Ökosystem der Welt ist eine Anpassung an Mangel. Die Böden, auf denen der größte Teil der tropischen Regenwälder steht, sind sehr alt. Hohe Temperaturen und Feuchtigkeit arbeiten seit hunderttausenden von Jahren an ihnen, ohne daß der Verwitterungsprozeß einmal großflächig rückgängig gemacht worden wäre wie z.B. in Europa während der Eiszeiten. Die Böden der tropischen Regenwaldzone haben daher zumeist die Fähigkeit, Nährstoffe zu speichern, eingebüßt.
Als Anpassung daran hat sich der Regenwald zu einem perfekten Nährstoffrecyclingsystem entwickelt. Der weitaus größte Teil der Nährstoffe befindet sich in den lebenden Pflanzen. Ein dichtes Netz von Wurzeln sorgt dafür, daß aus verwesender organischer Substanz nichts ausgewaschen werden kann und führt alle Mineralien in die Vegetationsschicht zurück. Wenn dieser Selbsterhaltungskreislauf dauerhaft unterbrochen wird, hat das meist katastrophale Folgen.

Tropische Regenwälder haben sich unter sehr stabilen äußeren Bedingungen über sehr lange Zeiträume entwickelt. Dies hat zu einer hohen Spezialisierung der Pflanzen- und Tierarten geführt, wodurch Konkurrenz zu Arten mit ähnlichen Umweltansprüchen vermieden wird. Derart komplizierte Anpassungsmechanismen bei Ernährung, Fortpflanzung usw. erhalten Arten in ungestörten Systemen, machen sie aber sehr verwundbar gegen nicht-natürliche, d.h. menschliche Eingriffe. Schon relativ geringe Verschiebungen in den Bedingungen können Arten zum Aussterben bringen.

Verbreitung und Zerstörung tropischer Regenwälder

Angesichts ihrer geographischen Ausdehnung und Verteilung versteht es sich fast von selbst, daß es „den" tropischen Regenwald nicht gibt, sondern eine große Zahl unterschiedlicher Formen. Diese Unterschiede wirken sich zum Teil sehr direkt auf die Rate der Zerstörung aus.

Zuverlässige Zahlen über die Ausdehnung und Verteilung sind aufgrund ungenauer und veralteter Statistiken bzw. nicht miteinander vergleichbarer Abgrenzung der Waldtypen kaum zu bekommen. Die folgende Tabelle beruht auf Schätzungen der FAO aus dem Jahre 1978 für tropischen Feuchtwald.

Verbreitung des tropischen Feuchtwaldes (UNESCO/UNEP/FAO 1978)

Region	Trop. Feuchtwaldfläche (in Mio ha)	in Prozent der gesamten trop. Feuchtwaldfläche
Afrika	149	14
Asien	204	19
Amerika	725	67
Gesamt	1068	100

Die Fläche, die natürlicherweise mit tropischen Feuchtwäldern bedeckt wäre, beträgt etwa 1234 Millionen Hektar.Schätzungen der jahrlichen Waldverlustraten variieren stark. Sie liegen zwischen 7,3 Millionen Hektar (Lanly 1982) und 20 Millionen Hektar (Barney 1978). Eine auch von unabhängigen Fachleuten akzeptierte Schätzung ist ca. 12 Millionen Hektar pro Jahr.[1]

Diese Rate von etwa ein Prozent der Gesamtfläche verteilt sich nicht gleichmäßig auf die Feuchtwaldgebiete. In sehr kurzer Zeit werden wohl die Wälder der Philippinen, Malaysias und Indonesiens betroffen sein, ebenso wie Westafrika, das kolumbianische und peruanische Amazonien, der Ostteil des brasilianischen Amazonasgebiets und Mittelamerika. Relativ unberührt dürften dagegen vorläufig die unzugänglichen Wälder Zentralafrikas und des Westteils des brasilianischen Amazonasgebiets bleiben (Myers 1980).

Die Zahlen sind sehr erschreckend, aber sie sind nicht das eigentliche Problem. Die Zerstörungsrate der tropischen Regenwälder „ist nicht hinnehmbar, weniger wegen des Prozentsatzes der Gesamtwaldfläche, sondern wegen des wo und warum es geschieht" (Eckholm 1979)

Direkte Zerstörungsursachen

Als direkte Zerstörungsursachen werden die Nutzungs- und Ausbeutungsformen beschrieben, die unmittelbar an die Ressource Boden geknüpft und regional sehr unterschiedlich ausgeprägt sind. (Alle wichtigen direkten Verursachungsfaktoren sind in der Abbildung aufgeführt).

Wie bereits einleitend am Beispiel von Indonesien dargestellt wurde, beginnen viele Zerstörungsprozesse vor allem in Afrika und Asien mit der **Holzexploitation**. Dabei wird das Holz weitgehend unverarbeitet exportiert; die Exploitationswirtschaft hat Enclavencharakter, d.h. die langfristigen Verknüpfungen mit der lokalen und nationalen Wirtschaft sind gering.

Sowohl in Afrika als auch in Asien wird der Sektor von ausländischem Kapital und Führungspersonal dominiert. Inländische Arbeitskräfte werden nur auf Zeit eingestellt, solange bis eine Region oder ein Land 'abgesahnt' ist. Übrig bleibt dann ein ausgedienter Maschinenpark und ein verarmter häufig übernutzter Waldbestand, durchlöchert von Rückeschneisen und Holzlagerplätzen, in deren Umgebung der Boden durch die schweren Exploitationsmaschinen zerstört ist. Die zumeist ausländischen Firmen beginnen in anderen, noch unberührten Regionen mit der 'Materialschlacht' gegen den Urwald. Die Einnahmen aus den Holzexporten kommen vorrangig einheimischen Eliten und ausländischen Unternehmen zugute; die Interessen der lokalen Waldbevölkerung werden nicht berücksichtigt.

Auf nationaler Ebene stehen den Exporterlösen beträchtliche Importaufwendungen gegenüber; die Gewinne, erzielt durch die Abholzung, werden ebenso wie große Anteile der überhöhten Gehälter der ausländischen Arbeitskräfte ins Ausland transferiert, so daß auch der nationale Nutzen der Holzexploitation nicht so groß ist, wie man aufgrund der Exportstatistiken annehmen könnte (Steinlin 1977).

Im Zuge dieser Nutzung wird der Wald durch Straßen und Holzabfuhrwege erschlossen, wodurch ein schnelles Eindringen von Siedlern ermöglicht wird, die den Wald zum **Anbau von Nahrungsmittel- oder Exportkulturen** roden.

Auf den weniger fruchtbaren Böden erfolgt der Anbau von traditionellen Nahrungsmittelkulturen wie Yams, Kochbananen, Reis, Maniok, Gombo oder Tareo



unter Einschaltung von Brachezeiten, die der Regeneration des Bodens dienen. Diese traditionelle Produktionsweise, die weitgehend auf den Eigenbedarf ausgerichtet ist, wird heute überlagert durch die Produktion für den Weltmarkt. Die wichtigsten tropischen Weltwirtschaftspflanzen sind Kaffee, Kakao, Ölpalmen, Kokospalmen, Ananas, Bananen und andere Früchte, Kautschuk und — im feucht-tropischen Grenzbereich — Baumwolle.

Durch die Zunahme der Flächen für Exportkulturen steigt der Rodungsdruck auf die verbleibenden Wälder oder den Sekundärbusch, der den Boden regenerieren soll, ständig. Dem zunehmenden Nahrungsmittelbedarf stehen abnehmende Anbauflächen für Nahrungsmittel gegenüber.

Zudem wird die Einwanderung in die Tropenwaldzone häufig von staatlicher Seite aus forciert, um billige Arbeitskräfte für die Plantagenproduktion sowie für Agroindustrien zur Verfügung zu haben (Schulz 1979). Hierdurch erhöht sich der Nahrungsmittelbedarf noch zusätzlich. Der zunehmende Bodendruck in Verbindung mit der Verkürzung der Brachezeit führt zur Degradierung der Böden sowie langfristig zur Versteppung der ursprünglichen Waldlandschaft.

In Mittel- und Südamerika wird die Zerstörung der Wälder vor allem durch **Großprojekte staatlicher Planungsbehörden oder privater Investoren verursacht.** Ein häufig zitiertes Beispiel sind die großflächigen Rodungen für die Anlage exportorientierter, extensiv bewirtschafteter Ranchbetriebe durch Großinvestoren, in denen das Fleisch für den nordamerikanischen und europäischen Bedarf an Hamburgern produziert wird.(Myers 1981)

Extensive Weidewirtschaft schafft kaum Arbeitsplätze (Gerdts 1983). Die ökologischen Folgen sind katastrophal (Fearnside 1983). Nach kurzer Zeit gehen große Teile des Nährstoffvorrats verloren. Der Boden verarmt, versauert und wird zusätzlich durch Viehtritt verfestigt! Da riesige Flächen betroffen sind wird der Wasserhaushalt ganzer Landschaften schwer gestört. Aber auch Großprojekte staatlicher Planungsbehörden haben insbesondere in Südamerika zu menschlichen und ökologischen Katastrophen geführt. Als Beispiel sei der Bau der Transamazônica — einer Straße quer durch das Amazonasgebiet — und die damit verknüpften Umsiedlungsprojekte genannt (Kohlhepp 1976, Gerdts 1983) oder die Umsiedlung aus den peruanischen Anden in das Amazonastiefland und das eingangs erwähnte Transmigrationsprojekt in Indonesien.

Bevölkerungswachstum als Ursache der Waldzerstörung?

Das häufig vorgebrachte Argument, die Tropenwaldzerstörung basiere vorrangig auf der Bevölkerungszunahme, lenkt ab von den eigentlichen, tieferen Zerstörungsursachen. Die Besiedelungsdichte in der Region der feuchten Tropen ist — aufgrund vielfältiger Faktoren — sehr unterschiedlich.

In vielen Gebieten mit extremer Zerstörung des Ökosystems spielt die Zunahme der lokal ansiedelnden Bevölkerung kaum eine Rolle; vielmehr werden Rodungen vor allem durch zugewanderte Bevölkerungsgruppen vorgenommen, die häufig mit dem Ökosystem Regenwald in keiner Weise vertraut sind und an den Tropenwald nicht angepasste Landnutzungstechniken aus der Bergregion oder der Savanne importieren. Die Einwanderungen haben nicht nur sozio-ökologische, sonder auch massive ökologische Folgewirkungen, die von staatlicher Seite aus häufig nicht ausreichend beachtet werden.

In Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte, die heute bereits entwaldet sind (z.B. Java, große Teile von Westafrika), ergeben sich zunehmend Probleme der Nahrungsmittel- und Brennstoffversorgung. Hier spielt das Problem der Flächenkonkurrenz Nahrungsmittel/Exportkulturen eine entscheidende Rolle.

Bei einer Veränderung der sozio-ökonomischen, politischen oder auch technischen Bedingungen wäre mit dem heutigen Wissen eine Erhöhung der Agrarproduktion pro Flächeneinheit möglich.

Die These von der 'ökologischen Benachteiligung der Tropen'

Die tropischen Böden sind in ihrer Eigenschaft als Produktionsfaktor für landwirtschaftliche Produkte extrem unterschiedlich zu bewerten. Im Gegensatz zu den weitverbreiteten nährstoffarmen Tieflandböden (z.B. terra firme im Amazonastiefland), deren landwirtschaftliche Nutzung mit Problemen verknüpft ist, sind beispielsweise die vulkanischen Böden Javas oder auch die Schwemmlandböden des Amazonas (varzéa) sehr fruchtbar

und gut geeignet für einjährige landwirtschaftliche Kulturen.Von den heutigen Problemen bei der Nutzung nährstoffarmer Tieflandböden kann nicht der allgemeine Erklärungsansatz einer 'ökologischen Benachteiligung der Tropen' abgeleitet werden (vgl.hierzu WEISCHET 1977).Diese Vorgehensweise birgt ein 'naturdeterministisches' Denken. Sie verschleiert, daß neben ökologischen Unterschieden auch die sozio-ökonomischen Bedingungen der Entwicklung in den tropischen Regionen selbst sowie Abhängigkeiten von Weltmarkt und Metropole, wie fast jeder heutigen Form der Landnutzung eine wichtige Rolle spielen.

Die in den tropischen Regionen lebenden Menschen hatten seit Beginn des europäischen Einflusses nur wenig Möglichkeiten zur Entwicklung bzw. Weiterentwicklung eigener, an ihre Bedürfnisse angepasster Landnutzungsformen. Traditionelle Landnutzungssysteme waren teilweise höchst produktiv und ökologisch angepasst. Beispiele sind die Inka- und Maya-Hochkulturren oder auch die Insel Ukara im Viktoria-See (GLICO & MORELLO, 1983; LUDWIG 1967)

Mit beginnendem europäischem Einfluß wurde versucht, Bewirtschaftungsformen aus den gemäßigten Breiten auf die Tropen zu übertragen, teilweise mit den bekannten Begleiterscheinungen der Grünen Revolution (EGGER % GLAESER 1975).

Die tatsächlichen politischen Hintergründe der Waldzerstörung

Die erläuterten primären Zerstörungsursachen sind Ausdruck von Abhängigkeiten im Land von nationalen Eliten und nach außen durch die Einbindung in die Waldwirtschaft. Beides ergibt sich aus der historischen Entwicklung.

Ursprünglich waren die Feuchtwälder von Jägern und Sammlern bevölkert, die sich — bei äußerst geringer Bevölkerungsdichte — in ihren Lebensformen und Nutzungstechniken optimal an die Kreisläufe der Natur angepasst haben.

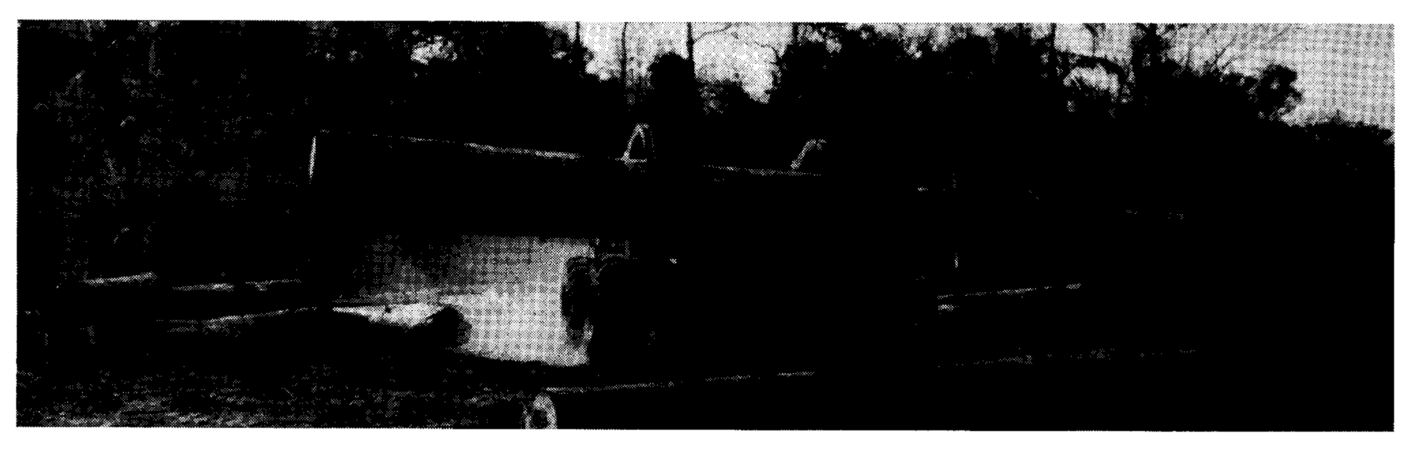
Die Ausbeutung der Waldvölker begann mit der steigenden Nachfrage auf dem Weltmarkt nach tropischen Produkten, insbesondere Kautschuk, und — auf Afrika bezogen — dem Sklavenhandel (BODLEY 1983). Gebrauchsorientierte Gesellschaften, die bisher nur geringe Handelsbeziehungen kannten und Agrarüberschüsse oder Sammelprodukte wie beispielsweise Kolanüsse gegen Werkzeuge tauschten, wurden plötzlich gezwungen, für den Weltmarkt zu Produzieren (MEILLASSOUX 1971,MANDEL 1968).

Ein Mißbrauch traditioneller Gesellschaftsstrukturen erfolgte, indem traditionelle Chefs von den Kolonialherren zu Verbündeten der Machtausübung degradiert wurden. Das ursprüngliche Gemeinschaftsbodenrecht in Afrika wurde formell abgeschafft, um die damit verknüpften

blik Elfenbeinküste, in der der Wald heute fast ganz zerstört ist. Während vor der Unabhängigkeit jährlich ca. 400 000 m³ Rundholz exportiert wurden, waren es zwischen 1967 und 1980 durchschnittlich fast 3 Millionen m³ jährlich. Die französische Präsenz hat sich seit der Unabhängigkeit verstärkt, und es sind zusätzlich zahlreiche deutsche, holländische und italienische Exploitationsfirmen etabliert worden.

Die ursprünglichen 15 Millionen Hektar Wald der Republik Elfenbeinküste sind reduziert auf 3 - 4 Millionen Hektar Wald, der weitgehend auch schon einmal exploitiert wurde. Seit 1966 hat die Waldfläche jährlich um fast 400 000 Hektar abgenommen. So wird auch die größte Firma der Holzbranche, eine Niederlassung der deutschen Unternehmung Danzer, die dort Exploitation, Furnier- und Sägewerk betreibt, bald das Kapital (d.h. die Maschinen) zurückziehen und, wie zu hören ist, in ein erfolgversprechendes Land in Zentralafrika umsetzen (z.B. Gabun, Zaire oder Kamerun, wo teilweise auch schon Firmenniederlassungen bestehen). Zurück bleiben werden über tausend Arbeiter, die in dem Betrieb der Elfenbeinküste zeitweise beschäftigt waren, sowie ein vollkommen zerstörtes Ökosystem. Von Unternehmerseite wird argumentiert, die Zerstörungen seien durch Rodungen der Brandfeldbauern entstanden.

Die Eliten der Elfenbeinküste haben sich verbündet mit den ausländischen Investoren und konnten so große Anteile



Lagerplatz für Tropenholz. Der Boden wird hier besonders komprimiert und ist langfristig nicht nutzbar.

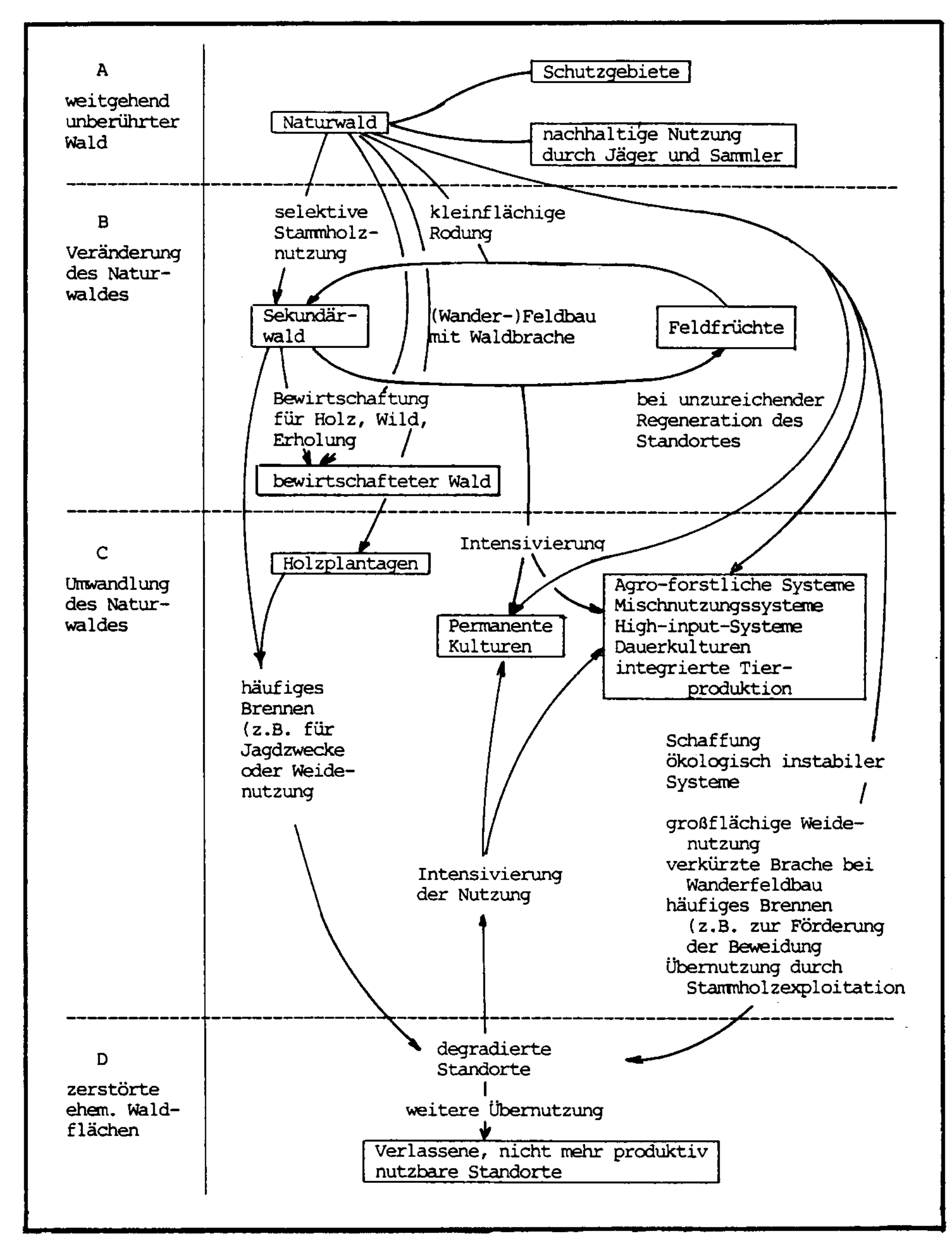
Der Bruch zwischen traditionellen und 'importierten' Landnutzungsformen ist bis heute feststellbar und hat sich manifestiert durch die enormen Aufwendungen, die für die Entwicklung produktiver Exportkulturen wie Kaffee und Kakao geleistet wurden, während Forschungsergebnisse zum verbesserten, produktiveren Anbau von Nahrungsmittelkulturen auf Selbstversorgungsbasis bisher kaum vorliegen (JANZEN 1973). Es wird zunehmend deutlich, daß die eigentlichen Ursachen der Waldzerstörung weniger in der lokalen Bevölkerungsentwicklung und noch weniger in den ökologischen Bedingungen in den Tropen allgemein.

Produktionsformen zu zerstören. Privateigentum an Boden und die damit verknüpfte Erwartung einer Bodenrente in Plantagebetrieben führten zu einer Betrachtung des Bodens als Spekulationsobjekt.

Diese Strukturen haben sich auch nach der Unabhängigkeit zumeist erhalten; die Kolonialherren wurden vordergründig durch nationale Eliten abgelöst, die die Ausbeutung des ländlichen Raumes forcierten. Ein Blick in die Statistiken zeigt, daß die Exporte vieler tropischer Produkte erst nach der Unabhängigkeit rapide angestiegen sind. Ein besonders eindrucksvolles Beispiel bietet die Repu-

des ökologischen Kapitals liquidieren und für sich verbuchen.

Hohe staatliche Abschöpfungen auf Kosten der Landbevölkerung wurden zum Teil für Prestigeprojekte in den Metropolen verwendet. Das kann am Bespiel des Kaffees gezeigt werden. Im Jahr 1976/77 erhielten die Kaffeeproduzenten der Elfenbeinküste 12,5 Prozent des Großhandelspreises in Marseille, währenddessen der ivorische Staat 66,6 Prozent über die Ausgleichskasse einnahme. Von den 12,5 Prozent Anteil der Kaffeeproduzenten wurde dann ein noch viel geringerer Anteil an die ländlichen Lohnarbeitskräfte ausgezahlt (GBAGBO 1983). Das 'Aus-



bluten' des ländlichen Raumes (STEINLIN 1977) durch nationale Eliten und internationale Märkte und Unternehmungen verhindert eine Intensivierung bzw. Modernisierung sowohl des Nahrungsmittelanbaus für die Selbstversorgung als auch des Cash-Crop-Anbaus.

Gleichzeitig werden die Exportökonomien der Tropenländer weiter ausgebaut; die Verwertungsmöglichkeiten tropischer Produkte für Verwendungen in Industrieländern haben sich vergrößert. Als Beispiel sei nochmals Tropenholz genannt, welches früher mehr als Luxusprodukt gehandelt wurde, das nur in tropischen Regionen gewonnen werden konnte, und welches heute zunehmend als Massengut gebraucht wird für Sperrholzplatten, Spanplatten und in der letzten Zeit auch — am Beispiel der japanischen Exploitation in Indonesien — für Papier.

Die zerstörerischen Fremdeinflüsse, denen die tropischen Regionen, das Ökosystem Regenwald und die dort lebenden Menschen ausgeliefert sind, wurden und werden weiter verstärkt. Dadurch beschleunigt sich die Vernichtung der tropischen Regenwälder, die mit zahlreichen, häufig irreversiblen Folgewirkungen verknüpft ist.

Auswirkungen der Waldzerstörung

Unglücklicherweise haben viele Darstellungen zu sehr auf die durch die Vernichtung der tropischen Regenwälder hervorgerufene ökologische Katastrophe ab; die Tatsache, daß ökologische Katastrophen auch katastrophale Folgen für den Menschen haben, geht dabei häufig unter.

Wesentliche Auswirkungen der Regenwaldzerstörungen sind:
- Die Ausrottung der Urbevölkerungen
- Der Verlust des Waldes als Holzressource und Ernährungsquelle
- Der Verlust an Nutzflächen durch Erosion und Störung des Wasserhaushalts
- Die Vernichtung unersetzlicher genetischer Informationen
- Klimaveränderungen

Die ersten drei der genannten Auswirkungen sind lokal beschränkt, die dritte kann aber auch schon regional ausgedehnte Folgewirkungen haben und die vierte und fünfte beziehen sich auf die Erde als Ganzes.

Traditionelle Jäger- und Sammler-Gesellschaften leben bei sehr geringer Bevölkerungsdichte in vielen Regenwaldgebieten. Das Eindringen der Außenwelt in Gestalt von Abholzungsfirmen, fremden Siedlern oder staatlichen Entwicklungsbehörden führt zur Ausbreitung von Krankheiten, gegen die die Urbevölkerung keine Abwehrkräfte hat. Indem ihre Lebensgrundlage, der Wald, verändert oder zerstört wird, wie im Beispiel Kalimantan, wird die Urbevölkerung verdrängt. Wo ihre Kultur nicht nachgibt und sich nicht zu Alkoholismus und Prostitution umformen läßt, werden Gebiete mit Gewalt geräumt (BODLEY 1983). Eine sehr ausführliche Darstellung dazu hat Johanna Gerdts (1983) für Amazonien gegeben.

Tropenwälder sind reich an schönen oder technisch besonders wertvollen Baumarten, oft in Dimensionen, die es anderswo kaum gibt. Durch die verschwenderische Nutzung dieser Holzvorräte mit Exploitationsverfahren wird in vielen Ländern eine potentiell bedeutende Ressource für die Selbstversorgung mit Holz und den Ausbau einer eigenen Holzindustrie vernichtet.

Gleichzeitig gehen mit der Entwaldung zahlreiche Nahrungsmittel, medizinische Produkte sowie Baumaterialien verloren, die die einheimische Bevölkerung im Wald gewinnt (z.B. Wildfleisch, Honig, wilde Baumfrüchte, Palmwein, Insekten; häufig wichtige Ergänzungen zur täglichen Ernährung mit Knollenfrüchten, die wenig Eiweiß enthält (— vgl. hierzu PRESCOTT—ALLEN 1982).

Wie erwähnt werden viele der Rodungsgebiete nicht etwa zu produktiven, langfristig nutzbaren landwirtschaftlichen Flächen, sondern ihr Potential wird durch Zerstörung der Nährstoffkreisläufe in wenigen Jahren vergeudet. Dabei können Erosion und Zerstörungen des Wasserhaushalts auch Konsequenzen auch außerhalb der eigentlichen Rodungszone haben, z.B. durch Überschwemmungen, oder bei periodischem Wassermangel wenn der Wald als Abflußregulativ ausfällt, oder durch die Versandung von Reservoirs für die Energie- und Wasserversorgung.

Am häufigsten unterschätzt wird unter den Auswirkungen der Tropenwaldzerstörung wohl der unwiederbringliche Verlust an Arten von Lebewesen. Bis zum Ende des Jahrhundert werden es in den Tropen wohl eine Million Arten sein (UNEP 1980). Die genetische Basis der Nahrungsmittelproduktion in der Welt ist äußerst schmal und wird immer instabiler. Für viele tropische Nutzpflanzen bestehen noch große genetische Reserven, die zur Züchtung verwendet werden können.

Dies gilt z.B. für Ölpalmen, Kaffee, Kautschuk, Yams usw. Dazu kommen viele Faserpflanzen, Arzneimittel, Harze, Gerbstoffe, natürliche Insektizide und neue Nahrungspflanzen. Ein Großteil der aussterbenden Arten ist nicht einmal bekannt, nicht zuletzt, weil mit der Urbevölkerung ein enormes Wissen über sie vernichtet wird.

Die Auswirkungen der Tropenwaldzerstörung auf das Klime sind immer noch heftig umstritten. Neben den ungeklärten Folgen des Anstiegs des Kohlendioxidgehalts der Luft sind der Rückgang der Verdunstung und der Wärmereflektion bei der Umwandlung von Wald in andere Landnutzungsformen kritische Größen. Besonders aus dem Amazonasgebiet mehren sich die Anzeichen, daß großflächige Waldzerstörung u.a. zu einer Verringerung der Niederschläge führt. (s.z.B. Marques et al. 1977). Drastische Verschiebungen der Temperaturverteilung der Erdoberfläche würden auch die Windsysteme beeinflussen und damit das Klima ganzer Kontinente.

Ansatzpunkte für eine ökologisch stabile Landnutzung in tropischen Regionen

Dies ist eigentlich ein eigenes Thema und kann hier nicht vollständig diskutiert werden. Wir verweisen nur kurz auf eine Reihe von Ansätzen zur technischen Lösung des Problems, um der pauschalen These von der ökologischen Benachteiligung der Tropen (WEISCHET 1977) entgegenzutreten.

Wesentliche Bedingung für die Bewältigung der Landnutzungsprobleme ist die Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere die Schaffung einer Landwirtschaftsstruktur auch in den Randgebieten der Regenwaldzone, die nicht zur Verdrängung Landloser führt, wodurch Bevölkerungsüberschüsse geschaffen würden. Die Verdrängung erfolgt, um Flächen für Exportkulturen freizubekommen oder weil die Entwicklung der Subsistenzlandwirtschaft total vernachlässigt wurde. Die dauernd in die Diskussion gebrachte Forderung nach einem Stop des Bevölkerungswachstums in den Tropen hat für sich durchaus ihre Berechtigung. Jedes Ökosystem hat Obergrenzen der Tragfähigkeit. Problematisch daran ist, daß versucht wird, das Bevölkerungswachstum generell und undifferenziert allein als Verhütungsproblem anzugehen, ohne an seinen sozialen und wirtschaftlichen Ursachen rühren zu wollen; so wird häufig versucht, die eigentlichen Problemzusammenhänge, die erst zu einer zerstörerischen Bevölkerungsdichte geführt haben, zu vertuschen.

Als technisch orientierte Ansätze für eine ökologisch tragfähige Landnutzung in den Tropenwaldregionen seien hier erwähnt:

1. Die Einführung einer geregelten Forstwirtschaft ohne Zerstörung des ursprünglichen Ökosystems. Waldbauliche Verfahren hierzu wurden entwikkelt (z.B. von WEIDELT & BANAAG, 1982).
2. Auf der Grundlage guter Bodenkarten lassen sich solche Gebiete identifizieren, in denen konventionelle Landwirtschaft möglich ist.
3. Wo instabile Böden diesen Weg verschließen, besteht die Möglichkeit, das Funktionieren der Waldgesellschaft und ihres Nährstoffkreislaufes zu simulieren. Solche Verfahren, bei denen baumförmige Pflanzen eine wesentliche Rolle spielen, werden bereits in Plantagen mit Dauerkulturen wie Kakao, Ölpalmen, Kautschuk usw. angewendet, wobei es sich zumeist um Exportkulturen handelt.
4. Verfahren, die mehr auf kleinbäuerliche Produktionsformen abgestimmt sind und häufig an traditionelle Produktionstechniken anknüpfen, sind unter des Sammelbegriffen 'Ecofarming' und 'Agroforstwirtschaft' bekanntgeworden (siehe dazu die Zeitsschrift Agroforestry Systems; EGGER 1983, PRINZ 1985).
5. Genetisches Material kann züchterisch, zur Gewinnung pharmazeutischer Rohstoffe usw. genutzt werden (zu bisherigen Erfahrungen siehe MYERS 1979, PRESCOTT-ALLEN 1982).
   Nationalparks und Schutzgebiete haben dann auch die Funktion von 'Rohstofflagern' für Industrie und Landwirtschaft; für ihre Einrichtung wurden Kriterienkataloge von der IUCN (1980) erarbeitet.

Alle Maßnahmen dürfen nur durchgeführt werden bei voller Berücksichtigung der territorialen ansprüche von Urbevölkerungen, ohne daß ihnen die Lebensgrundlagen weiter entzogen werden.

Jürgen Pretzsch, Peter Poschen

Literaturverzeichnis

BARNEY, J. (1979) „The nature of the deforestation problem — Trends and policy implications", proceedings of the U.S. Strategy Conference of Tropical Deforestation, June 12 - 14, 1978, Washington, D.C.
BODLEY, J.H. (1983) Der Weg der Zerstörung: Stammesvölker und die industrielle Zivilisation, München
BOSERUP, E. (1965) The conditions of agricultural growth: The economics of agrarian change under population pressure, Chicago
CURRY—LINDAHL, K. (1972) Conservation for survival: An ecological strategy, New York
ECKHOLM, E. (1979) Planting for the future: Forestry for human needs, Worldwatch Institute Paper 26, Washington, D.C.
EGGER, E.; GLAESER, B. (1975) Ideologie der Grünen Revolution: Weg zur technologischen Alternative, in: Technologie und Politik, Aktuell-Magazin 1, Reinbek b. Hamburg
EGGER, E.; ROTTACH, P. (1983) Methoden des Ecofarming in Rwanda, in: Der Tropenlandwirt, Zeitschrift für die Landwirtschaft in den Tropen und Subtropen, 84.Jg., S. 168-185
FAO (Food and Agriculture Organization) (1984) Yearbook of forest products 1971 - 1982, Rom
FEARNSIDE, P.M. (1983) Development alternatives in the Brazilian Amazon, Interciencia 8, S. 65-78, 118-120
GBAGBO, L. (1983) Cote d'Ivoire. Pour une alternative democratique, Edition l'Harmattan, Paris
GERDTS, J. (1983) Indianer Brasiliens — Opfer des Fortschritts, in:Pogrom, Zeitschrift für bedrohte Völker, Heft Nr. 96, 14.Jg.
GLIGO, N.; MORELLO, J. (1983) Zur ökologischen Geschichte Lateinamerikas — Conquista und Kolonialzeit, S. 28-44, in: Lateinamerika: Analysen und Berichte 7, Fortschritt der Destruktivkräfte — Ökologische Krise und Gegenwehr, Hamburg
IUCN (International Union for Conservation of Nature) (1980) World conservation strategy, Gland
JANZEN, D.H. (1973) Tropical agroecosystems, in: Science, 182, S. 1212-1219
KOHLHEPP, G. (1984) Der tropische Regenwald als Siedlungs- und Wirtschaftsraum. Am Beispiel jüngster Entwicklungsprozesses im brasilianischen Amazonasgebiet. S. 131-157, in: SPIXIANA, Supplement 10, München
KÜCHLI, Ch. (1980) Holznutzungen und Forstwirtschaft in Indonesien, in: Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen, 131. Jg., S. 539 ff.
LAGEMANN, J. (1977) Traditional african farming systems in Eastern Nigeria. An analysis of reaction to increasing population pressure, Afrika-Studien Nr. 98, München
LANLY, J.-P.; UNEP; GEMS; FAO (1982) Tropical forest resources, FAO Forestry Paper 30, Rome
LUDWIG, H.D. (1967) Ukara - Ein Sonderfall tropischer Bodennutzung im Raum des Viktoria-Sees. Eine wirtschaftsgeographische Studie, München
MANDEL, E. (1968) Marxistische Wirtschaftstheorie, 1. Band, 4. Auflage 1979, Frankfurt a.M.
MARQUES, J.; SANTOS, J.M.;VILLA NOVA, N.A.; SALATI, E. (1977) Precipitable water and water vapor flux between Belem and Manaus, Acta Amazonica 7, S. 355-362
MEILLASOUX, C. (1971) Introduction, S. 49-85, in: The development of indigenous trade and markets in West Africa, Oxford
MYERS, N. (1979) The sinking ark: An new look at the problem of disappearing specis, Oxford University Press
ders. (1980) Conversion of tropical moist forests, Washington, D.C.
ders. (1981) the Hamburger Connection: How Central America's forests become North America's Hamburgers, S. 3-8-, in: AMBIO
POORE, D. (1976) Ecological quidelines for development in tropical rain forests, IUCN Books, Morges, Switzerland
PRESCOTT—ALLEN, R. u. Ch. (1982) What's wildlife worth? Economic contributions of wild plants and animals to developing countries, An Earthscan Paperback, London
PRINZ, D. (1985) Erhaltung und Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktivität in den Tropen und Subtropen, in: Rehm, S. (Hrsg.): Grundlagen des Pflanzenbaus in den Tropen und subtropen, Handbuch der Landwirtschaft und Ernährung in den Entwicklungsländern, 2. Auflage, Band 3, Ulmer, Stuttgart
SCHULZ, M. (1979) Arbeitskräftereservoir und Pflanzungsökonomie am Beispiel der Verflechtung von Obervolta und Elfenbeinküste, S. 83-113, in: Die Überwindung der ländlichen Armut in der 3. Welt, Hrsg. Hanisch, R., Tetzlaff, R., Frankfurt a.M.
STEINLIN, H. (1977) Beitrag der Forstwirtschaft zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in den ländlichen Räumen der Tropen und Subtropen, in: Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen, Nr. 9, S. 701-129
UNEP (United Nations Environment Programme) (1980) Overview document. Exports meeting on tropical forests, Libreville
WEIDELT, H.-J.; BANAAG, V.S. (1982) Aspects of management and silviculture of Philippine dipterocarp forests, Schriftenreihe der GTZ, Nr. 132, Eschborn
WEISCHET, W. (1977) Die ökologische Benachteiligung der Tropen, Stuttgart
WHITMORE, F.C. (1975) Tropical rain forests of the Far East, Oxford

1) Die Exploitation von tropischen Regenwäldern ist von der FAO wesentlich mit initiiert worden. manche FAO Vertreter klammern deshalb weitgehende Veränderungen von Wäldern durch Holznutzung aus. Die betroffene Fläche beträgt ca. 4,4 Mio ha pro Jahr und muß mit den 7,3 Mio ha, die Lanly/FAO für die vollständige Umwandlung in Landwirtschafts-, Siedlungs- oder Industrieflächen angibt, zusammengerechnet werden (insges. ca. 12 Mio ha).



Brennholzverkauf in Ayoron, Niger. *Foto: Edwards/Earthscan*

Die andere Energiekrise: Brennholz

Für ca. zwei Milliarden Menschen, d. h. 75 Prozent der Bevölkerung der Dritten Welt, sind Brennholz, Dung und Abfälle aus der Landwirtschaft die wichtigste, häufig die einzige Energiequelle. Vom geschätzten Holzeinschlag in den Tropen – eine Milliarde m^3 pro Jahr – werden 823 Millionen m^3 für Brennholz und Holzkohle verbraucht (FAO 1981). In Asien decken Brennholz u. ä. mehr als 40 Prozent des gesamten Energieverbrauchs incl. der kommerziellen Energieträger Öl, Kohle etc. In Afrika sind es sogar mehr als 60 Prozent, in einer Reihe von Ländern 90 Prozent. Der pro Kopf Bedarf beträgt, je nach der Notwendigkeit neben dem Kochen noch zu Heizen, zwischen einem halben und zwei m^3 jährlich (Arnold 1978).

Da bisher wenig Anstrengungen unternommen wurden, die an sich regenerierbare Energiequelle Holz nicht nur zu nutzen, leiden heute bereits ca. hundert Millionen Menschen an akutem Brennholzmangel. Mehr als eine Milliarde Menschen sind von wachsender Knappheit betroffen (FAO 1981). Die zunehmende Verknappung hat schwere soziale und ökologische Auswirkungen. Ärmere Schichten der Bevölkerung müssen häufig schon 25 Prozent des Familieneinkommens für Brennholz ausgeben (Floor 1977). Für Frauen in holzarmen ländlichen Gebieten bedeutet es eine enorme Belastung 20-30 kg schwere Bündel oft mehr als 10 km weit zu schleppen. Das Sammeln wird immer zeitraubender und entzieht der Familie Arbeitskraft, die z. B. in der Nahrungsmittelproduktion dringend benötigt wird. Zum Teil verschlingt das Sammeln in Tansania 200-300 Arbeitstage pro Familie und Jahr (Mnzava 1977). Die Verknappung hat häufig auch Wechsel in der Ernährung zur Folge. Z. B. weniger warme Mahlzeiten pro Tag oder es werden eiweißreiche Hülsenfrüchte wegen der langen Kochzeit weniger gegessen.

Knappheit führt auch zum Ausweichen auf weniger gutes Brennmaterial. Statt Holz werden z. B. Kuhdung oder Getreidestroh verbrannt. Beides wirkt sich ertragsmindernd in der Landwirtschaft aus. Eine Tonne Kuhdung bringt, als Dünger eingesetzt, einen Mehrertrag von einem Zentner Getreide (Eckholm 1975). In Äthiopien werden z. B. jährlich 7 Millionen t Dung verbrannt (Newcombe 1984), eine entgangene Getreideernte von 350.000 t. Stroh und andere Rückstände aus der Landwirtschaft sind meist geeignete und dringend benötigte Futtermittel für Haustiere. Weniger Zugochsen und weniger Milchkühe wegen Futtermangel bedeuten niedrigere Arbeitsproduktivität bei der Feldbestellung und schlechtere Ernährung, besonders für Kinder. Die zunehmende Übernutzung von Bäumen und Sträuchern fördert Erosion und in Trockengebieten Desertifikation. Aufgrund der relativ hohen Waldreserven bzw. der Schnellwüchsigkeit von Bäumen in den feuchten Tropen ist Brennholzbeschaffung dort nur im Einzugsbereich der Großstädte eine Ursache für Waldzerstörung. In Trockengebieten dagegen, kann schon eine relativ kleine Siedlung dazu führen, daß in 100 km Umkreis kein Baum mehr steht (FAO/SIDA 1974).

Literatur zur Brennholzproblematik

Arnold, J. E. (1978) Wood energy an Rural communities, 8th World Forestry Congress, Jakarta 1978
Eckholm, E. (1975) Firewood – the other energy-crisis, Worldwatch Institute, Washington
Floor, W. M. (1977) The energy sector of Sahelian countries, Policy Planning Section, Ministry of Foreign Affairs, The Netherlands
FAO (1981) Map of the Fuelwood situation in developing countries, Rome
FAO/SIDA (1974) A survey of the problems of the Sahelian zone, FAO/SWE/TF 117, Rome
Mnzava, E. M. (1977) Village afforestation in Dodoma district, 2nd FAO/SIDA consultation on forestry for community development, Rome 1977
Newcombe, K. (1984) An economic justification for rural afforestation: the case of Ethiopia, Energy department, World Bank, Washington

„Haze" über Kuala Lumpur

Umweltprobleme einer Großstadt

Dramatisch haben sich in den letzten zehn, zwanzig Jahren die ökologischen Probleme in den städtischen Metropolen verschärft. Insbesondere in den sogenannten Schwellenländern, in deren Städten industrielle Entwicklung erfolgreich in Gang gesetzt worden ist, sind die Umweltbedingungen häufig lebensbedrohend für die städtische Bevölkerung. Mexico City gilt heute als der Alptraum menschlicher Siedlung schlechthin: Jährlich wächst die Stadt um Hunderttausende, obwohl den heutigen Bewohnern schon längst die Luft zum Atmen ausgeht. Aber auch „kleinere" Metropolen in der Dritten Welt nähern sich mit beängstigender Geschwindigkeit dem Erstikkungstod. Die malaysische Hauptstadt Kuala Lumpur hat sich innerhalb weniger Jahre von einer mittleren Verwaltungsstadt zum Zentrum einer Verdichtungsregion mit 3 Millionen Einwohnern gemausert. Jahrelanger Raubbau an den natürlichen Ressourcen schlägt jetzt ganz massiv auf die Bewohner der Hauptstadt zurück.

Vor ungefähr zwei Jahren, im September 1982, verfinsterte sich das erste Mal der Himmel über Kuala Lumpur. Mitten am hellichten Tag. Das war kein Gewitter und kein Monsunregen. Es wurde einfach nur finster. Die Sonne war nicht mehr zu sehen, Autofahrer mußten ihre Scheinwerfer anschalten, der Flugverkehr auf dem internationalen Flughafen von Kuala Lumpur kam zum Erliegen. Kein Mensch in Malaysia konnte sich erinnern, so etwas in seinem Leben je erlebt zu haben. Das war eine neue, beängstigende Erfahrung für die meisten.

Nebel ist in Kuala Lumpur so gut wie unbekannt. Die klimatischen Verhältnisse an der malaysischen Westküste — so jedenfalls kann man es in klimageographischen Lehrbüchern nachlesen — gelten als durchaus angenehm: tropisch-feuchtheiß, ab Dezember beginnt die Regenzeit mit Monsunregen, aber auch im übrigen Jahrensverlauf regnet es fast täglich, so daß die Luft immer wieder gereinigt wird, dazu weht meist eine leichte Brise vom Meer her. Austauschbare Wetterlagen, vergleichbar etwa unseren Smog-Wetterlagen, sind selten.

Was war passiert in jenem September 1985? Die Meteorologen hatten zunächst einen Namen für das neue Phänomen: Sie sprachen von „haze", einer Dunstwolke über der Stadt. So stand es dann auch in den Zeitung: Eine Dunstwolke hätte sich über die Stadt geschoben. Wer von Smog rede, betreibe Panikmache. Aber das war keine Erklärung für die plötzlich auftretende Dunstwolke über der Stadt. Sicher: „Smog", wie er das erste Mal in den frühen 50er Jahren in London aufgetreten ist, entsteht aus der Kombination von „smoke" and „fog". Wo die Komponente Nebel fehlt, kann es defintionsgemäß keinen Smog geben. Doch diese Erklärung trug nur wenig zur Beruhigung der Bevölkerung bei, zumal die Dunstwolke einen ganzen Monat über Kuala Lumpur und der angrenzenden Region liegenblieb. Erst im Oktober lichtete sich der Dunst. Doch schon wenige Monate später, im Februar 1983, trat das Phänomen „haze" erneut auf, dieses Mal blieb die Stadt sogar drei Monate lang, bis in den Mai hinein „verdunkelt". Seither kehren in unregelmäßigen Abständen „haze"-Wetterlagen wieder.

Die mysteriöse Dunstwolke über Kuala Lumpur war der Anlaß für die erste große Umwelt-Debatte in der malaysischen Öffentlichkeit. Doch bis heute besteht weder Klarheit über die Ursachen noch über die möglichen gesundheitlichen Folgen für die Bevölkerung.

Die zuständige Umweltschutzbehörde argumentiert gegenüber der Öffentlichkeit, daß eine Reihe von Ursachen für die erhöhte Luftverunreinigung in Frage kommen könnten. Ein genauer Nachweis über die kausalen Zusammenhänge sei aber schwer zu führen. Als mögliche Ursachen führte die Behörde an:

- eine besonders lange Trockenperiode mit der Folge besonders hoher Staub- und Rußkonzentration in der Luft;
- flächenhafte Waldbrände in Malaysia und anderen süd-ostasiatischen Ländern;
- Vulkanausbrüche in Indonesien;
- das Abbrennen abgeernteter Reisfelder;
- Veränderungen der atmosphärischen Zirkulation über dem Zentral- und Südpazifik (hervorgerufen durch ungewöhnlich hohe Wassertemperaturen in den vorangegangenen Jahren);
- eine Kombination von Luftverschmutzung, einer besonders langen Trokkenperiode, ungewöhnlich schwachen Winden und Temperaturinversion in den unteren Luftschichten.

Weder die Beamten der Umweltschutzbehörde noch die befragten Klimatologen und Meteorologen der malaysischen Hochschulen konnten (und wollten) sich auf einen eindeutigen Erklärungszusammenhang festlegen.

Der zuständige Minister für Forschung, Technologie und Umwelt versuchte noch im Oktober 1982, das Problem herunterzuspielen. Vor der Presse sagte er:

„Schon die normale jährliche Staubbelastung über dem Klang-Tal (d. i. der Großraum Kuala Lumpur) liegt bei 100 Mikrogramm pro Kubikmeter. Das ist doppelt so hoch wie der von der Weltgesundheitsbehörde festgelegte Grenzwert. Der Wert ist schon seit drei Jahren so hoch. Ich glaube, wir müssen damit leben. Eine Gefahr für die menschliche Gesundheit besteht jedenfalls nicht."

In der Folgezeit war der Minister zum Thema „haze" nicht mehr zu sprechen. Interessanterweise fühlte sich einige Monate später sein Kollege, der Verkehrsminister berufen, in die Debatte einzugreifen. Anlaß war nicht die Sorge um die Gesundheit der Bevölkerung, sondern die Tatsache, daß sich Klagen über die ständigen Verspätungen bei der malaysischen Fluggesellschaft MAS häuften. Anfang April 1983 kündigte er unter Berufung auf Wetterprognosen an, in Westmalaysia werde der „haze" innerhalb weniger Tage vom einsetzenden Regen weggewaschen werden. Aus „wenigen Ta-

gen" wurden in der Realität sechs Wochen.

Irgendwelche Grenzwerte für die Schadstoffbelastung der Luft existieren in Malaysia bisher nicht. Während der „haze"-Periode lag der höchste von der Umweltschutzbehörde veröffentlichte Meßwert bei 244 Mikrogramm Schwebstoffen pro Kubikmeter. Der Klimatologe Dr. Sham von der malaysischen Nationaluniversität stellte sogar den Wert von 430 Mikrogramm fest — neun mal höher als der von der Weltgesundheitsbehörde angegebene Grenzwert.

Im Anschluß an die viermonatige „haze"-Periode im Jahre 1983 gab das Gesundheitsministerium eine Untersuchung über die möglichen gesundheitlichen Schäden in Auftrag. Ergebnisse dieser Untersuchung sind bisher nicht veröffentlicht. Die Umweltschutzorganisation „Sahabat Alam Malaysia" befragte deshalb auf eigene Faust Ärzte in den betroffenen Regionen West-Malaysia. Danach traten gehäuft Erkrankungen der Atemwege und der Augen auf.

Die Bevölkerung atmete erst einmal auf, als sich die große Dunstwolke verzog. Doch möglicherweise ist das Schlimmste noch längst nicht überstanden. Der Physiker Dr. Low Kum Sang von der Universität von Malaya warnt:

„Die Dunstwolke symbolisiert nur den sichtbaren Teil der Luftverschmutzung, die eigentlich auch vorher schon da war. Während einer langen Trockenheit sind die atmosphärischen Bedingungen so beschaffen, daß wir die Dunstglocke auch sehen können."

Und sein Kollege Dr. Sham Sani geht noch weiter:

„Im Gegensatz zu den Prognosen der Umweltschutzbehörde, glaube ich nicht, daß der „haze" vom nächsten Regenguß vollständig weggewaschen wird. Ein großer Teil der Staubpartikel ist dafür viel zu fein. . . .Die ultra-feinen Bestandteile werden nach und nach ihren Weg in die menschliche Lunge finden und dort Unannehmlichkeiten verursachen."

Die Ursachen der Luftverschmutzung: Verkehr und Industrie

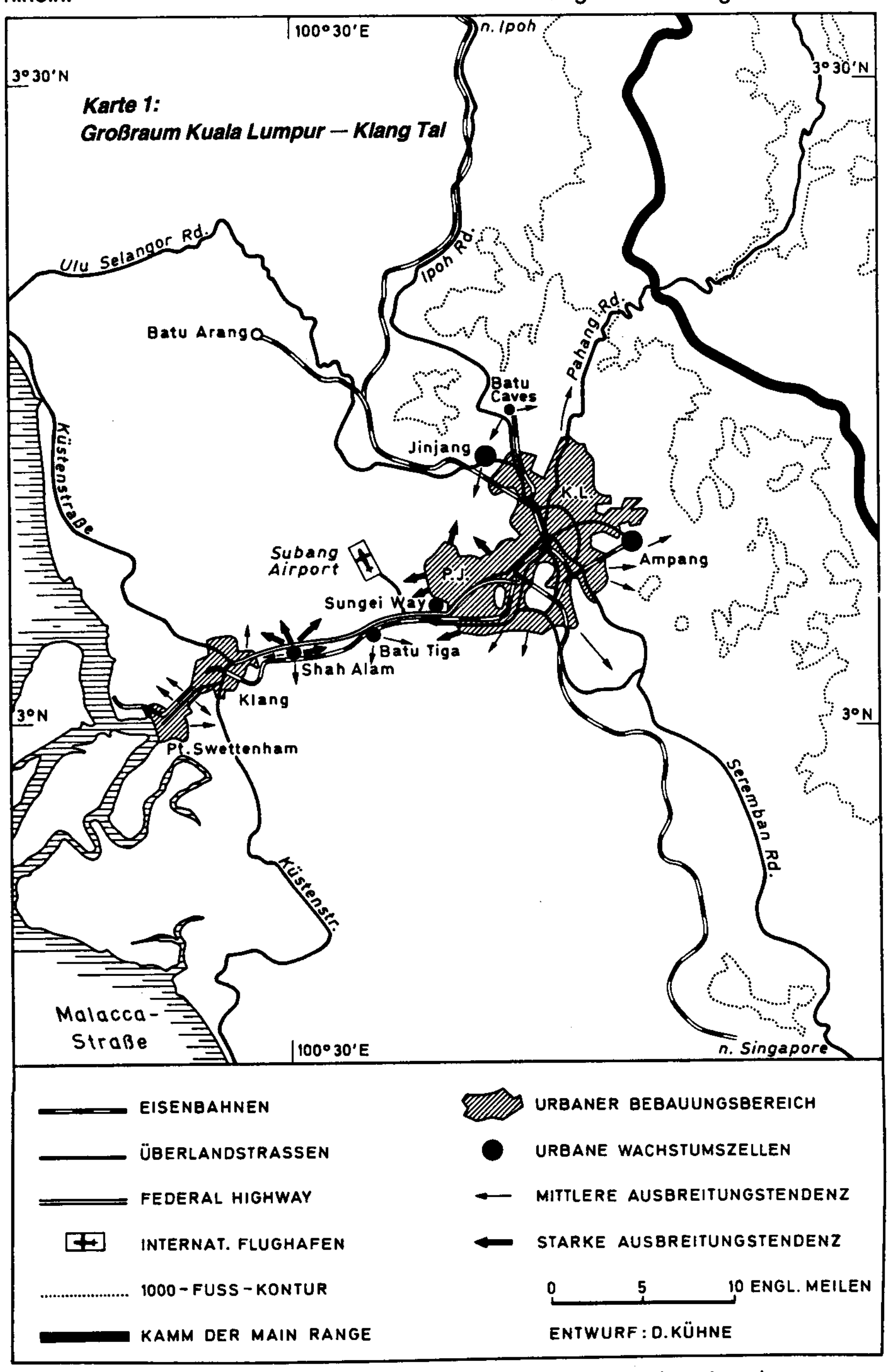
Die „haze" genannte Dunstwolke alamierte mit einem Schlag die malaysische Öffentlichkeit. Aber Feinstäube in der Luft sind beileibe nicht das einzige Problem. Verkehr und Industrie haben über die Jahre vielfältige Verunreinigungen von Luft und Wasser produziert.

Der Klang-Tal genannte Verdichtungsraum, der von Kuala Lumpur im Osten bis nach Port Klang an der Küste reicht, hatte 1970 1,7 Millionen Einwohner, im Volkszählungsjahr 1980 lag die Bevölkerungszahl bereits bei 2,6 Millionen, und bis heute ist sie schätzungsweise auf über 3 Millionen gestiegen. Der jährliche Bevölkerungszuwachs lag bei 4,3 %. Doch noch wesentlich rascher stieg im selben Zeitraum die Zahl der Motorfahrzeuge im Großraum Kuala Lumpur an. 1980 waren in der Klang-Tal-Region bereits 325.000 Privatautos und Motorräder zugelassen — mehr als 3½ mal so viel wie zehn Jahre davor. 1980 wurden zwischen Kuala Lumpur und der westlich angrenzenden Nachbarstadt Petaling Jaya an einem durchschnittlichen Arbeitstag 550.000 Fahrzeugbewegungen gezählt.

Diese Entwicklung ist Ausdruck der günstigen Einkommensentwicklung für die Mittelschichten im Schwellenland Malaysia; Zeichen des steigenden Wohlstandes bis in die Schicht der Facharbeiter hinein.

Sie ist aber zugleich Ausdruck verfehlter Stadtentwicklung und falscher Prioritäten in der Verkehrsplanung.

In der Vorstellung der Regionalplaner soll sich das Klang-Tal zu einer Bandstadt entwickeln (vgl. Abbildung 1). Wie Perlen an einer Kette sind die alten und neuen Siedlungskerne an dem zentralen Verkehrsband, dem „Federal Highway", aufgereiht. Auf dieser sechsspurig ausgebauten „Schnellstraße" herrscht seit Jahren schon von morgens bis abends Stop-and-go-Verkehr. Zwei planerische Versäumnisse sind für diese immense Verkehrsbelastung mit verantwortlich: Außer der Schnellstraße wurde bisher keine öffentliche Schnellverkehrslinie gebaut. Das bestehende Busnetz ist veraltet und unzuverlässig. Deshalb legt — wer es sich



Quelle: Dietrich Kühne: Malaysia — Tropenland im Widerspiel von Mensch und Natur. Stuttgart 1980, S. 136

nur irgendwie leisten kann — den Weg zwischen Wohnung und Arbeitsplatz mit dem Auto, Motorrad, Moped oder Motorroller zurück. Denn fahren muß fast jeder. Die meisten mittelständischen Wohnquartiere liegen in Petaling Jaya, Kuala Lumpur's Schwesterstadt. Regierungsbeamte und Angestellte fahren deshalb jeden Morgen von Petaling Jaya in das Stadtzentrum von Kuala Lumpur. In entgegengesetzter Richtung fahren allmorgendlich die Industriearbeiter. Denn die meisten Industriegebiete liegen am Rand von Petaling Jaya. Billige Wohnmöglichkeiten für Arbeiter finden sich aber noch am ehesten in der Kernstadt von Kuala Lumpur.

Das hohe Verkehrsaufkommen ist gegenwärtig die Hauptursache für die hohe Luftverschmutzung im Klang-Tal. Nach Angaben der Umweltschutzorganisation „Environmental Protection Society of Malaysia" ist der Straßenverkehr für 92 % der gesamten Luftverunreinigung verantwortlich.

Ein wesentlicher Faktor ist gegenwärtig die Belastung mit Blei. In Malaysia enthält jeder Liter Benzin einen Bleianteil von 0,84 Gramm. Das ist doppelt so viel wie in den meisten europäischen Ländern und sogar drei mal so viel wie in den USA. Entsprechend hoch ist der tägliche Bleiausstoß der Kraftfahrzeuge.

Die Umweltschutzbehörde führt regelmäßig Messungen der Bleikonzentration in der Luft an den Hauptausfallstraßen durch. Danach wurden zwischen 1979 und 1982 an einigen Hauptstraßen Belastungen von 4,5 bis 8,2 Mikrogramm pro Kubikmeter gemessen. Wie gesagt, bestehen in Malaysia keine Grenzwerte. Die Umweltschutzbehörde weist jedoch zum Vergleich auf den US-amerikanischen Grenzwert von 1,5 Mikrogramm hin, oberhalb dieses Wertes muß mit Gesundheitsschäden gerechnet werden. Wie hoch die Bleibelastung in den an die Hauptstraßen angrenzenden Wohngebiete ist, wird leider nicht gemessen.

Wie überhaupt das System zur Überwachung der Luft- und Wasserqualität äußerst lückenhaft ist. Und da wo Messungen durchgeführt werden, fallen die Meßergebnisse häufig unter Geheimhaltung.

Die gesamte Verunreinigung von Luft und Wasser durch Industriebetriebe ist eine solche Grauzone. Eine obligatorische Kontrolle beim Verursacher findet nicht statt. Industriebetriebe können sich jedoch freiwillig von der Umweltschutzbehörde beraten lassen, wie sie mit Emissionen und Immissionen am besten umgehen. An vielen Stellen werden toxische Stoffe unkontrolliert durch den Schornstein geblasen, ins Abwasser abgelassen oder landen auf irgendeiner Müllkippe. Nach einer Untersuchung der Umweltschutzorganisation „Sahabat Alam Malaysia" haben von insgesamt 300 Industriebetrieben, in deren Produktionsprozeß toxische Abfälle entstehen, nur 30 die Umweltschutzbehörde im Ministerium für Forschung, Technologie und Umwelt konsultiert.

Die Folgen dieser jahrelangen laissez-faire-Politik der zuständigen Behörden sind unübersehbar. 42 Flüsse in Malaysia sind bereits so stark verunreinigt, daß in ihnen kein Leben mehr möglich ist. Die Fischer an den Flußmündungen sehen sich um ihre Existenz gebracht. Der Sungei Klang, der der Hauptstadt den Namen gegeben hat, enthält so gut wie keinen Sauerstoff mehr und ist biologisch tot.

Immer noch können giftige Abfälle überall abgelagert werden. Es gibt keine bindenden Vorschriften. Ein australisches Beraterteam berichtete kürzlich, daß auch auf den meisten öffentlichen Müllabladeplätzen keine Vorkehrungen für die Lagerung giftiger Stoffe getroffen werden. Es scheint nur eine Frage der Zeit zu sein, bis das Quell- und Grundwasser von den Abfällen der chemischen Industrie verseucht ist.



Gesetzliche Bestimmungen über die Lagerung von Giftabfällen bestehen nicht. Es ist nur eine Frage der Zeit, daß giftige Stoffe ins Grundwasser gelangen.

Kuala Lumpur — eine Hitzeinsel

Ein durchaus erträgliches tropisches Klima, gemildert durch die leichte Brise vom nahen Meer — das verspricht auch heute noch die Reiseliteratur dem Touristen, der Kuala Lumpur besuchen will. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Immer häufiger klagen auch Einheimische über die unerträgliche Hitze. Noch nie sei es so heiß gewesen wie heute. Und zwischen den Hochhäusern regt sich kein Windhauch mehr.

Das Phänomen großstädtischer Hitzeinseln ist seit langem bekannt. In Städten ist die Temperatur meist einige Grade höher als in den umgebenden ländlichen Gebieten. Geographen von der Nationaluniverstität von Malaysia haben seit 1975 regelmäßig die Temperaturen in Kuala Lumpur und Petaling Jaya beobachtet. Mit zunehmender Verdichtung — so fanden sie heraus — hat auch die Intensität der „Hitzeinsel" zugenommen. Ein Temperaturunterschied von zwei bis drei Grad zwischen Stadt und Land wäre normal. 1980 lag der Unterschied für den Raum Kuala Lumpur/Petaling Jaya aber bereits bei 5,6 Grad Celsius, die Durchschnittstemperatur im Geschäftszentrum von Kuala Lumpur überstieg die Vergleichstemperatur in der ländlichen Umgebung sogar um 7,8 Grad Celsius.

Worin liegen die Ursachen für diesen rapiden Temperaturanstieg?

- Die Oberfläche ist zu trocken. Der Boden ist weitgehend versiegelt, der Boden nimmt entsprechend weniger Wasser auf, es verdunstet weniger Feuchtigkeit, die Luft wird heißer.
- Häuser aus Stein und Beton speichern mehr Hitze als traditionelle Holz- und Bambushütten, nachts geben die Häuser Hitze ab, die Stadt bleibt heiß.
- Die Windgeschwindigkeit verringert sich zwischen den Hochhäusern insgesamt (alllerdings entstehen örtlich Turbulenzen).
- Schließlich geben noch Autos und Motorräder Hitze ab.

Je mehr die Temperaturen in der Stadt ansteigen, desto höher wird das Infarktrisiko für kreislaufschwache Menschen.

Hitzeinseln in dieser extremen Form sind jedoch nicht das notwendige Ergebnis von Verstädterung in tropischen Ländern. Sie sind Folge einer Stadtentwicklung, die rücksichtslos von der Grundrentenerwartung der Bodeneigentümer gesteuert ist. So wurden im Innenstadtbereich höchste Bebauungsdichten durchgesetzt, und in den Einfamilienhausgebieten wird vor Beginn der Neubebbauung die gesamte vorhandene Vegetation — ganz gleich ob schöne alte Bäume gefällt werden müssen — abgeräumt, um Vorstadtreihenhäuschen nach schematischem Plan Platz zu machen. Die Alternative würde heißen: alte Bäume stehen lassen, neue Straßenbäume pflanzen, mehr Parkanlagen einplanen, damit sich mehr Feuchtigkeit in der Luft sammelt. Parallel dazu müßten andere, weniger hitzespeichernde Baumaterialien verwendet werden. Ein ökologisch angepaßter Städtebau eben. Doch dafür gibt es in Malaysia bisher keine Lobby.

Die Veränderung des Stadtklimas hat noch eine zweite Seite: Immer häufiger sind nach Starkregen Stadtteile von Kuala Lumpur überflutet. Wegen der zunehmenden Versiegelung des gesamten Stadtgebietes kann das Wasser nicht mehr versickern und abfließen. Einige Klimatologen behaupten auch, daß die durch Hochhausbebauung veränderte Luftzirkulation im innerstädtischen Bereich dazu geführt habe, daß es häufiger zu Windturbulenzen und Entladungen in Gewittern kommt.

Überschwemmungen nach heftigen Regenfällen dauern meist nur wenige Stunden. Ernster zu nehmen ist es schon, wenn die Flüsse Gombak und Klang im Stadtgebiet über die Ufer treten. Seit etwa zehn Jahren ist das fast jedes Jahr während der Regenzeit für einige Tage, manchmal auch Wochen der Fall. Betroffen sind vor allem die Bewohner von Squatter-Hütten, die sich an den Flußufern entlangziehen. Da diese Gebiete ohnehin über kein Abwassersystem verfügen und nur lückenhaft an das Trinkwassernetz angeschlossen sind, führt jede Überschwemmung zu fatalen Folgen für die hygienischen Verhältnisse in den betroffenen Häusern.

Noch vor 15 Jahren waren Überschwemmungen in Kuala Lumpur so gut wie unbekannt. Doch seit der Dschungel am Oberlauf der Flüsse systematisch in Kulturland umgewandelt wurde, fällt die natürliche Speicherkapazität des tropischen Regenwaldes weg. Deshalb ergießen sich heute in jeder Regenzeit Sturzfluten direkt ins Tal. Dann treten unweigerlich die Flüsse auch an ihrem Unterlauf über die Ufer.



Das Klima auf der malaysischen Halbinsel scheint sich zu verändern. Sogar in der „Trockenzeit" treten Überschwemmungen auf.

Staatliche Politik und Umweltschutzorganisationen

Malaysia hat seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahre 1957 eine konsequente Politik zur Industrialisierung verfolgt. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit bestand im Lande so gut wie keine verarbeitende Industrie. Im Jahre 1980 trug der industrielle Sektor bereits mit 21 % zum Bruttoinlandsprodukt bei. Die Industrialisierung ist in Malaysia wesentlich erfolgreicher verlaufen als in den Nachbarländern Indonesien und Thailand. Dem Ziel, möglichst schnell viele Industriebetriebe anzusiedeln, wurde alles andere untergeordnet. Überlegungen zum Umweltschutz traten erst ins Bewußtsein der verantwortlichen Politiker, als bereits zahlreiche Flüsse biologisch tot waren.

Immerhin war Malaysia dann auch das erste Land Südostasiens, in dem ein Umweltschutzgesetz verabschiedet wurde. Seit 1974 gilt der „Environmental Quality Act". Das Gesetz benennt die Problemfelder, die überwacht werden sollen: Abwäs-

ser und Abgase von Palmölmühlen und kautschukverarbeitenden Betrieben, Abgase von Kraftfahrzeugen, Qualität der Luft, Abwasser von Haushalten und Industriebetrieben und die Genehmigungsverfahren für Industriebetriebe. In der Ausformulierung der einzelnen Bestimmungen ist das Gesetz äußerst schwammig. Zum Beispiel wird in Teil III des Gesetzes festgelegt, daß alle Betriebe, die Immissionen in die Atmosphäre, giftige Abwässer in Flüsse entlassen oder Giftabfälle auf Deponien abladen, eine besondere Genehmigung brauchen, sofern „die Verunreinigung das normale Maß übersteigt". Was aber ist „ein normales Maß" von Umweltverschmutzung? So wie das Gesetz formuliert ist, bietet es den zuständigen Behörden kaum Handhabe, gegen Umweltsünder vorzugehen. Das Gesetz fordert in einer weiteren Bestimmung: Wo „erhebliche nachteilige Auswirkungen" für die Umwelt zu erwarten sind, muß der Betreiber eines Industriebetriebes Filteranlagen einbauen, sofern dies „praktikabel" ist. Auch diese Bestimmung ist natürlich ein Gummiparagraph. Mit dem Hinweis auf „mangelnde Praktikabilität" kommen auch starke Umweltverschmutzer darum herum, irgendwelche Vorkehrungen gegen Umweltverschmutzung zu treffen.

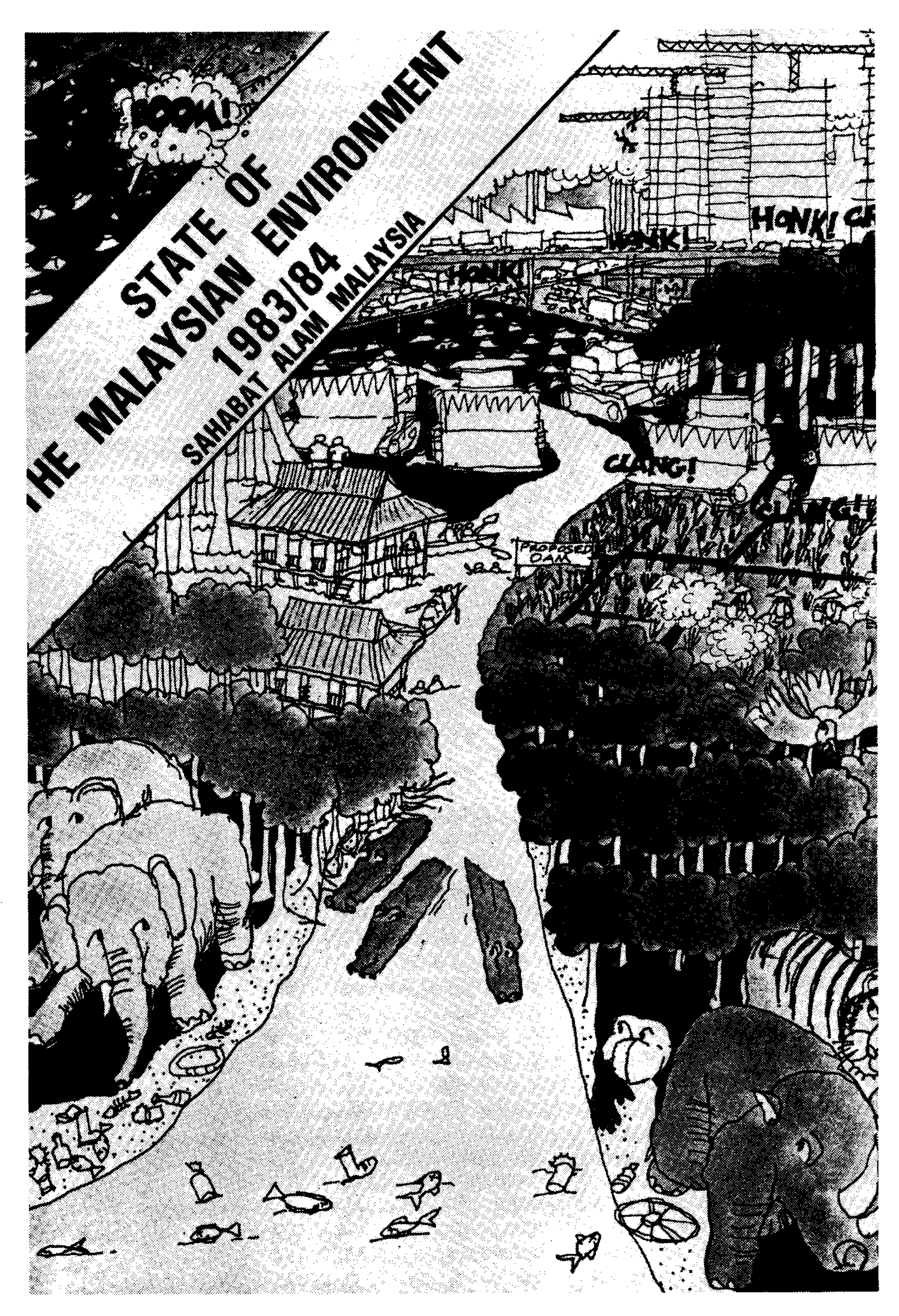
Genauso unwirksam wie der „Environmental Quality Act" ist die Tätigkeit der Umweltschutzbehörde „Division of Environment", die Mitte der 70er Jahre eingerichtet wurde. Die Behörde ist im Grunde nicht mehr als ein Koordinationsbüro ohne Weisungsbefugnis gegenüber anderen Behörden oder nachgeordneten Ämtern auf Landesebene. Außerdem hat die „Division of Environment" innerhalb des eigenen Ministeriums einen schweren Stand. Sie ist dem „Ministerium für Forschung, Technologie und Umwelt" zugeordnet — demselben Ministerium, das gerade dabei ist, Malaysias Einstieg in die Atomwirtschaft vorzubereiten.

Von oben sind keine Initiativen für einen besseren Umweltschutz zu erwarten. Doch wie sieht es mit dem Umweltbewußtsein der Bevölkerung aus?

Gurmit Singh, Präsident der Umweltschutzorganisation „Environmental Protection Society" sagt dazu:

„Es ist schwer zu sagen, ob der malaysische Bürger in den letzten zehn Jahren umweltbewußter geworden ist. Ich würde sagen: Ja, wenn wir von der Zahl der Leserbriefe zu Umweltproblemen in unseren Zeitungen ausgehen. Ich würde sagen: Nein, wenn ich daran denke, wie sorglos die meisten Malaysier mit Abfall umgehen, und wenn ich an die nicht enden wollende Sucht, ein eigenes Auto zu besitzen, denke."

Es wäre sicher übertrieben, von einer breiten Umweltschutzbewegung in Malaysia zu sprechen. Die Gruppen, die am stärksten von den schlechten Umweltbedingungen betroffen sind — Squatter und



Straßenhändler zum Beispiel —, sind zunächst einmal mit dem eigenen Überleben in der Großstadt beschäftigt, sie müssen sehen, daß sie für sich und ihre Familie ein Auskommen finden. Für Umweltkampagnen bleibt ihnen keine Zeit. Umweltkampagnen werden in vielen Ländern eher von der Mittelschicht getragen. Das ist sicher auch in Malaysia so. Aber man muß sich auch vor Augen halten, daß die Mittelschicht in Malaysia die gesellschaftliche Gruppe ist, die am meisten vom wirtschaftlichen Boom der letzten Jahre profitiert hat. Sie ist die stärkste politische Stütze der Regierung. Und sie sieht im Autobesitz das Symbol für den eigenen wirtschaftlichen Aufstieg. Deshalb sind die Angehörigen der Mittelschicht nicht ohne weiteres für Forderungen nach besserem Umweltschutz empfänglich.

Trotzdem bestehen heute in Malaysia gleich zwei Umweltschutzorganisationen. Das kam so:
Anfang der 70er Jahre studierte der schon erwähnte Gurmit Singh an der Universität von Malaya Ingenieurwissenschaften. Ihm fiel die zunehmende Verschmutzung des Sungei Klang, Klang-Flusses, auf. Auf eigene Faust begann er mit einer Untersuchungsserie der Wasserqualität des Sungei Klang. Er veröffentlichte seine Meßergebnisse in einer Studentenzeitschrift. Er forderte seine politischen Freunde aus dem „Socialist Club" der Universität von Malaya auf, ihn auf Exkursionen zu den verschmutzten Fluß- und Bachläufen auf der malayischen Halbinsel zu begleiten. Zunächst stieß er bei seinen Kommilitonen auf wenig Resonanz. Der „Socialist Club" beschäftigte sich damals damit, wie der Klassenkampf

in Malaysia zu organisieren oder wenigstens zu unterstützen sei — die Sorge um die bedrohte Umwelt paßte damals noch nicht ins linke Denkschema. Gurmit Singh gab jedoch nicht auf. 1974 gründete er zusammen mit Gleichgesinnten die erste Umweltschutzorganisation Malaysias, die „Environmental Protection Society", deren Vorsitzender er heute noch ist. Die Organisation veranstaltet Seminare zu Umweltfragen, veröffentlicht einschlägige Forschungsergebnisse und führt im begrenzten Umfang eigene Untersuchungen durch. Ein Schwerpunkt liegt auf Öffentlichkeitsarbeit, Arbeit mit Mulitplikatoren und auf der Unterstützung örtlicher Initiativen. Zum Beispiel führt die Organisation Seminare mit Lehrern durch, weil sie in der Schule einen wichtigen Ansatzpunkt sieht, mehr Umweltbewußtsein in der malaysischen Gesellschaft zu entwikkeln.

Die zweite Umweltschutzorganisation „Sahabat Alam Malaysia" entstand 1977. Sie ging aus einer schon Jahre lang aktiven Verbraucherorganisation hervor. Die Verbraucherorganisation hatte im Laufe ihrer Kampagnen erkannt, daß Qualitäts- und Preiskontrollen von Waren allein nicht ausreichen, um die Interessen der Verbraucher wirkungsvoll wahrzunehmen. Zu den Interessen der Verbraucher gehören genauso sauberes Trinkwasser und saubere Luft zum Atmen. Da die Verbraucherorganisation schon über Jahre eine gute organisatorische Infrastruktur aufgebaut hatte, verfügte „Sahabat Alam" von Anfang an über ein gutes personelles Polster. Auch Sahabat Alam Malaysia führt eigene Untersuchungen durch, arbeitet mit Wissenschaftlern der malaysischen Hochschulen zusammen und organisiert Weiterbildungsseminare für spezielle Zielgruppen.

Einhard Schmidt

Quellen:

Environmental Protection Malaysia (Hrsg.): The Malaysian Environment 19 Years after Stockholm. Petaling Jaya 1982.

Sahabat Alam Malaysia (Hrsg.): State of the Malaysian Environment 1983/1984. Penang 1984.

Sahabat Alam Malaysia (Hrsg.): State of the Malaysian Environment 1984. Penang 1984.

SUARA SAM, Newsletter of Sahabat Alam Malaysia, Penang (zweimonatlich erscheinende Zeitung).

Environmental News Digest, Sahabat Alam Malaysia. Penang (hektorgraphierter Nachrichtendienst)

Zeitungsmeldungen aus den malayischen Tageszeitungen „New Straits Times" und „Malay Mail".

Für weitere Informationen zur Umweltsituation in Südostasien steht zur Verfügung: die Südostasien-Informationsstelle, Josephinenstr. 71, 4630 Bochum 1

Dort kann auch eine von der „Environmental Protection Society Malaysia" zusammengestellte Tonbildschau zum Thema „Where are we heading — pollution in Klang Valley" ausgeliehen werden (Text in englischer Sprache, Dauer: ca. 25 Minuten)

Ökologischer Notstand in Mexiko

Mexico-Stadt (ips) - Nach Angaben mexikanischer Umweltorganisationen (Aliance Ecologista) sterben jährlich aufgrund der extrem hohen Umweltbelastung in der mexikanischen Hauptstadt (rund 17 Mio Einwohner) rund 100.000 Säuglinge an den Folgen schadstoffverursachter Krankheiten. Darüberhinaus soll die Umweltverschmutzung Ursache für die Erkrankung von 1,5 Mio Menschen an Bronchitis, Krebs und Leukämie sein.

Diese Angaben sind in einem umfangreichen Bericht enthalten, den Vertreter der Organisationen jetzt den zuständigen mexikanischen Parlamentsausschuß übergaben. Bei der Übergabe, die von einer lautstarken Demonstration begleitet wurde, forderten die Umweltschützer sofortige Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung sowie die Ausrufung des „ökologischen Notstands" für den Distrikt der Hauptstadt und neun der insgesamt 31 mexikanischen Bundesstaaten. „Wir können nicht länger stumm dem Verbrechen zusehen, das täglich an uns allen verübt wird", hieß es bei der Demonstration.

Die Dokumentation enthält eine Liste von 85 Raffinerie-, Zement- und Chemiewerken, von denen die Hauptbelastung der Luft über der im Tal gelegenen mexikanischen Hauptstadt ausgeht. Diese Fabriken müßten, nach Meinung der Umweltschützer, mindestens 300 Kilometer von Mexiko-Stadt entfernt neu angesiedelt werden. Die Angaben über Krankheits- und Todesfälle entsprechen weitgehend offiziellen statistischen Daten. Als Todesursachen bei Kindern werden in erster Linie Lungenentzündung, Influenza und andere „Erkrankungen der Atemwege" genannt. Bei der Säuglingssterblichkeit (vor Erreichen des ersten Lebensjahres) werden Erkrankungen der Atemwege an zweiter Stelle als Todesursache angegeben. In den vergangenen zehn Jahren, so der Bericht der Umweltschützer, haben sich die Schadstoffemissionen über Mexiko-Stadt verdreifacht. Die Schadstoffwerte über der mexikanischen Metropole betragen ein Zwanzigfaches der über New York gemessenen Werte. Die Zahlen, die ein jüngst veröffentlichter Regierungsbericht über die Umweltverschmutzung in Mexiko-Stadt enthält, sind zwar meist niedriger als die Angaben der Umweltschutzorganisationen, aber gleichfalls alarmierend. Die Luftverschmutzung als Todesursache sieht der Bericht nur in 5.000 Fällen jährlich als erwiesen an. Ein unmittelbarer Zusammenhang sei jedoch bei jährlich 250.000 Fällen von Erkrankungen der Bindehaut gegeben sowie bei 150.000 Fällen von Asthma und allgemeinen Atem- und psychischen Beschwerden, von denen jährlich mehr als ein Mio. Einwohner Mexiko-Stadts betroffen sind.

Dokumentation — Menschenrechtsverletzungen in Sri Lanka

Soeben ist eine aktuelle Dokumentation des Südasienbüro zu Menschenrechtsverletzungen in Sri Lanka erschienen. In einer deutsch/englischen Ausgabe wurden eidesstattliche Erklärungen, vor Friedensrichtern in Sri Lanka abgegeben und beglaubigt, veröffentlicht. Sie sind eindrucksvolle Zeugnisse von Angriffen auf die tamilische Zivilbevölkerung in der Zeit von März bis November '84. Die Ereignisse dieser Monate zeigen deutlich, daß die tamilische Bevölkerung gerade auch in den Regionen des Inselstaates, wo sie die Bevölkerungsmehrheit bildet — besonders in der Nordprovinz — von einer dem Staat zurechenbaren Gruppenverfolgung betroffen sind. Die Übergriffe gehen hier von Lankanischen Sicherheitskräften aus. Sie haben ein solches Ausmaß erreicht, daß sie nicht mehr als vereinzelte ‚Ausrutscher' bezeichnet werden können, wie es die Regierung von Sri Lanka darzustellen versucht. Die in der Dokumentation veröffentlichten Zeugenaussagen sind aus ca. 200 vorliegenden eidesstattlichen Erklärungen ausgewählt worden. Gerade während des Berichtzeitraums nahmen die Übergriffe der Sicherheitskräfte dramatisch zu. Hunderte von Tamilen — zumeist Zivilisten — wurden getötet, tausende von Jugendlichen — besonders männliche im Alter zwischen 16 und 30 Jahren — verhaftet, Eigentum im Wert von vielen Mio. Rs. zerstört und ganze Dörfer dem Erdboden gleich gemacht. Unzählige Familien verloren ihre Existenzgrundlage oder den Ernährer.

Herausgeber: Südasienbüro,
Kiefernstr. 45, 5600 Wuppertal 2,
Preis: 5,- DM plus Versand

Die „Äthiopisierung" der Hungerberichterstattung

Mit dem 23. Januar 1985 wird vielleicht eine neue zukunftsträchtige Phase im Verhältnis Europas zu Afrika ihr Eingangsdatum gefunden haben. An diesem Tag wurden 110 Millionen DM für die Opfer der Hungersnot in Afrika gesammelt. Erbsensuppe im Bundestag, karnevalistische Stimmung auf den Straßen, Kirchenglocken überall im Lande, Udo und Heino, Prominente aus Politik, Sport und Showgeschäft, wie eine Fernsehkommentatorin die Hauptakteure des Tages bezeichnete. Ein Tag für Afrika. „Afrika beim Aufwachen, Zähneputzen und Frühstücken. Hunger am Mittagstisch, im Fernsehen und im Bundestag. Künstler, Pfannkuchen und Glühwein für Afrika" schrieb die TAZ sichtlich irritiert über das Medienereignis des „Tages für Afrika" (TAZ, 25.1.85). Was war es wirklich - ein Tag der Mitmenschlichkeit (FAZ, 24.1.85) oder ein Tag des Medienspektakels und der Scheinheiligkeit der Mächtigen?

Ironischerweise war es beides. Daß Millionen von Bundesbürgern bereit waren, aus eigener Tasche so viel Geld für notbedürftige Menschen „irgendwo weit weg in Afrika" zu geben, war zweifellos ein Zeichen der Mitmenschlichkeit. Beim Spenden mochte hin und wieder ein Gefühl der Überlegenheit über den eigenen Wohlstand oder eine unbewußte Gewissenberuhigung stecken, indem man dem ewigen Bettler Afrika ein paar Almosen zukommen ließ. Aber für viele Menschen war es auch ein Ausdruck ehrlicher Betroffenheit und Mitverantwortung. Wenn man außerdem bedenkt, daß die Millionen Spender Schüler, Studenten, Arbeitslose und Arbeitnehmer sind, denen es selbst zur Zeit nicht besonders gut geht, dann darf man diese menschliche Geste keineswegs unterschätzen. Solange diese Solidarität und Menschlichkeit noch möglich sind, besteht doch auch die Hoffnung auf eine bessere Welt...

Als Anfang Oktober 1984 die Katastrophenmeldungen über Hunger in Afrika in die Fernschreiber tickerten und über die Bildschirme flimmerten, wußte schon die ganze Welt, daß in Afrika eine Hungerkatastrophe schrecklichen Ausmaßes herrscht - ausgenommen natürlich die großen Medienkonzerne. Schon im Dezember 1982 hatte u.a. die FAO über 10 Warnungen über die sich anbahnende Katastrophe veröffentlicht. Hungersnot in Afrika war Dauerthema nicht nur in den UN-Organisationen, sondern im Laufe von 1982 und 1983 auch innerhalb der EG ein Punkt langer Auseinandersetzungen (Africa Now, Dez. 1984). In den großen Medien war darüber jedoch kein Bericht zu finden. Noch am 11.9.84 philosophierte z.B. der Berliner „Tagesspiegel" in einem längeren Artikel über das unglückliche Schicksal der westlichen Demokratie in Afrika und warnte vor zunehmender Revolutionsgefahr auf dem Kontinent. Dabei verlor er aber kein einziges Wort über die Hungerskatastrophe auf dem schwarzen Teil der Erdkugel.

Warum dann diese plötzliche Aufregung der Medien Anfang Oktober mit Fernsehbildern von sterbenden Kindern, — gedreht übrigens von VISNEWS, der größten TV-Nachrichtenagentur der Welt, die mit Katastrophenbildern aus der 3. Welt auch Geschäfte macht? Aus Sensationslust? Oder aus Betroffenheit über das schreckliche Ausmaß dieser Katastrophe?

Bemerkenswert war vor allem, daß sich die Berichterstattung in Bild und Schrift fast ausschließlich auf Äthiopien konzentrierte. Eine gute Sache für die Hungernden in Äthiopien, möchte man meinen. Hilfsorganisationen äthiopischer Exil- und Studentengruppen haben immerhin seit 1982 vergeblich versucht, der sich anbahnenden Katastrophe in ihrer Heimat Gehör zu verschaffen. Aber andererseits eine schlechte Sache — und diese Erkenntnis ist sehr wichtig — für die Millionen Hungernden im restlichen Afrika von Mauretanien bis Südafrika (Azania). Wieso diese Diskriminierung der andern afrikanischen Länder durch die Informationsindustrie? „Äthiopien ist ein bissel privilegiert", resümiert die Frankfurter Rundschau (25.1.84) in Bezug auf die Medienaufmerksamkeit für Äthiopien. Leben in Äthiopien etwa besondere Menschen, wie die zynische „Aktion Moses" zu verstehen gibt? Oder haben die Äthiopier wirklich eine bessere Lobby in Europa, wie z.B. der „Spiegel" (4, 1985) zu wissen vorgibt.

Nein, ironischerweise ist die Lobby der hungernden Äthiopier vor allem die Tatsache, in einem Land zu leben, das zur Zeit in der Schußlinie des Ost-West-Konflikts in Afrika steht. Das Land hat derzeit nicht nur die Aufmerksamkeit des Ostens (welches andere afrikanische Land hat in der gegenwärtigen Krise überhaupt Hilfe aus dem Osten erhalten?!), sondern auch die große Aufmerksamkeit des Westens. Und was für eine? Hier einige Hintergrundinformation darüber, wie hinter dem Rücken von Millionen Hungernden sowohl in Europa als auch in Afrika die so berühmte „Politik mit dem Hunger" betrieben wird.

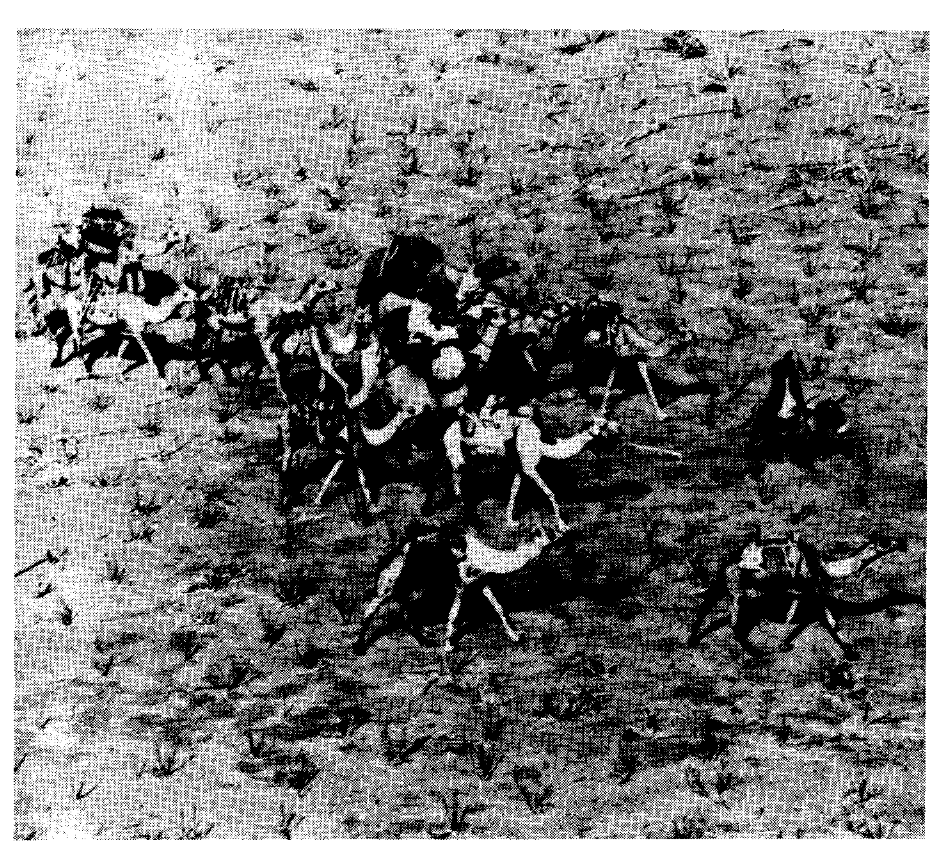
Hunger im Ost-West-Konflikt

Angesichts der überall auf dem Kontinent vorherrschenden Hungerskatastrophe baten allein 1984 24 afrikanische Länder bei internationalen Organisationen um Nahrungsmittelhilfe. Im Falle von 22 Ländern wurden ihren Anträgen stattgegeben. Lediglich im Fall Mozambiques (wo übrigens zur Zeit eine Hungersnot schrecklichen Ausmaßes herrscht) und Äthiopien wurde die Hilfe verweigert, in der Hoffnung — so der frühere Leiter von Christian Aid (London), Charles Elliott — „die von der Sowjetunion unterstützte Regierung (Äthiopiens, d.Autor) zu Fall zu bringen" (Epd, 23/24, 84). Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte die sich marxistisch nennende Regierung Äthiopiens ihre Hoffnung auf westliche Hilfe aufgeben und zur Verhinderung der Katastrophe alle ihre Kräfte und Ressourcen einsetzen müssen. Nein, auch die militärische Elite des Landes hatte „wichtigere" politische Ziele als die Rettung der aus ihren ausgetrockneten Dörfern flüchtenden Bauernmassen. Das Augenmerk der Regierung lag zu dieser Zeit bei der Vorbereitung eines kriminell begangenen Jubiläums (die Show soll über 200 Millionen DM gekostet haben), des 10. Jahrestages der Revolution, der übrigens nicht am Tag der Revolution, sondern der Machtergreifung der Militärs gefeiert wird. An diesem Jahrestag sollte die innere und regionale Stärke (Rotes Meer) dieser bis zu den Zähnen bewaffneten Regierung demonstriert werden, nicht zuletzt dem in Somalia, Kenia und Sudan mit Militärstützpunkten präsenten Westen. Das Land war also mit einem ganz anderen politischen Ereignis beschäftigt, das von der Regierung und dem Ostblock als die

„Organisationsfähigkeit und Selbstbehauptungskraft des Sozialismus" verkauft wurde. Alles, was in Afrika Rang und Namen hat, war nach Äthiopien angereist, um diese perfekt inszenierte „Überlegenheitskraft des Sozialismus" zu sehen und wahrscheinlich auch abzusegnen. Das DDR-Fernsehen widmete zwei Tage lang neben direkten Satellitenübertragungen über Funk und Fersehen seine 30-minütige „Aktuelle Kamera" ganz diesem Ereignis. Auch für die über die Organisationsunfähigkeit rassistisch sich mockierende Welt dürfte diese Demonstration der regionalen Stärke eindrucksvoll gewesen sein. Selbst einem ansonsten in seiner eurozentristischen Arroganz und Herabsetzung der Dritten Welt wortgewandten Fernsehkommentator verschlug es die Sprache, als er einen von einem Afrikakorrespondenten der ARD angefertigten Film über den Revolutionstag im sonntäglichen „Weltspiegel" vorstellte. Diese Demonstration der militärischen Stärke, mit Erich Honecker und dem sowjetischen Politbüromitglied Romanov auf der Gästetribüne, war aber auch ein Beweis dafür, daß das Land zumindest noch für ein paar weitere Jahre in das „feindliche Lager" fest verankert wurde.

Wozu sind denn die großen Medienkonzerne da, wenn man im Westen diesem Jubel des Ostens über ein heiles sozialistisches Land in Afrika nichts entgegenzuhalten weiß?! Man versuchte wohl seit 1979 jeglichen Propagandakonflikt mit der „linksnationalistischen" Regierung Äthiopiens zu meiden. Zu dieser Zeit hatte man in Europa gemerkt, daß die Unfähigkeit der US-Amerikaner, sich mit Reformversuchen in der Dritten Welt abzufinden und statt dessen Destabilisierungskriege zu inszenieren (Somalia-Krieg), das 42 Millionen starke „christliche" Land viel zu weit in das „feindliche Lager" drängte. Man hoffte durch ökonomische (EG-Kreditvergabe) und politische Umwerbungen (Äthiopienbesuch und Waffenlieferungsangebot des französischen Premiers Cheyson), das Land zurückzugewinnen (iz3w, Nov. 1982). Mehr noch, man mochte sich durch eine breite Berichterstattung über den Hunger in Äthiopien nicht unter den Druck einer moralischen Verpflichtung zur Hilfeleistung setzen lassen.

Aber jetzt? Was hat man noch durch negative Schlagzeilen über dieses Land zu verlieren? Angesichts einer so höchst unsozialistischen Politik des Ostens und der „marxistischen" Militärregierung Äthiopiens kann man weltpolitisch und ideologisch nur gewinnen: gewinnen in bezug auf eine bevorstehende Abstimmung über den Bau eines UNO-Konferenzzentrums in Äthiopien (darüber hat man doch im Westen nicht erst am Tage



der Abstimmung erfahren!), gewinnen auch in bezug auf den von der internationalen jüdischen Lobby finanzierten Entführungsplan der Falaschas, auf den an anderer Stelle noch eingegangen wird. Gewinnen aber vor allem in bezug auf den Ost-West-Konflikt und insbesondere auf den sich zuspitzenden Nord-Süd-Gegensatz.

Für die sowjetische Presse gibt es in Äthiopien keine Hungersnot

Und so wurde die „Äthiopisierung" der Berichterstattung über das gegenwärtige afrikanische Elend in den europäischen und amerikanischen Medien geboren. Diese Überlegungen der weltpolitisch nicht so gedankenlos funktionierenden Informationsmaschinerie waren der Grund für die große Medienaufmerksamkeit für die Hungernden in Äthiopien und nicht etwa irgendeine Lobby oder die demographische Größe der Dürreregionen in diesem Land. Wenn die Herrschenden streiten, profitieren manchmal die Kleinen. Aber nur manchmal. Ansonsten sind sie für die Mächtigen nur Mittel zum Zweck der Kriegsführung.

Und in der Tat ist die Katastrophe in Äthiopien vielleicht die größte Waffe, die dem Westen aus Afrika für seine Ost-West-Propaganda in die Hände fiel. Der Osten wußte selbstverständlich, daß Äthiopien eine Dürreperiode durchlebte und sich eine Hungerkatastrophe schrecklichen Ausmaßes anbahnte. In der gesamten sowjetischen Bericherstattung über Äthiopien war jedoch davon nicht die geringste Rede. Im Gegenteil, in den sowjetischen Medien wurde selbst während der traurigen Monate des Sommers 1984 nur euphorisch über die „Zunahme von Produktionskapazitäten in Industrie und Landwirtschaft", über den vollständigen Sieg über die „innere und äußere Reaktion", über die Vorbereitung und Gründung einer „marxistisch-leninistischen" Partei, über die zuversichtliche Zukunft des „sozialistischen", afrikanischen Bruderlandes berichtet. Keine einzige Zeile über die Hunderttausenden von Bauern, die in ihren verlassenen Dörfern und in den Sammellagern auf den Tod warteten. Währenddessen wurde die Errichtung einer Lenin-Statue mit sowjetischer Hilfe in Addis Abeba als Symbol des proletarischen Internationalismus gefeiert. 15 Millionen DM sowjetische Hilfe wurden für den Bau eines riesigen Gewerkschaftshauses, ein Symbol der „Bruderschaft" zwischen den Werktätigen Äthiopiens und der sowjetunion, zur Verfügung gestellt. Soforthilfemaßnahmen der „Arbeiter- und Bauernrepublik" für die Rettung vom Hungertod bedrohter Bauern gab es jedoch nicht. Und warum sollte die Sowjetunion auch? Gemäß der Logik des „Größten Einflußes" mit dem minimalsten Aufwand ist für eine Großmacht



Großzügigkeit nicht angebracht. Auch der Westen verschweigt die Hungerskatastrophe in seinen Peripherien. Warum sollte es der Osten dem Westen nicht gleichtun?

Als die westlichen Medien Anfang Oktober mit ihrem Propaganda-Schachzug der Äthiopisierung der Hungerberichterstattung begannen, muß der Propagandaapparat des Ostens in Panik geraten sein. Sie konnten die Tatsache einer Hungersnot in dem sich als Teil der östlichen Peripherie entwickelnden „sozialistischen" Äthiopien nicht abstreiten. Dem hätte die äthiopische Regierung durch die Entsendung zahlreicher Delegationen in die westlichen Hauptstädte und UNO-Organisationen, mit dem Auftrag, hier um sofortige Hilfsmaßnahmen zu bitten, selbst widersprochen. Die Sowjetunion konnte nur noch argumentieren, daß neben Äthiopien auch zahlreiche andere afrikanische Staaten von Dürre und Hungersnot betroffen seien — so wie es Staatschef Tschernenko Anfang Oktober 1984 verlauten ließ. „Wie bitte", kommentierte die britische BBC am gleichen Tag sinngemäß: „Wieso weiß die Sowjetunion von all' dem Elend und leistet keine humanitäre Hilfe? Es ist doch gleich, wo die Menschen Hungers sterben, sei es in einem sozialistischen oder kapitalistischen Land!" Die Sowjets müssen sich bei diesem Propaganda-Schachzug des Westens an die Wand gestellt gefühlt haben. Anscheinend verstanden sie, daß ihre Argumentation zur Selbstentlastung sie in eine moralische Pflicht stellen würde, noch größere Soforthilfe in Afrika zu leisten. Bald ließen sie dieses Argument fallen und gaben ihre Hilfsmaßnahmen in Äthiopien bekannt und damit war der Vorhang zu.

Es muß auch in bezug auf die Zukunft noch einmal mit Nachdruck gesagt werden, daß die äthiopische Regierung und ihre Verbündeten an erster Stelle für die **Nicht-Verhinderung** der Tragödie verantwortlich sind. Die strukturellen Ursachen für die Wirtschafts- und Ökologiekrise und damit der gegenwärtigen Hungerkatastrophe in Afrika einschließlich Äthiopiens sind allerdings in einem ganz anderen Zusammenhang zu sehen. Gerade im Hinblick auf diese andere Problemdimension, die auch als „Afrikanisch-europäischer Gegensatz" oder allgemein als „Nord-Süd-Gegensatz" bekannt ist, kommt der neueren Informationspolitik ihre wichtige Bedeutung zu.

Die Verantwortung des Nordens

Mit der Äthiopisierung der Hungerberichterstattung sollte eine doppelte Verantwortung des Nordens aus der Welt geschaffen oder zumindest weit im Hintergrund gehalten werden.

Erstens: Daß die Dürre und Verwüstung in Afrika genau wie andere ökologische Krisen anderswo nicht bloß eine plötzliche Naturkatastrophe ist, sondern jahrzehnte-, ja jahrhundertelang akkumulierte wirtschaftliche und sozio-kulturelle Ursachen wie Überweidung, Abholzung etc. haben, ist inzwischen allgemein bekannt. Weniger bekannt ist allerdings, durch welche gesellschaftlichen und historischen Prozesse diese Entwicklung konkret zu erklären ist. Dabei fällt einem auf, daß die ökologische Krise Afrikas genau wie jene Europas mit der Industrialisierungsgeschichte des Abendlandes engstens verbunden ist. 400 Jahre nach der „Zivilisierung" durch Europa, 100 Jahre nach der Berliner Kongo-Konferenz und der Aufteilung des Kontinents, zwei Jahrzehnte nach einer „Unabhängigkeit", in der nichts anderes als „freie Marktwirtschaft" praktiziert und nichts anderes als „freiheitliche Demokratie" geträumt werden durfte (Sturz Lumumbas, Sturz Nkrumahs, etc), stellen sich notgedrungen folgende Fragen:

Das afrikanische Elend — ist es nicht eine schreiende Anklage an das europäische Herrschaftszeitalter, das durch die Zerstörung der Lebensgrundlagen der restlichen Welt, z.B. die Zerstörung der traditionellen Nahrungsmittelproduktion in Afrika, aufgebaut worden ist? Was sind die Konsequenzen einer weltweiten europäischen Herrschaft in einem Kontinent, wo die Völker zwar nicht wie anderswo physisch ausgerottet wurden, deren wirtschaftliche und sozio-kulturelle Entfremdung und Stagnation jedoch keinesgleichen auf der Welt hat (Sklavenhandel, Kriege, Ausplünderungen, etc)? Ist Afrika nicht ein Beispiel für die schrecklichen weltweiten Konsequenzen einer industriellen Zivilisation, der dieser Kontinent im Laufe von Jahrhunderten angeschlossen und untergeordnet worden ist?

Ein Berichterstattung über das ganze Ausmaß der Katastrophe von Mauretanien bis Südafrika hätte selbst den eindimensionalsten Medienkonsumenten dazu veranlaßt, zumindest eine Teilverantwortung Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens, etc anzuerkennen. Eine Darstellung des Elends in der ganzen Sahelzone hätte auf die größte Ökologiekrise der europäischen Weltherrschaft hingewiesen, also die direkten und indirekten Konsequenzen des Kolonialismus, der Zerstörung der Lebensgrundlage der zuvor mit ihrer Umwelt verhältnismäßig kreativ im Einklang lebenden Afrikaner. Nein, diesem in Europa so gut verdrängten und verharmlosten geschichtlichen Sachverhalt darf jetzt informationspolitisch keine weitere Beachtung geschenkt werden. In der Medienberichterstattung solte die Situation in der Sahelzone und im übrigen Afrika möglichst im Hintergrund gehalten werden. Dafür ist die Äthiopisierung der Hungerberichterstattung besonders gut geeignet.

Zweitens: Für die gegenwärtige Hungerskatastrophe in Afrika ist die Dürre nur ein Auslöser, nicht aber die Ursache. Wer weiß schon, daß in Äthiopien nur 15 % der 69 % landwirtschaftlich nutzbarer Fläche bearbeitet werden; im Durchschnitt sind es in Afrika nur 22 %. Die afrikanische Katastrophe ist vielmehr ein trauriges Zeugnis für eine Weltwirtschaftsordnung, die grob vereinfacht den folgenden Inhalt hat: Auf „nationaler" Ebene produzieren die Millionen Bauern für die grenzenlosen Luxusbedürfnisse einer kleinen Konsumenten- und Herrschaftsschicht, die man allgemein „Elite" nennte. Auf internationaler Ebene produzieren die Ärmsten Afrikas (und auch Lateinamerikas und Asiens) Rohstoffe und Cash-Crops wie Kakao, Erdnüsse, Bananen, etc. für die Industrieländer.

Der verhängnisvolle historische Prozeß der Unterentwicklung im Süden, der einhergeht mit der (Fehl-)Entwicklung im Norden, mündet direkt in die momentane Weltwirtschaftskrise, die eine strukturelle Krise ist und die sich in Nord und Süd unterschiedlich auswirkt. Sinkende Preise für Rohstoffe und cash-crops, steigende Preise für Industrieprodukte und eine hor-

rende Hochzinspolitik schreiben „die Entwicklung der Unterentwicklung" und damit der Armut und des Hungers fort. Diese Ursachen und Zusammenhänge der weltweiten Krise zu verschweigen und zu verschleiern, das ist die momentane Hauptaufgabe der vom industriellen Norden beherrschten internationalen Informationsordnung. Bloß nicht sich selbst auf die Anklagebank setzen, heißt die Devise.

Und dafür ist Äthiopien wiederum gut. Äthiopien folgt doch einem feindlichen Wirtschaftsmodell. Die Katastrophe kann man als das Ergebnis einer marxistischen Mißwirtschaft darstellen. Das bewahrte Weltbild ist wieder bestätigt. An allem ist auch in Afrika der Sozialismus schuld. Für die Katastrophe sind verstaatlichte Industrien und Banken sowie die kollektive Bodenbewirtschaftung verantwortlich. „Wer verbissen auf marxistisch-sozialistische Modelle setzt, darf die enttäuschenden Ergebnisse nicht... dem Weltmarkt ankreiden", schreibt selbst das liberale Wochenblatt „Die Zeit", auf Mozambik und Äthiopien anspielend (25.1.85). Dem Leser wird natürlich dabei verschwiegen, daß nicht nur das koloniale Mozambik, sonder auch Äthiopien, dessen archaische Feudalverhältnisse an Bodeneigentum und Produktion nur dank der Eingliederung in den Weltmarkt jahrzehntelang „lebensfähig" waren, bis vor acht Jahren fest auf das freie Marktwirtschaftsmodell gesetzt hatten. Ebenfalls wichtig: an dem Phänomen „Marxismus" in der Dritten Welt und insbesondere in Afrika wird gewiß noch viel auszusetzen sein. Aber man sollte auch fairerweise die Frage stellen, warum der „Marxismus" woanders (China, Nordkorea) dazu fähig ist, innerhalb von etwa 30 Jahren Überschüsse an Lebensmitteln zu produzieren und durch gerechtere Verteilung den Hunger abzuschaffen? Welche „freie Marktwirtschaft" in der Dritten Welt kann so etwas von sich behaupten?

Natürlich räumt dieser informationspolitische Schachzug keinen Platz für ähnlich differenzierte Fragen ein. Es geht dabei vielmehr darum, die strukturelle Schuld so weit wie möglich von sich wegzuschieben. Keine Selbstbelastung, sondern Mitleid über eine „fernes" Elend und damit die Demonstration von Scheinheiligkeit der Mächtigen — vom Täter zum Wohltäter also.

Der legendäre UNO-Konferenzraum

Mit welchen Halbwahrheiten und geradezu unzutreffenden Meldungen die Äthiopisierung der Hungerberichterstattung Tag für Tag sensationell wachgehalten und für welche versteckten politischen Zwecke sie mißbraucht wird, verdeutlichen folgende Beispiele:

Beispiel 1: Inmitten der Katastrophenmeldungen aus Äthiopien regte sich die gesamte Informationsindustrie darüber



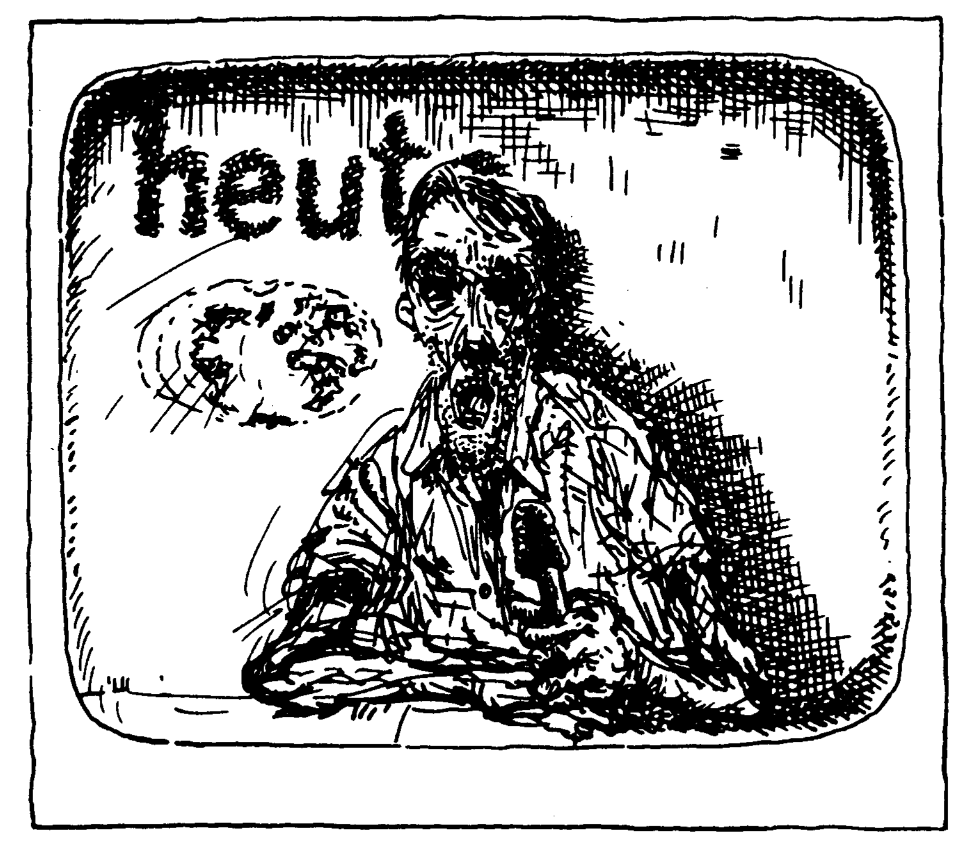
auf, daß gerade in diesem Land ein — fast eine Viertel Milliarde DM kostendes — UNO-Konferenzzentrum gebaut werden soll. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtet über den Beschluß als „eine Fehlentscheidung im Kampf ums Überleben in Afrika" (22.12.84). Als „wachsende Welle von Kritik" betitelt der Kölner Stadtanzeiger seinen Bericht (24.12.84) bei der Meldung dieses UNO-Beschlusses. Wieso eigentlich diese Bestürzung? Wie soll man dieses Entsetzen der Informationsindustrie verstehen?

Als eine Stellungsnahme moralischer Art?

Dafür wurde ein Zusammenhang zwischen Hunger in Nordäthiopien und dem Bau eines so teuren Konferenzzentrums in Addis Abeba hergestellt. Ändert es konkret für die Hungernden in Äthiopien wirkliche etwas, wenn dieses Zentrum in New Dehli, in Bogota oder in Nairobi gebaut werden würde? Ein UNO-Botschafter der Reagan-Administration, ein Schwarzer übrigens, erschien auf dem Bildschirm und argumentierte moralisch, daß dieser UNO-Beschluß „eine Beleidigung für die Hungernden in Äthiopien" sei. Ein äthiopischer Regierungssprecher hätte zwar auch zynisch, aber nicht weniger moralisch überzeugend, entgegenhalten können, daß der Bau dieses von der UNO finanzierten Konferenzzentrums für die Bekämpfung der Hungerkatastrophe schwer benötigte Devisen und, ja, Arbeitsplätze bringen wird.

Oder doch als eine Stellungnahme entwicklungspolitischer Art?

Auch dafür wurde ein Zusammenhang zwischen Unterentwicklung und Prestigegebäuden in Afrika und in der Dritten Welt allgemein konstruiert. Das „Badische Tageblatt" schreibt (22.12.84): „In der Dritten Welt gibt es nach wie vor zu viele — entwicklungspolitisch unsinnige — Prestigeobjekte. Das geplante UNO-Kongreßzentrum im Hungerland Äthio-



pien ist nur ein skandalöses Beispiel dafür". Die Verschwendung von für die Entwicklung benötigten Ressourcen durch häßliche Betonierung von durch Slums umgebenen „modernen" Städten und Stadtzentren in der Dritten Welt, von Sao Paulo bis Addis Abeba, mag ein wichtiges Thema für kritische Leute innerhalb ihrer entwicklungspolitischen Diskussion sein. Und dabei ist diese Baupolitik eine Konsequenz der Strukturen der Unterentwicklung, nicht eine Ursache. Aber warum diese Aufregung der Informationsindustrie des Westens, dessen Bauindustrie nur zu gerne Aufträge zum Bau solcher Gebäude in der Dritten Welt aufnimmt und sogar dazu drängt? Nein, dies ist keine Entschädigung für ein Unrecht durch ein anderes. Es ist vielmehr ein Hinweis darauf, wie bestimmte scheinbare Zusammenhänge und Kurzschlüsse in bezug auf eine Selektion von Ländern, in selektierten Zeiten von den Medien hergestellt und für tagespolitische Zwecke mißbraucht werden.

Sicherlich hat man, wie schon eingangs erwähnt, in London und in Washington nicht erst am Tage der UNO-Abstimmung darüber gewußt, daß ein riesiges Konferenzzentrum außerhalb New Yorks, in Addis Abeba gebaut werden sollte. Bekanntlich sind solche von internationalen Organisationen finanzierte, „Devisen, Arbeitsplätze und weltweites Ansehen bringende" Einrichtungen Geschenke, die die Dritte-Welt-Länder von den in solchen Organisationen einflußreichen Industrieländern für ihr Wohlverhalten und ihre Prestigebedürftigkeit bekommen. Gut, in Bamako ja, in Lima ja, in Nairobi vielleicht ja, aber in Addis Abeba? Soll dieses angeblich fest in den Ostblock verankerte antiwestliche Land durch den Bau eines internationalen Konferenzzentrums noch aufgewertet werden? Man hat gehofft, durch die äthiopisierte Berichterstattung über die Hungerkatastrophe in Afrika die UNO-Entscheidung beeinflussen zu können. Das Scheitern dieses Vorhabens war der wahre Grund für die Medienaufregung, die außerdem von den wichtigsten Strukturfragen der Hungerdiskussion ablenken sollte.

Die Umsiedlung der Falaschas

Beispiel 2: Dieser Aufregung folgte der Medienjubel über den „mutigen" und „zutiefst humanitären" Akt Israels, das seine in Afrika verlorengegangenen Blutsbrüder vor dem Hungertod rettete. **„Evakuierung** äthiopischer Juden" nannte der Berliner Tagesspiegel diese Aktion (5.1.85). Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (5.1.85) bezeichnete sie als „Rettung äthiopischer Juden vor Hungertod und Diskriminierung". Die „humanitäre Bedeutung der Rettungsaktion" (FR, 7.1.85) wurde durchgehend von den Medien gefeiert.

Dabei weiß der Leser sicherlich nicht, daß diese arrogante Entführungsaktion der Falaschas aus Äthiopien in keinem Zusammenhang mit der Hungerkatastrophe im Norden des Landes steht. Die Frage, ob die Falaschas wirklich den „irgendwo in Afrika verlorengegangenen zehnten Stamm" darstellen, gehört nicht hierher. Die Falaschas stellen jedoch im Vielvölkerstaat Äthiopiens seit Menschengedenken ein stolzes Bauern- und Handwerkervolk, das in einer entlegenen Bergregion im Nordwesten lebt, - nicht besser, aber auch nicht viel schlechter als andere zahlenmäßig kleinere oder größere Völker des Landes. Für die Frage, was und wo der heutige Staat Israel ist, interessierten sich die Falaschas genausoviel wie ein guatemaltekischer Bauer für den Kölner Dom.

Der Staat Israel interessierte sich jedoch durchaus für die Falaschas. Im Rahmen seiner Menschensuche für Ansiedlungen in den okkupierten arabischen Gebieten hat er sich bereits während der Herrschaft H. Selassies darum bemüht, die Falaschas aus Äthiopien freizukaufen. Aber selbst im feudalen Äthiopien gab es so etwas wie Scham gegenüber einem solchen Menschenhandel. Die Haltung H. Selassies war negativ. Und gegen die Zustimmung des Monarchen, der im Westen soviel Bewunderung und Prestige hatte, konnte Israel nichts unternehmen.

Als aber die jetzige Militärregierung an die Macht kam und wegen ihrer autoritären Brutalität (Ermordung von Tausenden Oppositioneller) und Unwilligkeit zur politischen Lösung des Nationalitätensproblems eine anfänglich vom ganzen Volk getragene Revolution kopf- und herzlos machte, und sich damit von der kritischen Weltöffentlichkeit isolierte, sahen die Israelis ihre Stunde kommen. Mindestens seit sieben Jahren (Africa Now, Febr.1985), also lange vor der Hungerkatastrophe planten sie ihre „Aktion Moses". Ich kann nicht sagen, ob die Militärführer oder zumindest einige von ihnen von diesem Vorhaben gewußt hatten. Wer aber in diesem schmutzigen Vertreibungsspiel der Falaschas mitgemacht hat, läßt sich leicht vermuten, wenn man ein paar Tage nach dem Sensationscoup, zwar kleingedruckt, aber immerhin im Tagesspiegel (6.1.85) liest, „die Regierung in Addis Abeba habe keinerlei Möglichkkeit, den Exodus (der Falaschas,G.B.) zu unterbrechen oder zu behindern, da das Gebiet völlig von einer Befreiungsfront beherrscht werde". Und noch wichtiger: „Der Flüchtlingsstrom der äthiopischen Juden (ist) keine unmittelbare Folge der im Land herrschenden Hungerkatastrophe. Schon in den 60er und 70er Jahren hätten amerikanische und israelische Juden Kontakte zu ihren Gleubensbrüdern im äthiopischen Hochland geknüpft und ihnen nahegelegt, nach Palästina auszuwandern" (Ts. 6.1.85) und das Erste, was diese Menschen im „gelobten" Land lernen: schießen (DVZ, 11.1.85)

Eine zynische Welt!

Kein Zusammenhang also zwischen der Hungerkatastrophe und der „Entführungs der Falaschas". Dieser Zusammenhang wurde vielmehr von der Informationsindustrie hergestellt, um die Entführungsaktion der Israelis zu legitimieren, wie auch, die Äthiopisierung der Hungerberichterstattung aus Afrika sensationell fortsetzen zu können.

Eine Belagerungsideologie

Ist schon alles zu spät? Ist der informationspolitische Schachzug schon zu Ende?

Wahrlich nicht! Man muß sogar leider sagen, daß die Politik mit dem Hunger in Afrika und in der Dritten Welt überhaupt gerade erst begonnen hat. Das Wichtigste der neueren Informationspolitik des Nordens ist nicht seine Selbstentlastungskunst. Noch wichtiger ist eine neue Entwicklung, die ich als den Übergang von der schuldbewußteren Entwicklungshilfeideologie zu einer zukunftsträchtigen Belagerungsideologie, als Mittel zum Management der zunehmenden Krise in Afrika bezeichnen möchte. Nach der Verklärung der Ursachen folgen die irreführenden Lösungskonzepte. Wie stellt sich die Zukunft in Afrika dar?

Hier einige Daten über die Dimension der afrikanischen Krise aus den Wirtschaftsprognosen für die kommende Dekade: Laut jüngstem Bericht der UNO-Wirtschaftskommission für Afrika (ECA) wird wegen des gewaltigen Schuldenberges von über 450 Milliarden DM (!) der Schuldendienst Afrikas südlich der Sahara bis 1987 von 6,9 Milliarden DM 1982 auf 24 Milliarden DM pro Jahr ansteigen. Als Folge wird der Netto-Kapitalzufluß von 33 Milliarden DM auf 15 Milliarden DM jährlich zurückgehen (Die Welt, 6.1.85).

Die verheerenden sozialen Konsequenzen dieser Perspektive kann man sich selber ausdenken. An einer anderen Stelle des oben zitierten Berichtes wird folgendes konstatiert: In den kommenden zehn Jahren wird ein weiteres Absinken (!) des Pro-Kopf-Einkommens erwartet. 1995 werden bis zu 80 % der Afrikaner südlich der Sahara unter der Armutsgrenze leben. Zur Zeit sind es 60 % ....

Eine UNTER-Entwicklung im wahrsten Sinne des Wortes! Und dabei muß Afrika sich noch der schwierigen Aufgabe der Erosionsbekämpfung, der Bodenrehabilitierung und der Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichtes stellen.... Kann man in Afrika noch auf die Verbesserung von menschlichem Leben hoffen, zumindest innerhalb derselben Wirtschaftsstrukturen, gemäß denen auf dem Kontinent seit einigen Jahrhunderten gewirtschaftet wird?
wird?

Eben diese Krise soll gemanagt und Afrika in einen Belagerungszustand versetzt werden. „Nicht mehr Entwicklung, sondern 'Rettung des Bestehenden' heißt die Devise", wird wieder schlagzeilenmäßig informiert unter dem Titel „Afrika vor dem Wiederaufbau" (TS, 27.1.85). Auch ein abwägiger Vorschlag über einen „Marshallplan" für Afrika macht große Schlagzeilen (FR.28.1.85). Wer soll wen eigentlich für welche Zwecke mit dem Marshall-Plan entwickeln? Und das in einer Zeit, wo „Food cards" für Arbeitslose weggestrichen und Rüstungsausgaben astronomisch erhöht werden. Die wahren Tendenzen verweisen vielmehr in eine andere Richtung.

Der US-Staatssekretär für Landwirtschaft, John Block, sagt: „Für die nächsten 20 Jahre können Lebensmittel unsere wichtigste Waffe sein". Jesse Helms, ein prominenter Republikaner, ist noch direkter: „Lebensmittelexporte werden wahrscheinlich die Haupthebel unserer Außenpolitik sein" (Africa Now, Dez. 1984)

Wie der Nahrungsmittelüberschuß des Nordens (Europa, Nordamerika) im Süden und insbesondere in Afrika politisch und ökonomisch ein- bzw. abgesetzt wird, hat schon „Natur" in ihrer Februar-Ausgabe aufgezeigt. Hier genügt darauf hinzuweisen, daß schon in „normalen" Zeiten viele afrikanische Länder den überwiegenden Teil ihres Lebensmittelbedarfs nicht mehr selber decken können, sondern aus der EG, Kanada und USA importieren müssen. Im Senegal, in Mali und Somalia ist dies z.B. über 50 %.

Als eine weitere konkrete Komponente der Belagerungsideologie scheint das sterile Dogma von der „freien Marktwirtschaft" in Bezug auf Afrika neuen Zulauf zu bekommen. Der Spiegel behauptet besseren Wissens, daß in Afrika die marktwirtschaftlich orientierten Länder wie Kenia vorbildlich seien. Weiß der Spiegel wirklich nicht, daß das ganze Turkana-Volk im Norden des Landes seit fast zehn Jahren in einem völlig ausgetrockneten Gebiet als Almosenempfänger von nordamerikanischen Getreidelieferungen apathisch dahinvegetieren? Und das abgesehen von den übrigen wirtschaftlichen und sozialen Problemen, die 1982 zu einem vom Volk bejubelten linkspopulistischen Putschversuches führten.

Nichtdestotrotz folgen den Hilfsgütern Delegationen aus der Weltbank, dem IWF und den Geberländern mit ihren „Ratschlägen". „Freie Marktwirtschaft ist gut!", heißt die wiedergeborene Utopie der Belagerungsideologie. Ja, einen Zukkenkranken will man mit Schokolade kurieren. Die Weltbank schreibt den Regierungen Afrikas schlicht und einfach vor, „Privatinvestitionen sind zu erleichtern" (TS, 27.1.85).

Eine weitere Komponente der Belagerungsideologie ist die schon seit Ende der 70er Jahre — also zu einem früheren Zeitpunkt der afrikanischen Krise — bemerkbar, aber heute noch lauter gewordene argumentative Legitimierung für offene ausländische Interventionen. Diese gefährliche Wende führt vordergründig die Krisenzustände in Afrika auf Korruption, Bürokratismus und wirtschaftliche Inkompetenz der jeweiligen Regierungen zurück, wobei die tieferen Wurzeln für diese in vielen Fällen auch zutreffenden Begleiterscheinungen der Unterentwicklung nicht zur Sprache kommen. „Mit den katastrophalen Ergebnissen der eigenen Politik konfrontiert, weigern sie (die afrikanischen Regierungen, G.B.) sich unter Berufung auf ihre staatliche Souverenität noch immer, den Tatsachen ins Auge zu sehen und daraus Konsequenzen zu ziehen", schreibt die 'Hannoversche Allgemeine Zeitung' (4.12.84)

Für eine kritische Weltöffentlichkeit

Afrika steht also an einem Scheideweg. Die gegenwärtige Krise hat tiefe Ursachen, die weder mit östlichen zentralstaatlichen noch mit westlichen freiemarktwirtschaftlichen Dogmen überwindbar sind. Gewiß, über eine jenseits dieser beiden Dogmen den historischen Gegebenheiten und sozio-kulturellen Besonderheiten afrikanischer Gesellschaften Rechnung tragendes Entwicklungskonzept wird auch in Zukunft nachzudenken sein. Dennoch werden bereits heute sowohl innerhalb wie außerhalb Afrikas wichtige Ansätze entwickelt, die die agrarwirtschaftliche Zukunft in bezug auf „von unten" getragene Produktions- und Verteilungskollektive wie kleinbäuerliche Bewirtschaftungen zu definieren versuchen. Dies setzt notwendigerweise radikale Agrarreformen voraus, die schon in einigen Ländern wie beispielsweise in Mozambik verwirklicht worden sind. Die kritische Weltöffentlichkeit kann zur Überwindung der afrikanischen Krise einen enormen Beitrag leisten, indem sie solche Entwicklungsansätze aufgreift und deren praktische Umsetzungsversuche in den verschiedenen Ländern Afrikas unterstützt.

Zugleich sollte die kritische Weltöffentlichkeit nicht zulassen, daß der zentrale Zusammenhang zwischen der bestehenden Weltwirtschaftsordnung und der Unterentwicklung verschleiert und damit Afrika zu einem Kontinent im Ausnahmezustand erklärt wird mit dementsprechenden politischen Handlungen. Die Forderung der Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung braucht eine wirksame Unterstützung, heute mehr denn je. Zur Entwicklung und Durchsetzung dieser Forderung kann und sollte man hier und heute an das Interesse knüpfen, das bei breiten Teilen der Bevölkerung für das Problem 'Afrika' überhaupt geweckt worden ist — ein Nebenprodukt des neueren Afrika-Interesses. Dieses Interesse kann zwar wegen der stereotypischen Darstellungsformeln der Misere leicht in eine „bloß-nicht-wieder-Afrika" Haltung umschlagen, aber zur Zeit ist ein „backfire"-Effekt hinsichtlich der Verklärungsformeln der Medien zu beobachten.

Getinet Belay

„Wir sind weder Bettler noch Schweine!"

Interview mit dem brasilianischen Bischof M. Fragoso

Der Nordosten Brasiliens gilt gemeinhin als eine Hungerregion. Doch auch dort ist die Dürre nur **eine** der Ursachen des Hungers. Die verhungernden Menschen sind den Massenmedien lediglich in den Jahren extremer Dürre eine Nachricht wert; die jahrelange, strukturelle Mangel- und Unterernährung sowie ihre Ursachen sind für sie weit weniger interessant.

Von 1970 bis 1981 nahm die landwirtschaftliche Produktion Brasiliens um 72 % zu. Der durchschnittliche Kalorienkonsum ist jedoch bei 2.530 Kalorien pro Person und Tag stehengeblieben. Im Nordosten Brasiliens nahm die Anbaufläche für Zuckerrohr zwischen 1970 und 1981 um 64 % zu: produziert wird für den Export oder für die Herstellung von Äthanol zum Betrieb von Kraftfahrzeugen. Die Anbaufläche für schwarze Bohnen, das traditionelle Grundnahrungsmittel der Brasilianer, nimmt ab: die arme Bevölkerung verfügt nicht über genügend Kaufkraft, um mit den reicheren Abnehmern anderer landwirtschaftlicher Produkte konkurrieren zu können.

Um die Ernährungslücke zu schließen, wird Brasilien mehr und mehr von kommerziellen Getreideimporten und von Nahrungsmittelhilfe abhängig. 1980 wurden 6.7 Mio t Getreide importiert. Importe müssen bezahlt werden: folglich wird der Zwang zu verstärkten (landwirtschaftlichen) Exporten immer größer.

So ist Brasilien der zweitgrößte Exporteur landwirtschaftlicher Produkte und dennoch hungern (verhungern) Millionen seiner Bewohner. Die Bevölkerung wird das Recht auf Nahrung, das Recht sich selbst zu ernähren, genommen.

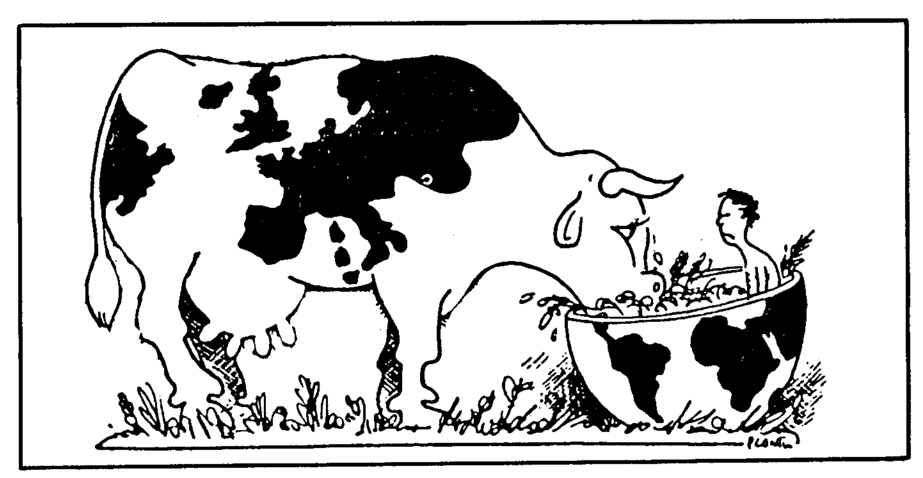
Das folgende Interview über Ursachen und Auswirkungen des Hungers und der Nahrungsmittelhilfe im brasilianischen Nordosten führte Olivier Colombani (Frères des Hommes Paris) im November 1983 mit dem Bischof von Cratéus (Nordost-Brasilien), Monsignore Fragoso. Es wurde im Rahmen der Kampagne „Für das Recht der Völker sich selbst zu ernähren" (vgl. blätter des iz3w Nr. 123 S. 54f) veröffentlicht (Quelle: Une Seule Terre No. 39, S. 14ff, Frères des Hommes, Versailles).

Olivier Colombani: Die Dürre verursacht erneut ernste Probleme im Nordosten Brasiliens. Was ist ihre Meinung dazu?

Dom Fragoso: Ich denke, daß das Problem nicht der Nordosten Brasiliens ist. Das Problem ist, daß der Süden der Menschheit gewaltsam vom Norden der Menschheit ausgebeutet wird. Josué de Castro sagte vor 12 Jahren, daß die Weltproduktion an Proteinen bei weitem ausreichen würde, um alle Völker der Welt zu ernähren. Aber der größte Teil der verfügbaren Nahrungsmittel wird von der kleinen Minderheit der reichen Länder konsumiert und verschwendet. Aus diesem Grunde verfügt die Mehrheit der Völker der armen Länder nicht über das zur Ernährung notwendige Minimum an Kalorien und Proteinen. Aus diesem Grunde weitet sich der Hunger in der Dritten Welt immer mehr aus. Auch im Nordosten Brasiliens, da unsere Region ein Teil der Dritten Welt ist.

O. C.: Aber in diesem Augenblick gibt es Männer, Frauen und Kinder, die hungern...

D. F.: Das Grundproblem ist ein Problem der Gerechtigkeit in der Verteilung der Güter. Wir wollen eine Sozialisierung der Ernährung und nicht ein kleines Almosen für die „flagellados", die verhungernden Armen. Aus diesem Grunde habe ich keinerlei Verlangen danach, irgendeine Nahrungsmittelhilfe-Kampagne anzuregen. Dennoch verstehe ich: es gibt Menschen ohne kritisches Bewußtsein der Situation; sie fühlen sich in keiner Weise verantwortlich für die Ausbeutung der Dritten Welt. Für sie besteht die einzige Möglichkeit brüderlichen Verhaltens darin, ein bißchen Nahrung zu schicken. Ich verstehe dies. Es kann einen pädagogischen Wert haben. Aber dies ist ein Beruhigungsmittel. Es geht nicht an die Wurzeln des Problems und ist keine Lösung.



O. C.: Was halten Sie von der Nahrungsmittelhilfe?

D. F.: Wenn die Länder, die uns ausbeuten, unsere Rohstoffe, Kalorien und Proteine an sich reißen und uns nur Krümel übriglassen, uns mit einem Nahrungsmittel-Programm zu Hilfe kommen, so ist dies eine Beleidigung und eine Kränkung unserer Würde. Wir sind menschliche Wesen (gente). Aus diesem Grunde denke ich, daß man die Nahrungsmittel-Kampagnen bremsen muß. Das, was wir brauchen, ist das Beste unseres Verstandes und unserer Kämpfe, um die strukturellen und ideologischen Beziehungen zwischen dem Norden und dem Süden zu ändern; damit es genügend Kalorien und Proteine auf allen Tischen der Welt gibt.

O. C.: Die Leute im Norden denken, daß diese Überlegungen berechtigt sein können. Aber sie befassen sich mit Nahrungsmittelhilfe, weil es einen Notfall gibt: Millionen von Bewohnern des Nordostens werden als Opfer der Dürre sterben, wenn man ihnen nicht innerhalb sehr kurzer Zeit hilft...

D. F.: Ich unterscheide die Absichten von den Tatsachen. Die Absichten unserer europäischen Brüder, die Nahrungsmittelhilfe-Kampagnen organisieren, um denen zu helfen, die im Nordosten oder anderswo auf der Welt verhungern, sind brüder-

liche und edle Absichten. Sie verdienen von unserer Seite Große Anerkennung und Dankbarkeit. Aber die Absichten verändern nicht die Strukturen und die ökonomischen Beziehungen auf der Welt. Das Problem sind nicht die Absichten. Es handelt sich um ein strukturelles Problem. In diesem Sinne ist es notwendig, eine radikale Veränderung der internationalen Strukturen zu organisieren, und ebenso in Brasilien selbst.

Ich nehme den Fall von Mutter Teresa aus Kalkutta. Sie ist eine der Frauen, die am meisten bewundert werden und über die man am meisten spricht in der Welt der Mittel- und Oberschichten in allen Ländern der Erde. Ich erinnere mich an einen eucharistischen Kongreß in Philadelphia, wo es einen Beifallssturm von über eine Viertelstunde von allen Teilen der Zuhörerschaft gab, als Mutter Teresa das Wort ergriff. Mutter Teresa erhält Auszeichnungen von Repräsentanten der größten Wirtschaftsmächte der Welt. Man verspürt für sie eine große Sympathie wegen ihrer Liebe für die Sterbenden in den Straßen Kalkuttas und anderswo in der Welt. Aber Mutter Teresa scheint eine sehr ernste Sache nicht wahrgenommen zu haben, nämlich daß die Sterbenden ein Ereignis sind; sie sind Produkt einer wirtschaftlichen Organisation der Gesellschaft, die ohne Unterbrechung Sterbende produziert. Mutter Teresa, die sich mit einer unermeßlichen Zärtlichkeit und einer großen schwesterlichen Liebe um die Sterbenden kümmert, um ihnen einen Ort zu geben, wo sie in Würde sterben können, vollbringt eine Arbeit, die Beifall verdient. Aber wenn sie vergißt, an die Wurzel des Problems zu gehen, handelt sie wie die Danaïden in der griechischen Mythologie: sie läßt die Fabrik intakt, die die Sterbenden produziert. Es ist vorrangig, dem Problem auf den Grund zu gehen... Deshalb sind es nicht die Nahrungsmittelhilfe-Kampagnen, die der Nordosten als Antwort erwartet. Unsere europäischen Brüder, bei aller Liebe, die sie für uns verspüren, dürfen dies nicht vergessen. Andernfalls werden wir morgen ihnen gegenüber tiefgehende Ressentiments empfinden, weil sie uns als Bettler behandelt haben, während wir ausgebeutet werden, während wir durch Plünderung und Konzentration der Nahrungsmacht in wenigen Händen verarmen. Und dies auf internationaler Ebene ebenso wie im Inneren Brasiliens.

O. C.: Der Nordosten erlebt nicht seine erste Dürre. Sie haben zahlreichen Nahrungsmittelhilfe-Kampagnen beigewohnt. Wie laufen diese ab?

D. F.: Man muß eine andere Frage stellen: warum hat man nichts getan, um der derzeitigen Situation vorzubeugen? In Crateús verteilt die Diözese keinerlei Nahrungsmittel; im Gegenteil, wir ermutigen alle Formen brüderlichen Teilens in der Schlichtheit. Wir können nicht akzeptieren, daß die Menschen unter sengender Sonne und von Hunger gequält Fußmärsche von 12 oder 18 km machen, um dann drei, vier Stunden zu warten, bevor sie Nahrungsmittel erhalten, die nur für drei oder vier Tage reichen, und daß sie sich dabei in Bettler verwandeln. Nein, dies sind würdevolle Menschen, die nur das Recht verlangen, ihr tägliches Brot im Schweiße ihres Angesichts verdienen zu können.

Wir sind gegen diese Nahrungsmittelhilfe-Kampagnen. Sie werden von privaten Clubs wie dem Lyon's Club oder dem Rotary Club durchgeführt. Auch die Bürgermeisterämter und die Armee sind daran beteiligt.

Nehmen wir den Fall des Bürgermeisteramtes. Wenn es eine Verteilung beschließt, verbreitet sich die Nachricht mit unglaublicher Schnelligkeit. Die Leute haben Hunger, die Kinder zuhause verlangen nach Essen. Alle gehen sie zum Rathaus. Dann wird die Polizei gerufen, die mit ihrem brutalen Vorgehen die Leute zwingt, eine Warteschlange zu bilden. Viele Frauen werden ohnmächtig. Es gab sogar welche, die in der Schlange Kinder zur Welt brachten. Eine von ihnen bekam Zwillinge. Der erste wurde in der Schlange, der zweite im Hospital geboren. Außerdem gibt es vom Hunger geschwächte Menschen, die sich elend fühlen, weil sie stundenlang in der Sonne stehen. Es ist hart, dies anzusehen.

Letztendlich gibt es nicht genug Nahrung für alle, kaum für die Hälfte von ihnen. Also entrüsten sich die anderen, sind frustriert; und in diesem Moment kommen sie auf den Gedanken, in einen Laden zu gehen und sich zu nehmen , was sie brauchen. Dies verhöhnt die Würde der Armen und provoziert ein Mißbehagen, das sich in Revolten verwandelt. So meine Eindrücke, die ich bei einer Nahrungsmittel-Verteilung durch das Bürgermeisteramt gesammelt habe.

O. C.: Und die Armee, wie geht sie die Dinge an?

D. F.: Die Armee verfügt über mehr Personal, sie sind bewaffnet, gehen planmäßig vor und fordern eine strenge Disziplin. Die Armee verlangt, daß man von weither zur Verteilung kommt. Oder sie schickt die Produkte zu den staatlichen Arbeitsprogrammen[1]: dort bekommen sie die Familienväter. Alle Säcke haben genau gleichen Inhalt, es gibt für jeden das Gleiche. Es herrscht viel Disziplin, aber es fehlt an Liebe. Wir sind aber mit Gefühlen ausgestattete Menschen: uns Zuneigung zu geben ist wichtiger als uns Nahrungsmittel zu geben. Wir sind keine Schweine. Die Schweine in ihrem Stall sind glücklich, wenn man ihnen Nahrung gibt. Wir nicht. Außer Nahrung wollen wir, daß man uns mit Würde und Respekt behandelt. Wir sind Menschen (gente). In diesem Punkt sind wir sehr empfindlich. Weil die Nahrungsmittel-Verteilungen erniedrigend sind, weil sie wirkungslos sind und weil sie nur ein Beruhigungsmittel darstellen, hat die Diözese beschlossen, solche Aktionen nicht durchzuführen. Stattdessen haben wir gerade drei Tage des Fastens und des Betens in der Diözese durchgeführt. Tausende von Menschen haben daran teilgenommen und auf Nahrung verzichtet, um sie denjenigen zu bringen, die nichts zu essen haben. Es gab sehr schöne Augenblicke. Dieses Teilen in seiner Einfachheit, Brüderlichkeit muß wiederholt werden. Immer öfter. Aber die Verteilung von Nahrungsmitteln, die von außerhalb kommen, ist für uns ein Unheil.

1 Von der öffentlichen Hand organisierte Baumaßnahmen mit hunderten von Arbeitern auf einer Baustelle. Häufig handelt es sich um Staudämme. Der Monatslohn beträgt ungefähr 15.000 Cruzeiros: gerade genug um für eine zehnköpfige Familie Nahrungsmittel für zwei oder drei Tage einzukaufen.





Rezensionen

Endlich ein Handbuch:

PESTIZIDE: Ex- & Import
Hrsg. Die Grünen im Bundestag/ AK Umwelt
Kölner Volksblatt Verlag, 1985

Fast ein Jahr nach dem zweitägigen Hearing über »Folgen des Pestizidexports« der Bundestagsfraktion der Grünen liegen die Ergebnisse dieses Hearings jetzt endlich vor. Dieses Hearing hat ja die öffentliche Debatte um Pestizideinsatz- und export in der BRD wesentlich verstärkt. Zahlreiche Beiträge zum Thema sind seither erschienen. Dennoch dürften die hier zusammengetragenen Aufsätze, die im wesentlichen von den auf dem Hearing gehörten Experten stammen, und die durchweg genau recherchiert und sorgfältig redigiert sind, zusammen eine Art Basislexikon für den an der Materie interessierten ergeben. Auf eine grundsätzliche kritische Analyse des biologischen und ökonomischen Nutzens des chemischen Pflanzenschutzes folgen drei sehr illustrative Beiträge über Brasilien, eines der Hauptanwendungsgebiete für Pestizide in der Dritten Welt, und folglich auch eines der Länder mit besonders erschreckenden Folgewirkungen. Ein Beitrag faßt in übersichtlicher Form die zahlreichen Gefährdungen des Pestizideinsatzes für die Anwender unter den Bedingungen zusammen, wie sie heute in den meisten tropischen Ländern vorherrschen. Am Beispiel der Futtermittel und der Muttermilch wird das Rückstandsproblem bei uns dargestellt. Zwei Beiträge befassen sich mit den rechtlichen Problemen des Pestizidexports (die Novellierung des Pflanzenschutzmittelgesetzes war ja der aktuelle Anlaß für das Hearing). Schließlich wird das internationale Pestizidaktionsnetzwerk PAN vorgestellt, dessen bundesdeutsche Sektion sich ja im Gefolge des Hearings gründete (vgl. iz3w 121, S. 10f).

Über die Dokumentation dieser Beiträge hinaus ist die sorgfältige Edition des ganzen Buches hervorzuheben. Eine sehr materialreiche Einleitung arbeitet auch die neuesten Entwicklungen im Bereich der Pestizidindustrie mit ein. Im Anhang findet sich ein präzises Glossar zur komplizierten Materie der Agrargifte, ferner ein Literaturverzeichnis, das nicht nur aktuell ist (auch Zeitschriftenaufsätze werden aufgeführt), sondern auch mit Bezugsquellen weiterhilft, und schließlich eine Liste von Gruppen und Organisationen (einschließlich der Chemiemultis) mit Adressen, die einschlägig sind. Diese sorgfältige Arbeit der Herausgeber war die lange Zeit, die bis zum Erscheinen des Bandes verstrichen ist, auf jeden Fall wert. Man vergleiche das Buch etwa mit dem kürzlich in der Reihe rororo-aktuell offenbar in größter Hast auf den Markt geworfenen Band (Hagersfors/Michelsen, Giftexport) zum gleichen Thema, der praktisch unbrauchbar ist.

Pestizide: Ex- & Import ist ein echtes Handbuch geworden, das gleichermaßen zum Einstieg wie zur Weiterarbeit an seiner wichtigen Thematik geeignet ist. Sein Preis ist volkstümlich.

Rainer Huhle

Lieb Abendland magst ruhig sein ....

Eine Gegenpolemik!

(Pascal Bruckner, Das Schluchzen des weißen Mannes: Europa und die Dritte Welt — eine Polemik. Berlin: Rotbuch Verlag 1984; 214 S., DM 18,—)

Vor einigen Jahren bemerkte Wolf Biermann einmal über die Linke in der Bundesrepublik, sie erinnere ihn an einen Flohzirkus, der sich für eine Gladiatorenveranstaltung halte. Das war damals auf die Endphase der „K-Gruppen-Kultur" und somit eine recht deutsche Erscheinung gemünzt, läßt sich aber auch auf ein Grundproblem der nach '68 entstandenen „Neuen Linken" insgesamt übertragen: auf die gewaltige Überschätzung der Möglichkeiten einer relativ kleinen gesellschaftlichen Gruppe, die Welt zu verändern, auf den maßlosen Umgang mit Geschichte und auf die immer wieder aufgetretene Neigung, den eigenen ideologischen Tellerrand für den Horizont der Weltgeschichte zu halten.

Seit rund einem Jahrzehnt rechnen einst dieser „Neuen Linken" zugehörige Intellektuelle schon mit ihr ab, wird die geistige Landschaft nicht nur in Frankreich und der Bundesrepublik vom „Kopfschrott" ehemals neulinker Theoriebildung gesäubert. Pascal Bruckners 1983 bei Editions du Seuil erschienene Polemik gegen den „tier mondisme" — eine der wenigen Bewegungen, die sich im Deutschen keinem -ismus zuordnen lassen — steht ganz in dieser Tradition aufräumender Kritik. Bruckner nimmt zwar die verschiedensten Formen der Idealisierung und Romantisierung der Dritten Welt aufs Korn, sein eigentliches Ziel ist jedoch die politische Solidaritätsbewegung mit Befreiungsbewegungen und antiimperialistischen Kämpfen in der Dritten Welt, die in den 60er und 70er Jahren ein wichtiges Standbein der „Neuen Linken" war, und der er sich selbst früher zugehörig fühlte: „Unsere Kritik ist zuallererst Selbstkritik" (S. 11).

Im Begriff des „tiers mondisme" verschmilzt dieser Adressat der politischen Selbstkritik allerdings mit einer Vielzahl anderer, auf die vielfältigste Weise auf die Dritte Welt ausgerichteten Bewegungen und Wahrnehmungsweisen, die nach Bruckner alle eines gemeinsam haben — die Verachtung derer, die sie zu bewundern oder zu unterstützen vorgeben: „In den hervorgekehrten Tugenden der Dritte-Welt-Anhänger die Ränke des bösen Willens aufspüren, die Sophismen der Eigenliebe, die Alibis des Egoismus und die List der Tartüfferie — darin besteht unser Vorhaben." (S. 11)

Auf gut 200 Seiten wird so die Schwärmerei europäischer Intellektueller für die edlen Wilden und die Suche westlicher Bürgerkinder nach den Quellen östlicher Weisheit abgehandelt, die Überflutung des Fernsehzuschauerns durch die Bilder des Elends aus der Dritten Welt ebenso wie die Kapitulation des europäischen Reisenden vor der Übermacht dieses Elends in den von ihm bereisten Ländern vorgeführt, die antiimperialistische Solidarität als ideologische Blauäugigkeit und das christlich motivierte Mitleiden mit den Hungernden als folgenlose Selbstbeschwichtigung bloßgestellt.

Ein großer aufklärerischer Rundumschlag also auf einem Gebiet, das Aufklärung dringend nötig hätte? Eine auf den Erfahrungen der letzten beiden Jahrzehnte aufbauende kritische Bilanz einer Begeisterung für die Dritte Welt und einer Idealisierung ihrer Bewohner, denen es an Irrationalismus wahrhaftig nicht mangelt? Nach einigen Seiten Lektüre schon stellen sich die ersten Zweifel ein.

Schuld daran ist vor allem die Sprache, in der sich die polemische Abrechnung vollzieht: sie macht mißtrauisch. Im Troß der Heerschar ironischer Spitzen, demaskierender Portraits und sarkasti-

scher Pointen, mit denen der Autor den Irrtümern „jener Handvoll Intellektueller und Lehrer", die den „tiers mondisme" ausgemacht haben (S. 10), zu Leibe rückt, marschieren nämlich auch historische Skizzen und philosphische Betrachtungen mit, die durch gladiatorenhafte Großspurigkeit schon von weitem auf sich aufmerksam machen:

„Es ist interessant herauszufinden, wie der Jargon und das Delirium **einer kleinen Gruppe** zur Wahrheit **vieler** werden konnte. Aufnahme und Erfolg der Aussagen der Dritte-Welt-Anhänger sind dafür aufschlußreich. Wenn **eine ganze Epoche** dieselben Illusionen hegt, kann nicht mehr bloß von Verblendung oder Verwirrung gesprochen werden. . ." (S. 11; m. Hervorh.)

Unter der Hand nimmt die Erstürmung des Flohzirkus so immer gewaltigere weltgeschichtliche Dimensionen an, bis sich schließlich „zwischen Apathie der Mehrheit und dem Masochismus der Dritte-Welt-Anhänger" ein neuer „dritter Weg" für „die Europäer" abzeichnet (S. 12), auf dem Bruckners kritische Heerscharen herrlichen Zeiten entgegenziehen: „der Eurozentrismus".

Begleiten wir die siegreiche Grande armée auf einer ihrer Kampagnen. Ihr erster Feldzug richtet sich — strategisch klug — gegen die Hauptfestung des Gegeners: die antiimperialistische Solidarität. Ihr schon etwas trotteliger alter Kommandant, ein gewisser Sartre, in besseren Zeiten einst stolzer Befehlshaber „einer riesigen Kriegsmaschinerie, die gegen den Westen operierte" (S. 24) und Anführer der ideologischen Waffenhändler, die ihre Dogmen an den Völkern der Dritten Welt ausprobierten (S. 31), ergibt sich angesichts der gewaltigen kritischen Übermacht kampflos. Beim Verhör gesteht Satre, der „Handlungsreisende in Sachen Dritte Welt, der „Theoretiker des Allround-Engagements" und „Bittschrift-Fetischist" (53), was ihn eigentlich motiviert hat, „einen großen Teil seines Talents schamlos an die Ästhetik der Gewalt und des Stalinismus zu verschwenden": die Dritte Welt „war ihm eigentlich schnurzegal", „hinter seinem felsenfesten Internationalismus verbarg sich nur mühsam ein wohlbehüteter Provinzialismus".(53)

Nun sind die siegreichen Truppen nicht gekommen, um „Tribunale einzurichten, Sprüche zu klopfen, und sich beleidigende Übergriffe zu leisten" (S. 11), und so ergeht Gnade vor Recht: der alte Haudegenf indet wegen seiner „wirklich mutigen Haltung zur Zeit des Algerienkriegs" (51) im Museum für europäische Vorgeschichte Platz, wo er über die Zeiten nachsinnen darf, in denen er und seinesgleichen noch „den Weltball in einem rasenden Wettlauf" vergewaltigten. (45)

Schon an dieser Stelle — 150 Seiten liegen noch vor uns — wird deutliche, wozu das ganze erschröckliche Schlachtgedröhn und feuilletonistische Säbelgerassel nötig ist: um dem Leser bei einer letztlich ganz harmlosen kleinen Schreinerarbeit die Zeit zu vertreiben. Ein Brett vorm Kopf (ein undifferenzierter, idealisierender Begriff von „Dritte Welt", der dort — wie Bruckner besonders im zweiten und dritten Kapitel ganz zu Recht kritisiert — nur Massen von Opfern, homogene „kämpfende Völker" oder exotische Weisheitsträger auszumachen weiß) soll durch ein anderes ersetzt werden, einen genauso undifferenzierten und irrationalen Begriff von „Europa", dem alle wirklichen gesellschaftlichen Widersprüche gründlich ausgetrieben wurden.

„Wir" alle sind plötzliche „Europäer" — und was für arme: „Wir anderen, wir Europäer, sind im Haß gegen uns selbst erzogen worden. . . Wie der Selbsthaß zum zentralen Dogma unserer Kultur geworden ist, ist ein ungelöstes Rätsel der europäischen Geschichte." (9)

Dieses unlösbare Rätsel hat die arme europäische Geschichte, auch sonst von Bruckner immer wieder arg strapaziert, nun wirklich nicht verdient, ist doch der Selbsthaß, um den es hier geht, nicht der „der Europäer" auf sich selbst, sondern der „einer Handvoll Intellektueller und Lehrer", die vor noch gar nicht so langer Zeit zur Speerspitze des Proletariats gehören wollten. Natürlich weiß das der Auauch („wie viele unter uns bedauern doch im Grunde ihres Herzens, nicht als Proletarier, Frauen, Chinesen, Inder oder Ghanaer geboren zu sein. . .) (28), aber Aufstand im Flohzirkus ist eben weniger interessant als Untergang und Aufstieg des Abendlandes. Jener „Mimetismus", den Bruckner — auf amüsante Art und oft recht treffend — als Grundeinstellung der Dritte-Welt-Begeisterten ausmacht, die sich dem Objekt ihrer Begierden so weit wie möglich anzugleichen versuchen, läßt deshalb Kritiker und Kritisierte völlig im Abendland aufgehen. Wer kennt sie nicht, „die naive Gewißheit **vieler westlicher Intellektueller,** ihr eigenes System tauge nicht viel. **Die Industrieländer** tun so, als seien die einzig dauerhaften Triumphe die der Eingeborenen über die Eroberer. . ."(105)

Über die beiden originellsten Kapitel, in denen „Mitleid" und „Mimetismus" abgehandelt werden, braucht hier nicht viel gesagt zu werden. Sie folgen dem gleichen oben dargestellten Strickmuster; ihr Reiz liegt im literarischen Detail und in der spitzen Feder, mit der so manche zeitgenössische Verblendung aufgespießt wird. Wer Stichworte zur heute wieder weit verbreiteten Neigung sucht, die Entfernung von Fleischprodukten vom eigenen Speisezettel mit einer Reform des Weltwirtschaftssystem zu verwechseln, wer herzlich über den schlauen Bhagwan und die, die ihm auf den Leim gehen, lachen möchte, wer den alternativen Touristen als neuzeitlichen Quichotte auf der Suche nach der schönen Ferne erleben oder dabei sein möchte, wie der Lust am Exotischen, die hierzulande eine immer noch wachsende Papalagi-Gemeinde zu immer neuer Zivilisationskritik ermuntert, gründlich auf den Zahn gefühlt wird, dürfte hier allemal auf seine Kosten kommen.

Nach knapp 150 Seiten ist es dann soweit: das lang vorbereitete „Changing of the Boards" kann unter feierlichen Klängen (und erneutem Säbelrasseln) offiziell vorgenommen werden. Die von ihren angeblichen Freunden so schamlos mißbrauchte Dritte Welt hat als Hoffnungsträger ausgepielt; die waidwunde Utopie wird mit der fürchterlichsten Waffe ins Jenseits befördert, die sich im Arsenal des kritischen abendländischen Denkens findet — ihr wird der Begriff entzogen: „Die Dritte Welt exisitiert nicht mehr!" Nun setzt eine alte Bekannte aus dem ersten Kapitel, die Erbsünde (mit der sich damals noch „Europa" selbst belastet), den Hobel an und hobelt alle gleich: **„Seit kurzem** sind wir mit einer furchtbaren Wahrheit konfrontiert: alle Menschen sind Sünder, selbst diejenigen, die durch Jahrhunderte des Leidens dazu auserwählt schienen, das Menschengeschlecht zu erlösen." (161/162) Etwas besser ist noch der Imperialismus dran, dessen begriffliche Asche in alle Winde zerstreut wird, und so hier und da noch an ihn erinnert: „Heute, da der Imperialismus die in der Welt am gerechtesten verteilte Sache ist — es war eine ‚revolutionäre' Regierung, die in Nicaragua den Miskito-Indianern gegenüber die Brutalität und Dünkelhaftigkeit der klassischen Konquistadoren an den Tag gelegt hat — haben die jungen Nationen bereits die gleichen Kriegsgreuel und Bestialitäten hinter sich, die die Geschichte der Alten Welt getrübt haben." (163)

Schnell noch ein paar ewig Gestrige, Unbelehrbare und Reneganten weggeputzt (wie Günther Grass, der in einem „berühmt-berüchtigten Artikel". . . „es gewagt" hat, „die polnische Gewerkschafts-

bewegung Solidarnosc mit der heutigen nicaraguanischen Regierung zu vergleichen" (180), oder die „großen lateinamerikanischen Intellektuellen wie Garcia Marques", dessen „offen stalinistische Stellungnahmen" für Nicaragua „einen nur bestürzen" können (163), und endlich einig können Jahrhunderte gequälter europäischer Geschichte vor den Augen der Welt aufschreien:

„Wann wird die Uno endlich die antiwestliche Haltung und den Rassismus gegen die Weißen auf die Liste der Verbrechen gegen die Menschheit setzten?" (165)

Nach vielen langen, mal mehr, mal weniger unterhaltsamen Seiten kreißt endlich die Polemik und gebiert — Herrn Bruckner selbst alias „Europa, daß heißt: das kritische Denken". Der aufmerksame Leser wird die Wehen bereits auf den ersten Seiten bemerkt haben, z. B. in der Klage über das von allen verdammte Abendland: „All unsere Ruhmestitel, Jahrhunderte von Anstrengung, Berechnung, Verfeinerung, Groß- und Heldentaten, **die einer ganz bestimmten Form menschlicher Weisheit** zum Sieg verholfen hatten, sind weggefegt. . ."(8) Und was zeichnet solch menschliche Weisheit aus? „Der Kritiker lehnt sich gegen seine eigene Gesellschaft auf und erbringt damit den Beweis, daß sie nicht mehr seinen Vorwürfen entspricht, denn er selbst ist zugleich ein Teil und Alternative dieser Gesellschaft." (177)

Kritisches Denken, das solche Freunde hat, braucht sich um seine Feinde wahrhaftig keine Sorgen mehr zu machen. Das also ist der Sinn der europäischen Geschichte, der jahrhundertelangen Kämpfe, der Revolutionen, der Anstrengungen der kritischen Vernunft, zur Schaffung einer menschenwürdigen, von Unterdrückung freien Welt beizutragen: die Schöpfung eines Intellektuellenstands, der sein Denken in schönster Tradition biedermeierlicher Selbstzensur der Legitimierung des Bestehenden weiht, das allein durch die Exitenz „des Kritikers" der Notwendigkeit, sich zu ändern, enthoben wird.

Mit „Europas" Verhältnis zur „Dritten Welt" hat all dies nur am Rande zu tun. Das gesellschaftliche Gewicht solchen Denkens solch kluger Köpfe beruht nicht auf der Praxis einer kritischen Vernunft, die auf bessere Zustände zielt, sondern auf dem bleiernen Hintern der gesellschaftlichen Wende — von Paris bis Oggersheim.

Frank Schulze



Gerd Spittler
Verwaltung in einem afrikanischen Bauernstaat — Das koloniale Französisch-Westafrika 1919—1939

Steiner-Verlag Freiburg 1982
(Beiträge zur Kolonial- und Überseegeschichte Band 21)

Detaillierte historische Studien zur Kolonialgeschichte, besonders wenn es sich nicht um die deutschen Kolonien handelt, sind hierzulande selten. Man mag darin keinen Verlust sehen — was geht einen angesichts der Riesenprobleme noch heute die koloniale Realität von einst an?

Gerd Spittlers Buch gibt die Antwort. Z. B. so: „. . .findet der Europäer durch eine spezifische Interpretiation seine. . .Vorurteile bestätigt. Daß die von Requisitionen bedrohten Bauern keine Vorräte anlegen, wird ihnen als Kurzsichtigkeit vorgehalten. Wenn die Bauern sich weigern, zu niedrigen Preisen Exportprodukte anzubauen, wird dies als Bedürfnislosigkeit ausgelegt. Wehren sich die Bauern gegen die Forderungen der Kolonialverwaltung mit passivem Widerstand, dann wird dies als ihre natürliche Trägheit interpretiert. In allen diesen Fällen weisen die Kolonialherren die Verantwortung für das durch ihre Aktionen initiierte Verhalten von sich und interpretieren dieses vielmehr als Ausdruck der natürlichen Eigenschaften des Eingeborenen."

Es ist schon beklemmend, solche Sätze, die ohne weiteres einer heutigen Polemik über Entwicklungshilfe entstammen könnten, als Resümé einer historischen Studie zu lesen, die auf der Auswertung vor allem originaler Akten der Verwaltung von Französisch-Westafrika vor dem Krieg beruht. Spittler dokumentiert die schon damals vorhandenen Stimmen, die diesen Klischees widersprachen und etwa auf die Überlegenheit afrikanischer Anbaumethoden gegenüber den von den Europäern unbedacht eingeführten Anbausysteme hinwiesen. Indem Spittler heute gängige Vorurteile der Entwicklungsbürokratie aus den kolonialen Akten minutiös herausarbeitet, entlarvt er — ohne das übrigens explizit zu machen — eindrucksvoll den neokolonialen Charakter dieser Vorurteile. Und obwohl es auch eine lange Tradition der Kritk an diesen Stereotypen gibt, bis hinein in die Spitzen der kolonialen Verwaltung, kommt diese in der praktischen Politik nicht zum Tragen. „Dies zeigt, daß nicht mangelnde Kenntnisse für diese Stereotype verantwortlich gemacht werden können. . .Das Eingeborenensyndrom erfüllt bestimmte Funktionen für die Kolonialverwaltunng und wird deshalb nicht aufgegeben." Die historische Analyse vermag hier vielleicht sogar genauere Aufschlüsse zu geben, warum sich Alternativen, z. B. in der landwirtschaftlichen Beratung von Entwicklungsorganisationen, so schwer durchsetzen lassen, obwohl die Einsicht in die völlige Unangemessenheit der europäisch konzipierten landwirtschaftlichen Entwicklung für eine adäquate Versorgung der afrikanischen Bevölkerung heute sicher noch um einiges verbreiteter ist als damals.

Hohen aufklärerischen Wert hat Spittlers Darstellung des „Eingeborenensyndroms", also des kolonialen Rassismus insofern, als er genau den Wandel der rassistischen Vorurteile mit den wechselnden Anforderungen der Kolonialherren an die Afrikaner in Verbindung bringen kann. Ohne sich um die Widersprüche seiner Argumentation zu kümmern, schustert sich der Kolonialist jeweils das Bild vom „Eingeborenen" zusammen, das ihm gerade am nützlichsten ist.

Aktuelle Parallelen drängen sich auch in anderen Kapiteln des Buches auf, z. B. in Spittlers Darstellung der Bemühungen der Kolonialherren, durch Bereisen ihrer Kolonien Informationen aus erster Hand zu gewinnen.

In anderer Weise wichtig und aktuell sind die Daten, die Spittler über die Einführung der Exportkulturen (vor allem Erdnuß, Kakao und Baumwolle) zusammengetragen hat. Wer immer noch glaubt, daß die Umstellung von der Subsistenzwirtschaft auf die cash crops freiwillig bzw. eben als Resultat einer allmählichen „Modernisierung" (ökonomisches statt traditionalistisches Denken) vor sich ging — hier wird er eines besseren belehrt. Allein schon die Chronologie der Umstellung genügt, um deren planvolle zentrale Durchsetzung zu demonstrieren. Deutlich wird auch der lang anhaltende Widerstand der Bauern gegen die erzwungene Umstellung und dessen Folgen für die Produktivität. „Die Feldarbeiten werden nur unter Aufsicht von Polizisten durchgeführt, aber auch die Aufsicht kann die notwendige Sorgfalt bei der Feldarbeit nicht erzwingen." Hier liegen die Wurzeln der Zerstörung von Afrikas Landwirtschaft, die mehr als jede Dürre am heutigen Zustand schuld sind.

Bekannt ist all das mehr oder weniger. In Spittlers Buch aber findet man es ausgezeichnet aufbereitet, klar und für eine wissenschaftliche Untersuchung, deren eigentliches Anliegen eine rechts- bzw. organisationssoziologische Fragestellung ist, erstaunlich flüssig lesbar. Wer sich nicht mit seinen mehr oder weniger vagen Kenntnissen über die kolonialen Wurzeln der heutigen Misere der afrikanischen Landwirtschaft zufrieden gibt, wer genaue Argumentation für wichtig hält, dem sei dieses Buch sehr empfohlen. Die m. E. weniger überzeugenden Kapitel, in denen es versucht wird, die Analyse der Verwaltung von Französisch-Westafrika theoretisch zu analysieren und einzuordnen, können dabei, dank der übersichtlichen Gliederung des Buches, ohne weiteres bei der Lektüre ausgelassen werden.

Rainer Huhle

Anwendung des kenyanischen „Vorbeuge-Gesetzes“: Verhaftung mehrerer Studenten in Nairobi

Das „Vorbeuge-Gesetz“ erlaubt der kenyanischen Regierung, jedermann mittels einer Internierungsverfügung für unbeschränkte Zeit zu inhaftieren, ohne ein Gerichtsverfahren irgendwelcher Art. Es wurde vor allem nach dem mißglückten Putsch vom Sommer 1982 gegen regimekritische Studenten, Hochschullehrer und Abgeordnete angewendet. Das Komitee für die Freilassung der Politischen Gefangenen in Kenia, daß auf Initiative kenianischer Intellektueller 1982 in London gegründet wurde, setzt sich für die Freilassung der politischen Gefangenen in ihrem Heimatland — besonders der unter dem „Vorbeuge-Gesetz“ Internierten — ein und veröffentlichte am 25. Februar 1985 die folgende Erklärung:

„Am Sonntag, den 10. Februar, wurden mindestens 12 Studenten von der kenianischen Polizei getötet und mehr als 150 verletzt (65 davon schwer). Bewaffnete Polizeieinheiten umstellten eine Gebetsversammlung auf dem Sportgelände der Universität, während sich Zivilpolizisten unter die Studenten mischten. Sechs Studentenführer wurden verhaftet.

Die Spannungen an der Universität begannen bereits eine Woche früher. Sie folgten auf die plötzliche Entscheidung der Regierung, acht Studenten von der Universität zu weisen. Die Studenten boykottierten vier Tage lang die Vorlesungen und versuchten, eine Erklärung für den Ausschluß ihrer Führer zu bekommen.

Am Sonntag versammelten sich die Studenten auf dem Sportgelände der Universität zu einem ökumenischen Gottesdienst. Nach einhelligen Augenzeugenberichten war das Treffen völlig friedlich; sogar eine Reihe behinderter Studenten, einige davon im Rollstuhl, nahm daran teil.

Beim Auftauchen der bewaffneten Polizeikräfte begann sich die Versammlung aufzulösen, die Studenten wurden von der Polizei jedoch auf das Sportgelände zurückgetrieben. Die Polizei griff plötzlich an und setzte Schlagstöcke, Tränengas und Macheten ein. Zivilpolizisten ergriffen Julius Mwandawiro Mghanga, Philip Tirop und andere Studentenführer.

Am 14. Februar wurden fünf Studenten dem Gericht vorgeführt, die der Teilnahme an einer illegalen Versammlung angeklagt wurden. Es handelte sich um Mohamed Khamisi Mazrui, Harry Maina Ndigirigi, Evans Motende Getenga und Patrick Litunya Lumumba. Über den Aufenthaltsort von Philip Tirop ist nichts bekannt. Mwandawiro Mghanga wird die Abhaltung öffentlicher Versammlungen und Hausfriedensbruch in sechs Fällen vorgeworfen.

Am 12. Februar wurde die Universität Nairobi von der Regierung geschlossen. Die Universität war erst im letzten Oktober nach 14 Monaten zwangsweiser Schließung wieder geöffnet worden.

Wir bitten Sie darum, sich bei Präsident Daniel arap Moi, der kenianischen Regierung und der Vertretung Kenias in Ihrem Land für die Studenten einzusetzen.“

Für diejenigen, die sich eingehender über die Situation in Kenia informieren wollen, hat der „Arbeitskreis Dritte Welt Frankfurt“ eine Broschüre herausgegeben: „Kenia — Politische Gefangene im Ferienparadies. Ein Musterland auf Abwegen.“ Erhältlich zum Preis von DM 2,— beim iz3w, Postfach 53 28, 7800 Freiburg.

Neuerscheinungen zum Fernen Osten

Shu Ting: Zwischen Wänden. Moderne chinesische Lyrik, Reihe PLAUMENBLÜTEN/Frauenthemen, 1984, 53 S., 14,60 DM

Malee: Tigerkralle und Samtpfote. Lebensraum eines thailändischen Freudenmädchens, 1984, 156 S., 19,80 DM

Volkmar Zühlsdorf (Hrsg.): Wenn vom Tau der Reis erwacht. Eine Auswahl thailändischer Lyrik von früher Zeit bis heute, 1984, 88 S., 15,80 DM

Jurij Rytcheu: Wenn die Wale fortziehen. Eine Schöpfungsgeschichte von den Ufern der Beringsee, 1984, 108 S., 19,00 DM

Hans-Martin Große-Oetringhaus: NINI und PAILAT. Eine spannende Geschichte aus Papua-Neuguinea von Kindern zwischen Steinzeit und Heute, 1984, 83 S., 15,80 DM

alle bei:
Verlag Simon & Magiera
Nymphenburger Str. 166
D-800 München 19

Bettelbrief in Sachen Theater

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Diese ist — wie fast alle Briefe aus der „3. Welt" — ein Bettelbrief. Und ich bettele in Sachen Theater.

Am 19. Juli 1979 endete nach über 43 Jahren die Diktatur der Familie Somoza über Nicaragua. Das Land war verwüstet, 1,6 Milliarden Auslandsschulden; Hunger, Krankheiten, Analphabetismus. Und die Kulturlandschaft? Sieht aus wie Nicaraguas Hauptstadt: seit dem Erdbeben 1972 ein chaotisches Gebilde aus Hütten und Villen, Ruinen und Wiesen; eine Stadt ohne Zentrum. Managua verfügt über ein einziges Theater, erbaut unter Somoza. . . es versprüht den architektonischen Charme eines Getreidespeichers und steht leer: die Kliamanlage funktioniert nicht, sie zu reparieren würde 200.000 Dollars kosten. Und die hat man nicht, denn es herrscht Krieg, und es fehlt an allem.

Da stieß mein Vorschlag, in Bluefields, an der Atlantikküste, wo ein Großteil der Bevölkerung schwarz ist und Englisch (creole) spricht, ein Amateurtheater aufbauen zu helfen, auf große Begeisterung. Denn die „Nicas", ein „Volk der Dichter" (Ernesto Cardenal), wissen, wie Günter Kunert, daß „die Hungernden Nahrung brauchen, aber auch das Bewußtsein des ihnen vorenthaltenden Menschentums, also **auch** Gedichte", also auch Theater. Nur auf Grund von Mundpropaganda trugen sich schon jetzt über 30 Leute in Bluefields in eine Ensembleliste ein; und dies ist erst der Anfang.

Peter Stein und Hans Günther Heyme, die ich vor etwa einem halben Jahr darauf ansprach, erklärten ihre grundsätzliche Einwilligung, einiges ausgemustertes Gerät, das aber noch in Ordnung ist, für das hier kurz skizzierte Projekt zu spenden. Ich möchte Sie bitten, mit ihrem zuständigen Techniker oder Lagerverwalter in den Abstellraum oder Fundus Ihres Theaters, Ihrer Firma zu gukken und Geräte zu spenden, die bei Ihnen nach Abschreibung verstauben, hier jedoch von großem Nutzen sein können:

- Theaterbeleuchtung
- Toneinrichtung
- visuelle Medien
- Theaterrequisiten
- Büromaterial

Weitere Informationen bei:
P. P. Zahl, Fichtestr. 8
4030 Ratingen, Tel. 0 21 02/8 34 06

Da der Transport sehr teuer sein wird, bitte ich Sie ferner, Geld zu sammeln und es auf das
Konto Peter-Paul Zahl, PSchA Bln-W Kto.-Nr. 4401 27-1 02, (Betr. Bluefields)
zu überweisen.

Freiheit und Glück
Peter Paul Zahl

Neuerscheinungen

Uwe Pollmann: Keine Zeit — kein Spiel, Kindheit im Armenhaus Lateinamerikas, Verlag Jungend und Politik, Preis: 12,80 DM

Dritte Welt Haus Bielefeld: Die Hungernden sind die Nahrung der Macht — Hintergründe der Hungersnot in Afrika, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld 1, Januar 85, Preis: 7,— DM

Richert/Schrauke: Unterrichtseinheiten und Unterrichtsmaterialien im Fach Geographie 1981—83, Universität Oldenburg '84

Sistewia Radio Venceremos (Hrsg.): „Die Arbeiterbewegung El Salvadors", Broschüre, Radio Venceremos, Lütticherstr. 64—66, 5000 Köln 1

Verlag Breitenbach Publishers: Drei Bücher der Reihe „Asta-Studien", Nr. 2 Energie für die Armen?, Nr. 3 Die unsichtbare Stärke: Frauenarbeit in der Dritten Welt, Nr. 4 Der Wachstums-Hunger, Memeler Str. 50, 6600 Saarbrücken

GEPA: „Der Rote Faden", Baumwolle, Textilien und Bekleidung in der Weltwirtschaft, Lese-, Lern- und Aktionsmappe, Bezug: GEPA, Talstr. 20, 5830 Schwelm, Preis: 10,80 DM

Rainer W. Ernst (Hrgs.): Stadt in Afrika, Asien und Lateinamerika, Colloquium Verlag Berlin, Bezug: R. W. Ernst, Mommsenstr. 59, 1000 Berlin 12

Johannes Bernhauser/Reinhard Stach: Afrika in der Schule — Didaktische Beiträge und Dokumente, Bezug: Verlag Thomas Plöger, Annweiler 84, Preis: 16,80 DM

JUSO-Bundessekretariat: Städtepartnerschaft mit Nicaragua — mit Argumentationshilfen und Beispielen zur konkreten Ausgestaltung der Partnerschaften, Bonn 1985, 75 Seiten, Preis: 3,- DM, Bezug: JUSO Bundesverband, Ollenhauerstr. 1, 53 Bonn.

Jörg Freiberg (Hrsg.): Drei Welten — eine Umwelt, Materialien einer Tagung über Ökologie und Dritte Welt, Breitenbach Verlag 1984

Ursula Drathschmidt: Portugiesischer Kulturimperialismus in Angola, Breitenbach Verlag, Preis: 16,— DM

Thomas Law: Nahrungsmittelautarkie für Bangladesh — Möglichkeiten und Grenzen, Breitenbach Verlag 1984, Preis: 32,— DM

Dr. Georg Cremer: „Energiestrategien und Verteilung des Weltenergieverbrauchs" Die Auswirkungen enegiepolitischer Entscheidungen in den Industrieländern auf die Rahmenbedingungen der Energieversorgung der Dritten Welt, Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 347, Duncker & Humblot/Berlin-München, Preis: 88,— DM

Praktische „3.-Welt"-Arbeit in internationalen Freiwilligendienstes des SERVICE CIVIL INTERNATIONAL — Deutscher Zweig

Der SCI sucht für Sommer 1985

1. „3.-Welt"-Solidaritätsgruppen, (Eine)-Weltläden, tools-for-self-reliance-Initiativen, Städtepartnerschafts-Initiativen, Jugendämter etx., die als **Projektpartner** in ihrer Stadt ein **internationales Solidaritätscamp** zur materiellen und öffentlichkeitswirksamen Unterstützung von Partnern, z. B. in **Nicaragua, Namibia, Sri Lanka, Westsahara** mit vorbereiten wollen.

2. „3.-Welt"-Aktive und Friedensbewegte, die als **Campleiter/in** bei der Vorbereitung und Durchführung von **Workcamps** in der Bundesrepublik mitarbeiten wollen.

3. „3.-Welt"-Aktive und Friedensbewegte, die an etwa einmonatigen **internationalen Camps** der SCI-Zweige und Partnerorganisationen

a) **in Afrika** (Ghana, Togo, Sierra Leone, Kamerun, Senegal, Tansania, Swaziland, Lesotho und Botswana)

b) **in Asien** (Nepal, Indien, Sri Lanka, Bangla Desh)

c) **in der Türkei**

d) **in Lateinamerika** (Nicaragua, Bolivien)

teilnehmen wollen, um in Selbsthilfeprojekten (z. B. Bauarbeiten für Schulen, Gemeindezentren — landwirtschaftliche Arbeiten zur Erosionsbekämpfung etc.) mitzuarbeiten und zu lernen.

Wegen der notwendigen längerfristigen Vorbereitung (Orientierungstreffen, Seminare) umgehend anfragen bei Wolfgang (zu 1.), Karin (zu 2.), oder Werner (zu 3.) im **SCI-Büro, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, Tel.: 02 28/21 20 86/7**

Das allgemeine Sommerprogramm 1985 mit etwa 300 Workcamps in West- und Osteuropa sowie Nordamerika ist ebenfalls im Büro für DM 1,50 Rückporto ab April erhältlich.

Tagungshinweise

„Aspekte des gesellschaftlichen Wandels in Mosambik, 3.-5. 5. 85, Laubach, Information und Anmeldung: Koordinierungskreis Mosambik, F. Escher, An dem Heerwege 20, 5800 Hagen

---

Seminare für ehemalige Entwicklungshelfer:

„Kleine Buchmesse" — afrikanische, asiatische und lateinamerikanische Literatur als Mittel der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit
14.-16. Juni 1985 in 6460 Gelnhausen
Die Beschäftigung mit Literatur aus Ländern der Dritten Welt ist eine Möglichkeit, Verständnis für ihre kulturelle Eigenständigkeit zu wecken. Auf diesem Workshop sollen Anregungen gegeben werden, wie man literarische Bücher bei der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit einsetzen kann.

Frauen in der Dritten Welt und ihre Menschenrechte — ein Frauen-Seminar
28.-30. Juni 1985 in 8712 Vogelsburg bei Würzburg
In vielen Ländern der Dritten Welt werden Frauen — aus unterschiedlichen Gründen — elementare Menschenrechte vorenthalten. Das Seminar will darüber an Beispielen informieren und auch die Frage stellen, was wir dagegen tun können.

Lernen und Handeln mit der Dritten Welt (Gemeinschaftsseminar mit DIENSTE IN ÜBERSEE)
20.-22. September 1985 in 6550 Bad Kreuznach
Auf diesem Seminar sollen Beispiele vorgestellt und Konzepte erarbeitet werden für eine Zusammenarbeit zwischen Gruppen in der Bundesrepublik und in der Dritten Welt.

Information und Anmeldung: Kübel-Stiftung, Darmstädterstr. 100, 6140 Bensheim 1

„Theologie der Befreiung? — Rolle der Kirchen in Lateinamerika", 22.-24. 3. 85, Parsberg
„Paraguay — zwischen gestern und morgen", 22.-24. 3. 85, Hof
Information und Anmeldung für beide Seminare: Th. Dehler-Institut, Agnesstr. 47, 8000 München 40

„Nordkorea — Der Entwicklungsweg eines Landes 40 Jahre nach der Trennung", 22.-24. 3. 85 Wuppertal 1
Information und Anmeldung: Korea-Komitee, Postlagerkarte 076291A, 5600 Wuppertal 1

„,Alternatives Reisen' in die ,Dritte Welt' — zwischen Völkerverständigung und Neokolonialismus", 19.-21. 4., Bielefeld, Information und Anmeldung: Haus Neuland, Senner Hellweg 493, 48 Bielefeld 11 (in Kooperation mit BUKO und AKE)

---

14. Witzenhäuser Hochschulwoche: „Grundbedürfnisstrategien in der ländlichen Entwicklung — Anspruch und Wirklichkeit", 12.-14. 6. 85, Information und Anmeldung: Internat. Agrarwirtschaft — Tagungsbüro —, Steinstr. 19, 3430 Witzenhausen 1

„Entwicklungszusammenarbeit mit den Philippinen", 3.-5. 5. 85, Rheinbreitenbach Information und Anmeldung: Akademie Klausenhof, Klausenhofstr. 100, 4236 Hamminkeln 2

---

8. Mainzer Minipressen-Messe, 5.-9. 6. 85 Information und Anmeldung: NewLit-Verlags GmbH, Rheinallee 18-20, 65 Mainz

---

„Rüstungsexporte der BRD und ihre Auswirkungen auf die 3. Welt", 3./4. 5. 85, Bamberg/Oberfranken, Information und Anmeldung: Entwicklungspolitischer Arbeitskreis, Memmelsdorferstr. 82 R, 8600 Bamberg

---

„Schreiben im fremden Land — Exil und Asyl in der Literatur", 29.-31. 3. 85, Arnoldshain, Information und Anmeldung: Evang. Akademie Arnoldshain, 6384 Schmitten 1

„Landflucht in Ländern der 3. Welt", 29.-31. 3. 85, Bielefeld
„Drei Welten oder eine" Eine Einführung in entwicklungspolitische Zusammenhänge, 30. 3.-4. 4. 85, Vlotho
Information und Anmeldung für beide Tagungen: AKE, Postfach, 4973 Vlotho

---

„Von den Indianern lernen", 18.-21. 4. 85, Altenkirchen, Information und Anmeldung: Evang. Landjugendakademie, Dieperzweg 13-17, 5230 Altenkirchen

---

2. Internationales Sommerlager Salvador Allende: Pablo Neruda, Nazim Hikmet. 25.7.-4.8. 85, Burg Waldeck,Information und Anmeldung: D. Papp, Arbeitsgemeinschaft Burg Waldeck, 5449 Dorweiler

---

Konferenz „Milchüberschüsse gegen Armut? Die Agrarhilfe der EG am Beispiel der Weißen Revolution in Indien", 11.-13. 6. 85, Bielefeld, Information und Anmeldung: An das Ev. Bauernwerk, Haldenweg 10, 7118 Künzelsau

---

„Die atomare Front im Pazifik — so verschwiegen wie gefährlich", 26.-28. 4. 85, Bad Marienberg, Information und Anmeldung: ESG, Kniebisstr. 29, 7000 Stuttgart 1

„Dia-Audiovision in Bildung, Kunst und Kultur", 18.-21. 4. 85, München, Information und Anmeldung: AV-Akademie München, Untertaxetweg 142, 8035 Gauting

---

Bündnisseminar zum Aktionsprogramm gegen Futtermittelimporte, 22.-24. 3. 85, Düsseldorf, Information und Anmeldung: BUKO-AG Landwirtschaft, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50

Viktor Lüpertz

[illegible]rgrstr 6

7801 Oberried

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

2506